



Antonie Lehr – eine biographische Skizze

HANS SCHAFRANEK

Antonie Lehr wurde am 30. November 1907 in Czernowitz geboren, einer Stadt, die wie ganz Bukowina seit 1775 zum Habsburger Reich gehörte und multi-ethnisch geprägt war. Von den 87.000 EinwohnerInnen (1910) führten 52,4 Prozent Deutsch als Muttersprache an; 19,8 Prozent waren Ruthenen (die damals gängige Bezeichnung für Ukrainer), 14,3 Prozent Rumänen und 13,1 Prozent Polen. Der jüdische, überwiegend deutschsprachige Anteil betrug 33 Prozent.

Herkunft und familiäres Umfeld

Antonie („Toni“) Lehr entstammte einer begüterten, liberal-konservativen jüdischen Familie. Ihr Großvater mütterlicherseits war Bürgermeister von Sadagora gewesen, einem linksseitig des Bruth gelegenen Vororts von Czernowitz, der als Zentrum des Chassidismus und von „Wunderrabbis“ galt.¹ Antonie Lehr hatte zwei Brüder (geboren 1905 bzw. 1906) und war die eheliche Tochter von Lotti Lehr (geb. 1879, Mädchennamen Schnitzer) und Josef Moses Lehr (geb. 1877 in Sadagora), der in Czernowitz ein „Frachtenreklamationsbüro“ eröffnete.

Als sich zu Beginn des Ersten Weltkriegs russische Truppen Czernowitz näherten, flüchteten tausende Juden westwärts, darunter im September 1914 auch die Familie Lehr. Schon als Kind war Antonie Lehr der Begriff Pogrom vertraut. Im Verlauf des Krieges wechselte Czernowitz vier Mal die Besatzungsmacht, und Josef Lehr überlegte nach seiner Ankunft in Wien, zeitweilig in die alte Heimat zurückzukehren, gab diese Pläne jedoch auf. Zum einen gelang es ihm auch in Wien, gesellschaftlich und ökonomisch Fuß zu fassen – er gründete eine florierende internationale Speditionsgesellschaft, die Firma *Transsylvania* mit Sitz am Franz Josefs Kai 19. Zum anderen empfand er sich auch unter republikanischen Vorzeichen als überzeugter Österreicher, hatte jedoch keinerlei inneren Bezug zum Staat Rumänien, unter dessen Herrschaft Czernowitz

nach 1918 fiel. Bis zur Emigration der Eltern nach Palästina im Jahr 1938 lebte die Familie in einer geräumigen Wohnung in der Säulengasse 12 im 9. Wiener Gemeindebezirk.

Antonie Lehr besuchte eine der damals modernsten und fortschrittlichsten Schulen, das von Eugenie Schwarzwald geführte Gymnasium.² Eine ihrer Mitschülerinnen war die um drei Jahre ältere Hilde Oppenheim, die spätere Ehefrau des KPÖ-Vorsitzenden Johann Koplenig, mit der sie eine lebenslange Freundschaft verband. Besonderen Eindruck hinterließ die Klassenlehrerin Aline Furtmüller, eine sozialistische Gemeinderätin, die sich ebenso wie ihr Ehemann Verdienste um die Bildungsreform im „Roten Wien“ erwarb. Für einige ihrer besonders interessierten Schülerinnen organisierte sie neben dem Unterricht Privatkurse, bei denen Lehr erstmals mit sozialistischen Ideen und Literatur vertraut wurde.

Bis zur Matura gehörte Lehr den *Sozialistischen Mittelschülern* (Sitz in der Kleeblattgasse) und der *Sozialistischen Arbeiterjugend* (SAJ) an, was von den Eltern nicht gern gesehen, aber nolens volens toleriert wurde. Ihre erste aktive Wahlhilfe für die SDAP ist Lehr vor allem deshalb in lebhafter Erinnerung verblieben, weil sie zugleich die letzte bedeuten sollte. Im Vorfeld der Wiener Gemeinderatswahl im April 1927 erhielten sie und ihre Freundinnen Werbematerial und Adressenlisten von Hausgehilfinnen, die sie politisch „bearbeiten“ sollten. Kaum drei Monate später, als nach dem Freispruch der Schattendorfer Arbeitermörder der Justizpalast in Flammen aufging, war ihr Engagement für die sozialdemokratische Arbeiterbewegung definitiv beendet.

Sozialisation in der KPÖ

Am 15. Juli 1927 befand sich Toni Lehr inmitten Zehntausender empörter Wiener ArbeiterInnen, deren Demonstrationen im Kugelhagel der Polizei erstickt wurden. 90 Todesopfer, darunter 86 erschossene Demonstranten, waren die

traurige Bilanz jener blutigen Ausschreitungen, die sich auch noch tags darauf fortsetzten. Besonders empörte Lehr jene bekannte Szene, in der der Wiener Bürgermeister Karl Seitz von einem Feuerwehrwagen aus die bis aufs Äußerste erbitterte Menschenmenge zu beruhigen versuchte und zur Besonnenheit mahnte.

Bereits einen Tag später trat sie der KPÖ bei. Damit begann gegenüber ihren Eltern eine Periode eines regelrechten Doppellebens. Denn sie absolvierte auf deren Wunsch hin zugleich ein dreijähriges, mehrfach unterbrochenes Studium an der Hochschule für Welthandel, das sie nicht im Mindesten interessierte. Die Hochschule für Welthandel war damals eine absolute Domäne von Deutschnationalen und Rechtsextremisten, linke Studenten waren äußerst selten vertreten, etwa Eduard März, später ein bekannter Ökonom und Wirtschaftshistoriker. Laut eigenem Bekunden gab Lehr an der Hochschule für Welthandel nur kurze „Gastspiele“, und einige Zeit vor den Prüfungen engagierte sie einen „Einpauker“, der mit ihr den Lehrstoff durchstudierte. Als längerfristigen Aktivposten konnte sie immerhin nach einigen Jahren ausgezeichnete Englisch- und Französischkenntnisse verbuchen,³ was ihr später sowohl beruflich (Fremdsprachenkorrespondentin) als auch politisch zugutekam.

Den Eltern verschwieg sie, dass das Ziel ihrer vormittäglichen Fahrten nicht ein Hörsaal, sondern zumeist die Parteizentrale der KPÖ (damals Alser Straße 69) war: „Meine Eltern haben nichts davon gewusst, sie haben lange Zeit nicht gewusst, dass ich zu den Kommunisten gegangen bin. Und als sie es dann erfahren haben, war das ein schwerer Schlag für sie. [...] Wenn ich bei den sozialistischen Jugendlichen geblieben wäre, hätten sie das jetzt bei Weitem vorgezogen.“ In der Alser Straße 69 befand sich auch die Wiener Stadtleitung der KPÖ, geführt von Friedrich Hexmann, der seine junge Mitarbeiterin mehrmals wöchentlich als (ehrenamtliche)

Sekretärin engagierte. Tagaus tagein kolportierte sie darüber hinaus gemeinsam mit einigen anderen KP-AktivistInnen das Zentralorgan der Partei, *Die Rote Fahne*, zumeist vor dem E-Werk in der Mariannengasse und anderen Betrieben, sonntags auch vor einem Tröpferlbad im Lichtenthal, einem Bezirksteil von Wien-Alsergrund, in dem Antonie Lehr als Orgleiterin fungierte. Später wurden die zwei Bezirksteile zusammengelegt. Ihre wichtigsten Mitarbeiter auf Bezirksebene waren Jenö Kostmann (Agitprop-Leiter Wien, 1930–1933 Redakteur der *Roten Fahne*) und die Ärztin Anja Hammermann (nach 1945 Palästina). Die Zellsitzungen der kleinen Gruppe fanden regelmäßig in einem Extrazimmer des Café Harmonie statt. Wenn die Orgleiterin sich wieder einmal auf ihre Prüfungen vorbereiten musste, suchte sie extra für diesen Zweck um einen Parteurlaub an – eine etwas makaber anmutende Formulierung für die temporäre Befreiung von einer zeitraubenden Beschäftigung, die völlig auf Selbstaussbeutung basierte.

Besuch der Sowjetunion

Dank der massiven Propaganda kommunistischer Parteien und ihrer Vorfeldorganisationen übten Anfang der 1930er Jahre die Großbaustellen des ersten Fünf-Jahres-Plans der UdSSR einen magnetischen Einfluss auf Sympathisanten aus. Im Fokus dieser breit angelegten propagandistisch aufbereiteten Berichterstattung stand etwa Magnitogorsk, eine im Entstehen begriffene Stadt im südlichen Ural, die auf dem Reißbrett konzipiert wurde und vor allem deutschen Architekten (Brigade Ernst May) ein reiches Experimentierfeld bot. Als besonderes Verdienst betrachtete man die starke Reduzierung der Entfernung zwischen Produktionsanlagen (Kohlekraftwerke, Stahlwerke) und Wohneinheiten, was in der Folge dazu führte, dass sich Magnitogorsk zu einer der schmutzigsten und umweltschädlichsten Großstädte der UdSSR entwickelte. Für ökologische Fragen gab es damals weder in der Sowjetunion noch im kapitalistischen Westen ein Problembewusstsein.

Auch Antonie Lehr wollte 1931 Magnitogorsk einen Besuch abstatten, ein gar nicht so einfaches Vorhaben. Erstens gab es damals keinen Tourismus im heutigen Sinn, zweitens gehörte sie weder einer der Arbeiterdelegationen an, die die UdSSR seit 1925 bereisten, und schließlich gehörte sie auch nicht zu den Tausenden „Spezialisten“ (= Facharbeiter und Ingenieure), die über das so ge-

nannte Spez-Büro für längere Zeit in die UdSSR abkommandiert wurden. Johann Täubl, dem sie ihr Anliegen vortrug, half bei der Realisierung ihres Vorhabens auf unorthodoxe Weise. Sie übergab ihm ihr Parteimitgliedsbuch der KPÖ, in das er sinngemäß schrieb: „Die Genossin Antonie Lehr wünscht eine Reise nach Magnitogorsk zu unternehmen, was wir befürworten. Sie ist eine sehr zuverlässige Genossin.“ Mit dieser Empfehlung sandte Täubl Lehr zur sowjetischen Botschaft, wo sie anstandslos das Visum erhielt. Die Reise in die Sowjetunion unternahm sie gemeinsam mit Tilly Spiegel, der späteren Ehefrau Franz Mareks. Von den Bauarbeiten in Magnitogorsk sehr beeindruckt, berichtete sie nach ihrer Rückkehr in Parteiversammlungen, fügte am Rande aber auch kritische Bemerkungen hinzu, was ihr informell eine Rüge einbrachte.

Neben ihrer politischen Tätigkeit für die KPÖ, die sich auf Wien-Alsergrund konzentrierte, war Lehr im Rahmen der *Roten Hilfe* auch in Wien-Währing tätig und kam dadurch in Kontakt mit Malke Schorr, die seit 1925 die österreichische Sektion der MOPR (russische Abkürzung für *Internationale Rote Hilfe*) leitete. Als Vorfeldorganisation der KPÖ führte die *Rote Hilfe* wie in vielen anderen Landesektionen Solidaritätskampagnen und Spendensammlungen für politisch verfolgte Werktätige bzw. deren Angehörige durch. Organisationsintern stellte sie zugleich eine Art Brückenfunktion dar, da ihr auch linke Sozialdemokraten oder Parteiloze angehörten, die mitunter auf diesem Weg für die KPÖ gewonnen wurden.

Proletkult und Spieltruppen

Der Begriff Proletkult kennzeichnet ganz unterschiedliche Inhalte. Zum einen ist damit eine kulturrevolutionäre Strömung im frühen Sowjetrußland gemeint, die auf eine inhaltliche, formal-ästhetische und funktionelle Neukonzeption primär des Theaterlebens abzielte. Aber auch ein Teil der bildenden Künste (Konstruktivisten) und der Literatur (Futuristen) waren eng mit dem Proletkult liiert. Unter den Bolschewiki war der Proletkult durchaus umstritten. Als seine wichtigsten Theoretiker und Protagonisten traten Alexander Bogdanow und Anatoli Lunatscharski (Volkskommissar für Bildung) auf, während z.B. Leo Trotzki dieser Strömung sehr skeptisch gegenüberstand.

Zum anderen meint der Begriff *Proletkult* den spezifischen Typus einer Organisationsstruktur, in der sich die Theaterpraxis der KPÖ entfaltete. Typisch dafür

sind szenische Agitation, Massenrevuen, Sprechchöre, Sketches und die inhaltliche Einbindung in proletarische Gedenk- und Feiertage (z.B. 1. Mai, Tag der Pariser Kommune, Jahrestag der Oktoberrevolution usw.). Bei den Darstellern handelte es sich überwiegend um jugendliche Arbeiter oder auch StudentInnen, professionelle SchauspielerInnen waren kaum vertreten. Bei Regisseuren und Textautoren hingegen handelte es sich in den meisten Fällen um professionelle Schauspieler wie etwa Karl Forest und Hans Rodenberg. Die Tätigkeit wurde als integraler Bestandteil der Parteiarbeit verstanden, auch wenn die formelle Mitgliedschaft in der KPÖ keine Voraussetzung darstellte. Begleitet von einer lebhaften Diskussion im KPÖ-Zentralorgan *Die Rote Fahne*, die vor allem der damals 22-jährige Kulturredakteur Kurt Landau bestritt, wurde im Frühjahr 1925 in Wien die Proletkultgruppe gegründet, der eine *Dépendance* in Graz folgte.⁴

Der *Proletkult* unterstand dem Zentralen Agitprop-Ressort (für: Agitation und Propaganda) der KPÖ, das in Anlehnung an die Beschlüsse des 5. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale (1924) unter der Leitung von Andor Löwinger eingerichtet wurde.⁵ Auch Vorfeld- und Nebenorganisationen der KPÖ etablierten zeitweilig eigene Agitationsgruppen, etwa die im November 1926 entstandene Gruppe der *Roten Blusen*, die für die *Rote Hilfe* ganz ähnliche Programme entwickelte; ferner die im Jänner 1927 erstmals aufgetretenen Blauen Blusen, die entsprechende Inszenierungen für den Kommunistischen Jugendverband aufführten. Beide waren jedoch nur von kurzlebiger Natur und verschmolzen nach etwa einem Jahr mit dem *Proletkult*.⁶

Bereits gegen Ende des Gymnasiums bzw. zu Beginn des Studiums an kulturellen und kulturpolitischen Fragen interessiert, lernte Antonie Lehr 1926/27 einige Schauspieler und Schriftsteller kennen, die in der einen oder anderen Weise mit dem *Proletkult* verbunden waren, beispielsweise Karl Forest, Hans Rodenberg, Hugo Rosenberg und Leo Katz. Seit März 1927 wirkte Lehr in einem Sprechchor des *Proletkults* mit. Eine der spektakulärsten Massenrevuen des *Proletkult* ist mit der Feier zum 10. Jahrestag der Oktoberrevolution am 6. November 1927 verbunden, durch die zweimalige Aufführung der historischen Revue „Zehn Jahre, die die Welt erschütterten“ im ausverkauften großen Saal des Wiener Konzerthauses. Der Programmtext

wurde von Leo Katz verfasst, gemeinsam mit Hugo Huppert.⁷

Antonie Lehrs Hinwendung zu diesen künstlerischen Ausdrucksformen wurde auch durch die Beziehung mit Asriel Niwes geprägt, einem jungen Schauspieler und Regisseur, der seit 1926 am *Proletkult* mitwirkte und im Juni 1930 bei einem tragischen Badeunfall ums Leben kam.⁸ 1930 erfolgte eine Neustrukturierung und wenig später die Auflösung des *Proletkults*. Er wurde durch die Spieltruppen ersetzt, die gleichfalls unter der Ägide des zentralen Agitprop-Ressorts agierten. Die Gründe für diese Neuausrichtung können nur kurz skizziert werden: Zum einen waren die Massenrevuen zu groß dimensioniert und für die neue Dezentralisierungsstrategie aus logistischen Gründen nicht geeignet. Zum anderen sollten die Programme nicht mehr ausschließlich historisierend angelegt sein (proletarische Feier- und Gedenktage), sondern auf wichtige regionale und lokale Ereignisse Bezug nehmen und daraufhin adaptierbar sein. Im Zuge dieser Propagandastrategie entstanden auch in einzelnen Wiener Bezirken Spieltruppen, die etwa zehn bis 15 Personen umfassten. Einer der Vorteile dieser „mobileren“ Kleingruppen war die stärkere personelle Kontinuität.

Als Erfolgskriterium bei den Auführungen der Spieltruppen galt auch die erfolgreiche Werbung für neue Beitritte zur Partei, was die KPÖ auch dringend notwendig brauchte. Die ultralinke, sektiererische Politik der Komintern während der so genannten 3. Periode (1929–1933/34) hatte in vielen Ländern zu einer massiven organisatorischen Schwächung der jeweiligen Komintern-Ländersektionen geführt. In besonders starkem Ausmaß war Österreich betroffen: Anfang 1930 war die Zahl der KPÖ-Mitglieder auf 1.557 gesunken.⁹ Unter diesen Prämissen war es ein Achtungserfolg, dass die Spieltruppen 1931 innerhalb von zwei Wochen 200 neue Parteimitglieder bei ihren Auftritten gewinnen konnten.

1931/32 existierten in Wien mindestens vier Spieltruppen: Die Spieltruppe *Rotes Tempo* mit Sitz in Hernalds wurde im Februar 1931 im Auftrag des Agitprop-Ressorts des ZK gegründet und von Antonie Lehr organisiert. Das erste Programm („Die Krise“) zum 11. Parteitag der KPÖ im Mai 1931, der als „Parteitag des Sturmangriffs“ in die Parteipresse einging, wurde von Eduard März verfasst. Als Lehrs Nachfolger fungierte Boris Brainin, der für das *Rote Tempo* auch eine Reihe von Sketches und Lieder

verfasste. Die *Stoßbrigade* mit Sitz in Rudolfsheim wurde von Fritz Jensen (ursprünglich Friedrich Jerusalem), später Arzt im chinesischen Bürgerkrieg, geleitet. Leiter der Gruppe *Alarm* mit Sitz in der Leopoldstadt war Hugo Rosenberg. Die Gruppe *Donausturm* mit Sitz im Prater wurde im Sommer 1932 u.a. von Boris Brainin gegründet.¹⁰

Im Schatten sowjetischer „Apparate“

Im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Wien befindet sich ein von einem österreichischen Kommunisten und USA-Emigranten verfasster undatierter Bericht, adressiert an das ZK der KPÖ in der Wasagasse 10 (der Entstehungszeitraum liegt demnach zwischen 1945 und 1953, als sich die Parteizentrale an dieser Adresse befand). Aufgrund der großteils unleserlichen Unterschrift bedurfte es einiger Mühen, um den Autor zu eruieren: Es handelte sich um Dr. Otto Kreilisheim, der vor und nach 1938 für die UdSSR nachrichtendienstliche Aktivitäten ausübte.

Im Folgenden ein längerer Auszug aus dem Bericht: „Im Spätherbst oder Winter 1932 erhielt ich die Weisung, mich von meiner damaligen politischen Tätigkeit [...] unauffällig freizumachen und mich für andere Aufgaben bereitzuhalten. / Zu Beginn des Jahres 1933 wurde ich beauftragt, in Zusammenarbeit mit meiner Gattin und 3 anderen Genossen in Wien eine Sendestation einzurichten, bei der auf Sicherheit und mögliche Dauer, also auf eine entsprechende Deckung besonders Wert gelegt werden sollte. / Die Vorbereitungen nahmen geraume Zeit in Anspruch. Ich errichtete als Deckung in einem Hause des XVI. Bezirks eine Kunstschule für Ausländer, in der ich einen meiner Mitarbeiter als Studierenden unterbrachte. Die Station wurde im Frühjahr oder Frühsommer in Betrieb genommen und arbeitete unter recht schwierigen Verhältnissen, während der kritischen Zeit der Schutzbund- und Dollfuß-Krisen, ohne wesentliche Störungen bis zum Beginn des Jahres 1935, also eine ungewöhnlich lange Zeit. [...] / Im Herbst 1934 wurde die Lage unsicher. Es gab Hausdurchsuchungen in der Umgebung unseres Hauses, im Winter eine solche im Nachbarhause. Wir waren offenbar ausgepeilt und die Schule wurde, da die Umstände es erlaubten, in Ordnung abgebaut und liquidiert. / Nach längeren Besprechungen wurde die Errichtung einer Station in einem Hause des XVII. Bezirks beschlossen, kam je-



Antonie Lehr (1907–1997)

doch über Vorarbeiten nicht hinaus und wurde, da sich unüberwindliche Schwierigkeiten ergaben, noch im Vorbereitungsstadium aufgegeben.“¹¹

Obwohl der Bericht weder personenbezogene Angaben noch Hinweise auf den organisatorischen Hintergrund jener Sendestation enthält, lässt sich aufgrund zeitlicher Koinzidenzen und anderer Querverbindungen der organisatorische Hintergrund beleuchten: Im März 1933, wenige Wochen vor dem Verbot der KPÖ, trat der Wiener Orgleiter Johann Täubl („Robert“) an Lehr heran, um zu sondieren, ob sie bereit sei, eine spezielle Aufgabe zu übernehmen, die eine besondere Verschwiegenheit und Vertrauenswürdigkeit erforderte. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, musste sie alle bisherigen Parteikontakte abbrechen. Als diszipliniertes Parteimitglied sagte sie sofort zu, ohne zu wissen, worum es sich handelte. Täubl machte sie daraufhin mit Carl Lesse („Paul“) bekannt, einem aus Hamburg gebürtigen früheren Seemann, der seit 1931 die Wiener OMS-Station (auch als *punkt* oder *residentura* bezeichnet) als Nachfolger des 1931 verhafteten KPD-Funktionärs Willy Klose leitete. Lesse konnte auf eine langjährige Erfahrung als Agent und „Berufsrevolutionär“ zurückblicken, vor allem in den USA und in China. In Wien trat er unter der Tarnung eines amerikanischen Geschäftsmannes auf.¹²

Hinter dem Kürzel OMS verbarg sich der Begriff *Otdel meschdunarodnych swjasei* (Abteilung für internationale Verbindungen), d.h. der Nachrichtendienst der Kommunistischen Internationale. Die OMS-Archivbestände sind bis heute unzugänglich, so dass wir auf spär-

liche Erinnerungsfragmente und die Komintern-Personalakten („Kaderakten“) angewiesen sind, die jedoch bei Fragebögen oder Lebensläufen im Hinblick auf nachrichtendienstliche Aspekte gleichfalls sehr knapp gehalten sind. Zu den vielfältigen Aufgaben des OMS gehörten etwa das Fälschen bzw. Verfälschen von Pässen und anderen Dokumenten, die Entsendung und Legendierung von Kurieren, der Transport illegaler Literatur, die Finanzierung der kommunistischen Partei usw. Auch der Transfer von Absolventen der Moskauer Lenin-Schule aus aller Welt stand unter der Ägide des OMS. Es spricht für die Bedeutung Wiens als Drehscheibe für internationale kommunistische „Apparate“, dass die österreichische Hauptstadt neben Stockholm und Shanghai zu jenen Standorten gehörte, die bereits 1921/22 eine OMS-Station aufwies. Zwischen 1924 und 1928 kamen außerhalb der UdSSR *punkti* in Tallinn, Riga, Berlin, Varna, Konstantinopel und Amsterdam hinzu, 1929 in Teheran, Hongkong und Singapur.¹³

Als wichtiges Kommunikationsmittel zwischen der Moskauer OMS-Zentrale und ausländischen Komintern-Sektionen trat ab Ende der 1920er Jahre der Funkverkehr hinzu, beginnend mit Bulgarien, 1930 mit Berlin und Paris, 1932 mit Stockholm und Prag, 1933 mit Wien. Wien war seit den frühen 1920er Jahren nicht nur eine Drehscheibe internationaler kommunistischer Organisationen, sondern auch ein wichtiger Stützpunkt von Teilen der Auslandsleitung jener kommunistischen Parteien, deren Angehörige in ihren Heimatländern schwerer politischer Verfolgung ausgesetzt waren (Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien...); in Verbindung damit fungierte Wien auch als Transitstation für Kuriere aus jenen zumeist osteuropäischen Ländern, in denen der „weiße Terror“ regierte.

Damit ist im Wesentlichen der Rahmen skizziert, in dem sich die Tätigkeitsbereiche Lesses und seiner MitarbeiterInnen bewegten. Zu diesen zählten 1933/34 neben seinem Stellvertreter „Karl“ (nicht identifiziert) und Antonie Lehr noch folgende Personen: Der „Techniker“ (= Funker) Tom (Anton Hasek), ein Schwager des 1952 in einem stalinistischen Schauprozess zum Tode verurteilten und hingerichteten Rudolf Slánský; sowie aus den Reihen der KPÖ: seit Juli 1933 der Fotograf Arthur Rayda („Walter Klaus“),¹⁴ Rudolf Jakl, später auch OMS-Beauftragter in Prag,¹⁵ und Martin Thurner.¹⁶

Antonie Lehr erfüllte eine Reihe von Voraussetzungen, die sie für ihren neuen Aufgabenbereich prädestinierten: Sie kam aus „gutem Haus“, sprach mehrere Sprachen, hatte die Parteidisziplin in vollem Maße verinnerlicht, konnte gewandt auftreten, war unbescholten und außerhalb des 9. Bezirks parteimäßig kaum bekannt. Lehr traf sich in „besseren“ Lokalen oder Kaffeehäusern mit Kurieren und teilweise prominenten Repräsentanten der genannten kommunistischen Parteien oder arrangierte Treffen zwischen Lesse und diesen Parteifunktionären, z.B. mit Josip Broz Tito. Sie präparierte Koffer mit doppeltem Boden; einmal fungierte sie selbst als Kurierin und reiste extra nach Zürich, um solch einen Koffer einem norwegischen Komintern-Funktionär zu übergeben. Sie übernahm „für Moskau“ bestimmte Nachrichten und übermittelte sie an Lesse, der ihr im Gegenzug aus der Moskauer OMS-Zentrale stammende Informationen und Direktiven zur Weiterleitung aushändigte. Zwecks Erledigung der meisten Arbeiten, d.h. all jener, in die keine weiteren Kontaktpersonen unmittelbar mit eingebunden waren, wurde ein Büro im 5. Bezirk gemietet, das nur Lesse und Lehr kannten. Der Standort der Funkstation selbst blieb ihr unbekannt, aber dass ein angeblicher „Professor“ die Räumlichkeiten gemietet hatte, ist eine interessante Ergänzung der eingangs erwähnten Etablierung einer als Deckung dienenden Kunstschule.

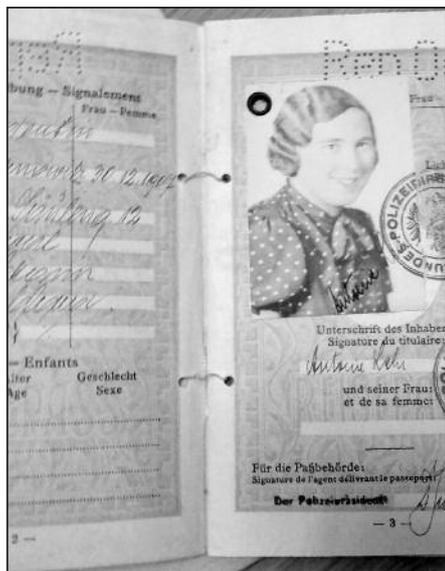
Aus der engen Kooperation mit Lesse entwickelte sich ein sehr vertrauensvolles, fast freundschaftliches Verhältnis, was für Lehr allerdings einen erheblichen arbeitsmäßigen Mehraufwand implizierte, da sie, entgegen den gängigen Regeln nach einiger Zeit die Funktelegramme von bzw. nach Moskau auch selber chiffrieren und dechiffrieren musste. Dies war keine leichte Aufgabe, da die Appelle, Resolutionen und sonstigen Nachrichten selbst bei der telegrammstilartigen Abfassung oftmals in „Parteichinesisch“ verfasst waren. Eine besondere Belobigung erhielt die Wiener OMS-*Residentura* anlässlich des Aufstands der Wiener Schutzbündler, da sie bereits am Abend des 12. Februar 1934 darüber berichtete, früher als jede reguläre Nachrichtenagentur. In der Folge trafen sich die vier für den Informationsaustausch wichtigsten Personen zwei Mal täglich auf neutralem Boden, im Zimmer einer Ärztin im AKH: Zum einen Lehr und Täubl, zum anderen Lesse und der KPÖ-Spitzenfunktionär Hermann Köhler.

Im Herbst 1934 wurde die Situation des OMS-Stützpunktes binnen kurzer Zeit unhaltbar, da sich die Peiltruppe der Kriminalpolizei der Sendeanlage zu nähern begannen. Bereits Mitte November 1934 führte die Polizei Hausdurchsuchungen in einem der benachbarten Gebäude durch. Am 30. November erhielt Antonie Lehr von Lesse die Aufforderung, Wien umgehend zu verlassen. Das Datum ist ihr deswegen so genau in Erinnerung geblieben, weil es ihr 27. Geburtstag war. Lesse war es zuvor gelungen, alle verdächtigen Gegenstände aus den betreffenden Räumlichkeiten zu entfernen, und die OMS-*Residentura* wurde in der Folge zwar nicht aufgelöst, aber für längere Zeit auf Eis gelegt.

Exil in Prag und Moskau

In Prag verfügte Lehr bereits aufgrund früherer Aufenthalte über eine Anlaufstelle, was ihr die sofortige Kontaktaufnahme mit der Prager OMS-Station ermöglichte. Trotz ihrer exponierten Situation wurde sie, was sicher auch eine Konspirationsverletzung bedeutete, zwei Mal nach Berlin geschickt, um dortigen OMS-Mitarbeitern einen präparierten Koffer mit Geld und Dokumenten zu übergeben. In Berlin traf sie zwei alte Bekannte aus Wien, nämlich Karl Kakuska und Rudi Jakl. Unmittelbar nach ihrer Rückkehr erhielt sie in Prag die Mitteilung, dass ein illegaler Einsatz in Österreich unmöglich und stattdessen eine Kommandierung in die Sowjetunion geplant sei.

Am 24. Dezember 1934 reiste sie nach Moskau. Die folgenden vier Wochen verbrachte sie an der Peripherie Moskaus in einer Art Internat, das ausnahmslos OMS-Aktivistinnen in „Warteposition“ beherbergte. Obwohl es ihr und ihren KollegInnen in materieller Hinsicht an nichts mangelte, fühlte sie sich äußerst unbehaglich, weil die betreffenden Aktivistinnen aus der ganzen Welt, die ausnahmslos unter falschem Namen auftraten, auch wenn sie einander persönlich kannten, nichts über ihr politisches Leben oder gar ihre früheren Einsätze erzählen durften, sondern sich die Zeit mit Spielen, Kochkursen und dergleichen vertrieben. Mit einem Wort, sie fühlten sich vollständig „abgehängt“, und die Aktiveren unter ihnen, zu denen auch Lehr gehörte, trachteten danach ehest möglich eine andere Kommandierung zu erlangen. Auch dies war im Regelfall jedoch unmöglich, weil man entweder einberufen wurde oder nicht, aber jegliche selbstständige Initiative unerwünscht war.



Reisepass von Antonie Lehr (RGASPI)

Bei einer Vorsprache im Komintern-Gebäude gelang es Lehr bis ins Allerheiligste vorzudringen, den unter OMS-Insidern bekannten 5. Stock, wo Alexander Abramov-Mirow, der OMS-Leiter, residierte. Dazu genügte es nicht, am Haupteingang des Komintern-Hauses einen *Propusk* (Passierschein) vorzuweisen, den man nach einem Telefonat zwischen der Wache und dem jeweils zuständigen Komintern-Referenten erhielt. Zusätzlich war der 5. Stock durch ein Gitter abgesperrt, und um beim OMS-Leiter vorzusprechen, war es erforderlich, einen zweiten *Propusk* zu erhalten. Auf diese zwar unangenehme, aber vergleichsweise harmlose Art und Weise lernte Antonie Lehr die „bolschewistische Wachsamkeit“ kennen. Die Begegnung mit Abramov-Mirow ist ihr in sehr unangenehmer Erinnerung verblieben, er erweckte den Eindruck eines kalten, an seinen eigenen Mitarbeitern völlig desinteressierten Apparatschiks.

Zufälligerweise fügte es sich, dass zu diesem Zeitpunkt – im Februar 1935 – der österreichische Vertreter beim Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (EKKI), Oskar Grossmann, eine Sekretärin benötigte. Lehr kannte ihn bereits von ihrer eigenen legalen Parteitätigkeit her und nahm die Stelle sehr gerne an. Im Sommer 1935 betreute sie die österreichische Delegation am 7. Weltkongress der Komintern. Innerhalb der Komintern war das Ansehen der KPÖ seit dem Februar 1934 stark gewachsen, und die Zahl der Mitglieder hatte sich von etwa 4.000 auf 16.000 bis Jahresende 1934 erhöht. Als Grossmann in seiner Funktion als EKKI-Vertreter von Ernst Fischer abgelöst wurde, fungierte Lehr etwa ein halbes Jahr als des-

sen Sekretärin, bevor sie auf Empfehlung bzw. im Einvernehmen mit Jelena Stasowa (Vorsitzende der MOPR) nach Paris kommandiert wurde.

Über Stockholm flog sie am 8. März 1936 mit dem Pass von Rosl Klahr, der Ehefrau des Parteitheoretikers Alfred Klahr, in die Seine-Metropole und assistierte in der Folge vor allem Malke Schorr, die in Paris das westeuropäische Büro der *Internationalen Roten Hilfe* leitete. Die beiden teilten über einen längeren Zeitraum auch eine gemeinsame Wohnung. Die Bezeichnung „westeuropäisches Büro“ war in einer gewissen Weise irreführend, da die Kampagnen, Massenveranstaltungen, Konferenzen usw. vor allem eine Unterstützung von politischen Gefangenen aus Nazi-Deutschland und osteuropäischen Diktaturen umfasste. Als Schorr 1937 nach Moskau zurückbeordert wurde, übernahmen der Engländer Bell und der Italiener Bonetti im Wesentlichen ihre Funktionen.

Anfang 1938 geriet Lehr in den Sog eines anderen sowjetischen Apparats, nämlich des militärischen Nachrichtendienstes (GRU), damals auch bekannt unter der Bezeichnung „Vierte Abteilung des Generalstabs der Roten Armee“, unter Insidern „Die Vierte“ genannt. Der Schriftsteller Leo Katz (geboren 1892), wie ein großer Teil der bisher genannten Personen ein aus der Bukowina stammender Jude, gehörte seit 1922 der KPÖ an und arbeitete anschließend in Berlin für die Parteizeitung *Rote Fahne*. Dem britischen Geheimdienst MI5 zufolge, der zwischen 1934 und 1952 ein Dossier über Katz führte und sich dabei zum Teil auf die unveröffentlichten Aussagen eines prominenten GRU-Überläufers (Walter Krivitsky) stützte, war Katz seit 1931 als GRU-Agent tätig und betrieb von Paris aus gemeinsam mit Ernest Cruzka seit 1933 die Tarnfirma *Sociemex*.¹⁷ Der Moskauer Kaderakt von Katz enthält diesbezüglich nur einen andeutungsweisen Hinweis von Johann Kopleinig vom 18. Dezember 1944, wonach Katz „in einer besonderen Funktion für das republikanische Spanien“ arbeite.¹⁸

Was hatte es damit auf sich? Der österreichische Schriftsteller (Parteiename „Leo Weiss“) war in den Ankauf von Waffen für das republikanische Spanien involviert, was einen längeren Aufenthalt in den USA erforderte. Da er ausweislich britischer Geheimdienst-Informationen lediglich Deutsch und Hebräisch sprach, benötigte er eine ebenso versierte wie verschwiegene Dolmetscherin. Die Wahl fiel auf Antonie Lehr,

aufgrund ihrer Sprachkenntnisse und der sonstigen, bereits skizzierten Dispositionen für eine nachrichtendienstliche Tätigkeit. Bei dieser Mission – es ging dabei um den Ankauf von 50 Kampfflugzeugen für das republikanische Spanien – begleitete Lehr den im Auftrag des GRU tätigen Leo Katz in die USA.

Solidaritätsarbeit in Paris

Antonie Lehr kehrte am 14. März 1938, unmittelbar nach dem „Anschluss“ Österreichs, nach Paris zurück. In der Folge war sie vor allem in der Solidaritätsarbeit für das republikanische Spanien tätig, dessen bevorstehende Niederlage sich bereits ab der zweiten Jahreshälfte 1938 abzeichnete. Schon in dieser Phase wurden zehntausende spanische Kinder nach Frankreich evakuiert und vor allem in Südfrankreich in Heimen untergebracht, die man als „points blancs“ bezeichnete. Lehr gehörte zu einer Gruppe, die sich um die Unterbringung, medizinische und sonstige Betreuung dieser Kinder kümmerte.

1938 gab es nach langer Trennung auch ein Wiedersehen mit ihrem Lebensgefährten Franz Storkan. Aufgrund seiner Arbeitslosigkeit war der österreichische Kommunist 1932 mit einem Facharbeitertransport in die UdSSR gekommen und fand in Magnitogorsk eine relativ gut bezahlte Stelle als Schweißer. Anschließend absolvierte er ein Werkstudium an der KUNMZ (Kommunistische Universität der nationalen Minderheiten des Westens), und war, nach Österreich zurückgekehrt, im Untergrund tätig. Von Herbst 1936 bis Februar 1937 organisierte er die Schleusung von hunderten Spanienfreiwilligen aus Österreich und saß deshalb längere Zeit in Haft. Nach dem „Anschluss“ emigrierte er nach Frankreich und lebte zunächst in Rouen, später in Caen.

1940, als die Deutschen Paris besetzten, verschlug es Lehr und Storkan nach Südfrankreich. Lehr war dort eine Zeit lang im Lager Gurs unter relativ milden Bedingungen interniert und erhielt eine Stelle bei der Postausgabe, wodurch sie über bessere Informationsmöglichkeiten verfügte als das Gros der übrigen Internierten. Storkan war zuvor bei einer Prestataires-Kompanie in Nevers stationiert gewesen. Die Prestataires-Kompanien waren eine Art Arbeitsdienst im Rahmen der französischen Armee. Diese militärisch organisierten, unbewaffneten Einheiten bestanden aus Ausländern (zumeist Emigranten), die 1940 – teils freiwillig, teils gezwungenermaßen – zu die-

sen Formationen eingezogen wurden.¹⁹ Nach der Entlassung aus der Arbeitskompanie bzw. aus dem Lager Gurs konnte sich das Paar ohne bürokratische Schikanen in Arles niederlassen, wo Lehr und Storkan einen Bauernhof betrieben. Hier lernte Lehr auch die spätere TA-Aktivistin Lisa Gavrič (geborene Bechmann) kennen, die in ihrer Autobiographie eine einfühlsame Darstellung des sozial so ungleichen, aber dennoch sehr harmonisch wirkenden Paares präsentierte: Hier die Tochter aus liberalem jüdischen Bürgertum, da der Schlossergehilfe aus ärmlichen Verhältnissen.²⁰ Diese autobiographische Darstellung ist zwar in romanhafter Form gestaltet, wirkt aber dennoch im Kontext ergänzender Quellen sehr authentisch. Die Akteure und Akteurinnen wurden von Gavrič ausnahmslos nur mit den Vornamen genannt, die betreffenden Personen konnten bis auf wenige Ausnahmen eindeutig identifiziert werden.

Der Bauernhof in Arles diente als zeitweiliger Zufluchtsort für einige prominente KPÖ-Funktionäre, z.B. Alfred Klahr. Fallweise bestand eine lose Verbindung zwischen Storkan/Lehr und Vertretern der österreichischen Parteileitung in Toulouse bzw. Marseille. Von Arles aus führte Antonie Lehr noch 1941 eine Korrespondenz mit ihrem in die USA emigrierten Bruder. Bald gesellten sich Antifaschisten aus anderen Nationen (vor allem Italiener) dazu. Diese Konstellation bildete möglicherweise den Hintergrund für eine überraschende Razzia der Vichy-Polizei im Dezember 1941, bei der Franz Storkan, Ideale Guelfi und ein französischer Kommunist verhaftet und in das berüchtigte Internierungslager Le Vernet verschleppt wurden. Um dieselbe Zeit begann die österreichische Parteileitung im Rahmen des *Travail Allemand* (TA), den Übertritt österreichischer Kommunisten aus der unbesetzten in die besetzte Zone zu forcieren, um diese Parteikader in den direkten Widerstand gegen die deutsche Besatzungsmacht zu integrieren. Auch Toni Lehr entschied sich für eine aktive Teilnahme an der Résistance.

Travail Allemand 1942/43

Mit gut gefälschten französischen Personalpapieren versehen, die Heinrich Sussmann (Marseille) hergestellt bzw. präpariert hatte, fuhren Antonie Lehr und Gertrude Schindel nach Chalons-sur-Saône, um die dortige Demarkationslinie zu überschreiten und in den besetzten Teil Frankreichs zu gelangen. Infolge einer

Panne mussten sie eine Nacht im Gefängnis verbringen, konnten jedoch nach Zahlung einer Geldstrafe in Höhe von 1.000 Francs am 30. April 1942 weiterreisen.

Lehrs Ankunft in Paris und die sofortige Aufnahme einer vielseitigen Widerstandstätigkeit bedeuteten eine immense Entlastung für Franz Marek, den inhaltlich für illegale Propaganda und personell für ÖsterreicherInnen zuständigen Verantwortlichen der dreiköpfigen Leitung des *Travail Allemand*. Seine nunmehrige enge Mitarbeiterin war mit einem französischen KP-Sympathisanten gut bekannt, der in einem deutschen Werbebüro am Pariser Boulevard des Italiens beschäftigt war, das erst um 14 Uhr geöffnet wurde. Er überließ ihr die Schlüssel, und Marek und Lehr verbrachten fast jeden Vormittag in dieser „Höhle des Löwen“, wo sie zunächst die Inhalte der überwiegend von Marek verfassten Artikel für den *Soldat im Westen* diskutierten, die wichtigste deutschsprachige Untergrundzeitung im besetzten Frankreich, von der bis Ende 1943 mindestens 30 Ausgaben in einer Auflage von je 60.000 Exemplaren erschienen. Mareks Assistentin schrieb die Artikel, mit der vor allem Wehrmachtssoldaten über die wirkliche Frontlage und die Situation in der Heimat aufgeklärt werden sollten, auf Matrizen, die sie anschließend einer französischen Verbindungsagentin übergab, da das Duo anfänglich über keine eigenen Vervielfältigungsmöglichkeiten verfügte. Einen Teil der abgezogenen Schriften erhielt sie etwas später retourniert, ein Teil wurde an deutsche Kommunisten übergeben.

Lehr schilderte in Interviews die anfänglichen Ängste, die sie bei diesen Materialtransporten überfielen. Sie war am ganzen Körper „vollgestopft mit illegalen Schriften“, Razzien waren häufig und in der Anfangsphase wurde sie regelmäßig von der Vorstellung heimgesucht, jedermann könnte ihr ansehen, dass sie etwas Gefährliches mit sich herumführte. Die Matrizen oder fertigen Flugschriften in einer Tasche oder einem Koffer zu transportieren, wäre jedoch noch weitaus riskanter gewesen, denn Gepäck-Kontrollen waren jederzeit zu gewärtigen, während Leibesvisitationen in der Regel nur bei einem begründeten Verdacht vorgenommen wurden.

Auch im Rahmen der „mittleren“ Hierarchie-Ebene des TA-Apparats spielte Lehr eine wesentliche Rolle, da ihr die regelmäßigen Kontakte mit den „interregionalen Instruktoren“ (kurz: „Inter“) oblagen, von denen bisher elf Österrei-

cher und ein Franzose eruiert werden konnten. Die „Inter“ agierten als eine Art Stützpunktleiter in allen als strategisch wichtig erachteten französischen Städten, vor allem an der Atlantikküste und im nördlichsten Teil Frankreichs. Einer von ihnen war Josef Meisel mit Sitz in Bordeaux. Die Instruktoren betreuten jeweils eine gewisse Anzahl von österreichischen Widerstandskämpfern, die in ihrem territorialen Zuständigkeitsbereich lebten und in zivile oder militärische Dienststellen der deutschen Besatzungsmacht „eingebaut“ waren. Lehr nahm die Berichte der allmonatlich in Paris ankommenden Instruktoren entgegen und übergab ihnen eine größere Anzahl der jeweils aktuellen Ausgabe des *Soldat im Westen* oder anderer Flugschriften, während Marek den „Inter“ fallweise besondere Instruktionen erteilte. Auf diese Weise kam ein relativ dichtes Kommunikationsnetz zustande.

Im Regelfall erfuhren die beteiligten Hauptakteure nichts oder nur sehr wenig über die „Rezeption“ der Untergrundzeitungen. Eine Ausnahme, die bei Marek und Lehr ein kurzes Triumphgefühl auslöste, bildete eine über Radio Moskau gesendete und abgehörte Notiz, der zu Folge ein Wehrmachtssoldat an der Ostfront zur Roten Armee desertiert war, mit einem Exemplar des *Soldat im Westen* in der Hand!

Fallweise nahm Antonie Lehr auch österreichische Widerstandskämpfer in Empfang, die – wie sie selbst zuvor – die Demarkationslinie überschritten hatten, um sich in Paris oder anderen besetzten Regionen Frankreichs der Résistance anzuschließen, beispielsweise der Spanienkämpfer Hans Bily. Im Sommer 1943 gelang es einer verhafteten österreichischen Widerstandskämpferin, aus dem Gefängnis einen Kassiber zu schmuggeln, durch den Lehr erfuhr, dass sie unter Beobachtung stand. Die auf solche Art gewarnte Mitarbeiterin Mareks wechselte daraufhin sofort die Unterkunft, veränderte ihr Aussehen und stellte die bis dahin sehr exponierte Mitarbeit beim *Travail Allemand* ein. Ihre Nachfolge im TA-Apparat übernahm die aus Rumänien gebürtige Irma Mico.

In der Floridsdorfer Lokomotivfabrik 1943/1944

In weiterer Folge bewarb sich Antonie Lehr um eine Arbeitsstelle in der „Ostmark“ und kam mit einem Fremdarbeitertransport als „Anette Lutterbach“ nach Wien, und zwar Ende August 1943, d.h. exakt zu jenem Zeitpunkt, als die Gesta-

po die Kerngruppe der aus Frankreich zurückgekehrten (als Fremdarbeiter getarnten TA-AktivistInnen) zerschlug. Es ist äußerst unwahrscheinlich, dass Lehr von diesen Ereignissen Kenntnis erhielt oder in den ersten Tagen bzw. Wochen ihrer Anwesenheit in Wien gar Kontakte mit GenossInnen anbahnte, die bis dahin der Verhaftung entgangen waren.

Ähnlich wie die meisten anderen Frankreich-Rückkehrer der „zweiten Welle“ hatte sie keine speziellen politischen Aufträge aus Paris erhalten und betrachtete unter den gegebenen Umständen Wien einfach als weniger „heißes Pflaster“. In die Floridsdorfer Lokomotivfabrik versetzt, kam sie ins Ausländerlager, das etwa 1.500 Franzosen umfasste, ferner Slowaken und Angehörige anderer Nationen. Österreicher waren fast nur als Vorarbeiter und im Verwaltungspersonal vertreten. Gegenüber den „echten“ Französisinnen aus ihrem Transport konnte sie mit einigen Attributen innerhalb kurzer Zeit einen Bonus verbuchen. Als die Angehörigen der Gruppe aufgerufen und gefragt wurden, ob jemand Deutsch spräche, meldete sie sich als einzige mit einer akzentfreien Aussprache. Und obwohl sie mit einer erfundenen Biographie auftrat, war ihr doch der seriöse bürgerliche Hintergrund anzumerken; anders als bei einigen Französisinnen, die im Gegensatz zu den Männern generell nicht zwangsweise rekrutiert wurden und somit auch keinen Querschnitt der weiblichen Bevölkerung darstellten, sondern vereinzelt einen in sozialer Hinsicht deklassierten bzw. verwahrlosten Eindruck erweckten (z.B. Prostituierte). Ein maßgeblicher Faktor war, dass „Anette Lutterbach“ nicht als Arbeiterin, sondern als Angestellte eingestuft wurde, was ihr ermöglichte, nach zwei Tagen das schmutzige, von Ungeziefer befallene Barackenlager zu verlassen und eine private Wohnung im 18. Bezirk zu beziehen.

Nach über zwei Jahren gab es in Wien ein Wiedersehen mit Franz Storkan, der nach einer Odyssee durch französische Internierungslager und Gefängnisse im Jänner 1944 ebenfalls in die „Ostmark“ zurückkehrte und einer Beschäftigung in der Metallwarenfabrik Jessernigg & Urban in Stockerau nachging. Als die Stadt Orléans, Lutterbachs angeblicher Geburtsort, von den Alliierten befreit wurde, atmte Lehr erleichtert auf. Zwar hatte bis dahin niemand die (falsche) Identität der exzellenten Dolmetscherin angezweifelt, aber nunmehr war es, so ihre feste Überzeugung, definitiv unmöglich, die Angaben aus ihren französi-

schen Personalpapieren nachzuprüfen. Umso größer das Entsetzen, als wenige Tage später, am 4. Juli 1944, zwei Gestapo-Beamte im Ausländerlager der Lokomotivfabrik Floridsdorf auftauchten und nach ihr verlangten. Auch Franz Storkan und ca. 15 weitere FremdarbeiterInnen der zweiten Gruppe wurden von Anfang bis Mitte Juli 1944 von der Gestapo verhaftet.

Gestapo, Auschwitz, Ravensbrück

Antonie Lehr war drei Monate im Gefängnis Rossauer Lände inhaftiert. Mitarbeiter der Gestapoleitstelle Wien legten ihr Protokolle anderer Mithäftlinge aus dem Umfeld der Résistance vor, um ihr gegenüber die erheblichen Erkenntnisfortschritte über die Widerstandstätigkeit in Paris zu demonstrieren und sie so unter Druck zu setzen.²¹ Lehr wurde in der Haft schwer misshandelt, gab aber keine ihrer Kontaktpersonen preis. Eines Tages wurde sie gezwungen, einen sogenannten „Schutzhaftlagerbefehl“ zu unterschreiben, mit dem sie quasi bestätigte, „sich für die Kommunistische Partei in hochverräterischer Absicht betätigt zu haben“.

Am 1. November 1944 wurde sie mit einer Gruppe von neun anderen Frankreich-RückkehrerInnen nach Auschwitz deportiert, darunter Gertrude Schindel und Edith Wexberg. Ihre beiden Mitstreiterinnen hatten ebenso wie Antonie Lehr in Auschwitz einen roten Punkt auf ihrer Häftlingskleidung affiziert bekommen. Dieser signalisierte „Fluchtgefahr“, so wurden jene Häftlinge markiert, die dem „Strafblock“, also dem verschärften Regime, zugeteilt waren. „Erst später wurde mir mitgeteilt“, resümierte Toni Lehr, „dass auf dem Schutzhaftlagerbefehl, den ich unterschreiben hatte müssen, stand: ‚Rückkehr nicht erwünscht‘. Das heißt, wir kamen schon mit der Auflage ins Lager, dass wir ermordet werden sollten.“²²

Im Jänner 1945 rückte die Front immer näher und das Lager wurde sukzessive aufgelöst, die Häftlinge ermordet oder in andere Lager gebracht. Am 18. Jänner 1945 erfolgte die Evakuierung des Lagers Auschwitz; die verbliebenen Häftlinge wurden auf den „Todesmarsch“ ge-



Gestapo-Fotos von Antonie Lehr vom 4. Juli 1944

schildt. So auch Antonie Lehr, die mit einer Gruppe von Gefangenen bei klirrender Kälte zwei Tage und zwei Nächte lang marschierte. „Rechts und links lagen die Toten, alle, die nicht mitkonnnten, wurden von der SS unterwegs erschossen.“ Sie erreichte mit letzter Kraft das Lager Ravensbrück, wo sie als Typhuserkrankte in das Krankenrevier eingeliefert wurde. Über Maria Grassinger, eine inhaftierte Österreicherin, die dem Büro der Lagerpolizei zugeteilt war, wurde bekannt, dass jetzt, in der Endphase des Krieges, drei Österreicherinnen, darunter Antonie Lehr, hingerichtet werden sollten. Die Solidarität und Entschlossenheit des illegalen Lagerkomitees verhinderte diese Morde.²³

„Maria Grassinger warnte aufgrund ihrer Position in der Lagerpolizei rechtzeitig vor der geplanten Hinrichtung der drei Jüdinnen, deren Judenstern rasch durch den roten Winkel der politischen Häftlinge ausgetauscht wurde. Ihre Häftlingsnummer wurde gegen die von Toten getauscht, organisiert durch die französische Widerstandskämpferin Marie-Claude Vaillant-Couturier. [...] Antonie Lehr war meist im Revierblock oder im Leichenkeller versteckt, da sie schwer an Typhus erkrankt war. Mit Lebensmitteln wurde sie unter anderem von Maria Bures und einer Polin versorgt, die beide in der SS-Küche arbeiteten.“²⁴

Die österreichische Widerstandskämpferin Melanie (Mela) Ernst war die Vorsitzende dieses Lagerkomitees, das aus Angehörigen verschiedener Nationalitäten bestand. Eine Stunde vor der geplanten Hinrichtung der drei Frauen rief Mela Ernst das illegale Internationale Lagerkomitee zusammen, um es über die geplanten Hinrichtungen zu informieren. Sofort formierte sich Widerstand und das gesamte Lagerkomitee setzte alles daran, um die Österreicherinnen zu retten. Antonie Lehr: „Einmal wurde ich von einer Französin versteckt, dann von einer

Tschechin. Es kamen Menschen aller möglichen Nationen zu mir, die ich überhaupt nicht kannte, am seltensten Österreicher, weil man befürchtete, dass man am ehesten über sie versuchen würde, uns zu finden.“ Ungefähr zwei Monate lang verbrachte Lehr jeden Tag in einem anderen Versteck, einmal in einem Vorraum des Spitals unter einem Stapel Strohsäcke, dann auf dem Dach, einen anderen Tag in einer Baracke, zugedeckt mit einem schwarzen Tuch. Während dessen suchte die SS fieberhaft nach den drei Häftlingen. Das gesamte Lager musste antreten, linker Arm vorgestreckt zur Kontrolle der in Auschwitz tätowierten Häftlingsnummer. Eine aus Polen stammende Lagerärztin schnitt Lehr ihre Nummer heraus und verband die Wunde, so dass es aussah, als hätte sie Abszesse. Die Tatsache, dass sie unerkannt blieb und von der SS nicht gefunden wurde, schrieb sie später dem in Ravensbrück herrschenden Chaos zu. „[...] unter ‚normalen‘ Verhältnissen hätten sie mich gefunden. Sie dürften schließlich aufgegeben haben.“²⁵

Antonie Lehr versteckte sich so lange, bis die ersten Französinen aufgrund eines Abkommens zwischen Graf Bernadotte und Heinrich Himmler – im Austausch gegen deutsche Kriegsgefangene – befreit wurden. Sie selber war in Ravensbrück wieder zur Französin geworden – die illegale Lagerorganisation hatte sie mit einer französischen Identität (mit den Daten einer verstorbenen Französin) und einem Winkel mit dem Buchstaben „F“ ausgestattet. So konnte sie – getarnt als Französin – die Reise in die Freiheit Richtung Schweden antreten.

Befreiung und Rückkehr nach Wien

Den Tag der Befreiung, den 8. Mai 1945, feierte Lehr bereits in Schweden. Dort nahm sie nach einer längeren Phase der Erholung von den durchlittenen Strapazen Kontakte mit den nach Schweden emigrierten österreichischen Kommunisten auf, zu denen z.B. Johann Täubl gehörte, und wurde gemeinsam mit anderen als „Französin“ deklarierten Ravensbrück-Häftlingen zunächst nach Paris repatriert. Die Rückkehr nach Österreich gestaltete sich nicht ganz einfach. Die ausländischen WiderstandskämpferInnen wurden von Frankreich uneingeschränkt als Mitglieder der Résistance anerkannt und aus Schweden nach Paris ausgeflogen. Die sowjetische Botschaft in Paris organisierte für Franz Marek, Anna Grün, Walter Stein, Mela

Ernst, Tilly Spiegel, Gertrude Schindel und Antonie Lehr am 31. August 1945 den Rückflug nach Wien.²⁶

In Wien arbeitete Antonie Lehr zunächst als Sekretärin des damaligen Vizekanzlers Johann Koplenig, danach als Sekretärin des *Österreichischen Friedensrats*. Zuletzt war sie Mitarbeiterin des *Wiener Tagebuch* und wurde in Zusammenhang damit im Februar 1971 aus der KPÖ ausgeschlossen.²⁷ Im *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* war sie viele Jahre als Archivarin tätig. Toni Lehr verstarb am 1. März 1997. 2019 beschloss der Wiener Gemeinderat, eine Straße im Stadtentwicklungsgebiet Donaustadt nach ihr zu benennen.

Anmerkungen:

- 1/ Dieser Beitrag ging aus dem Forschungsprojekt „Transnationaler Widerstand: Die antifaschistische ‚Fremdarbeiterlinie‘ 1942–1944“ hervor, das vom Zukunftsfonds der Republik Österreich und der Wissenschaftsabteilung der Stadt Wien (MA 7) gefördert wurde. Sofern nicht anders angegeben, stammen alle biographischen Informationen aus einem mehrteiligen Interview, das der Verfasser 1982/83 mit Antonie Lehr durchführte. Zu wichtigen Stationen bis etwa 1936 siehe auch RGASPI (Russisches Staatsarchiv für soziale und politische Geschichte) 495/187/3019, Kaderakt Antonie Lehr.
- 2/ Vgl. Renate Göllner: *Mädchenbildung um 1900: Eugenie Schwarzwald und ihre Schulen*. Dissertation Universität Wien 1986; Deborah Holmes: *Langeweile ist Gift. Das Leben der Eugenie Schwarzwald*. St. Pölten 2012.
- 3/ Dr. Johannes Koll stellte mir zu Antonie Lehrs Studium an der Hochschule für Welthandel einige Dokumente zur Verfügung, wofür ich mich an dieser Stelle bedanken möchte.
- 4/ Christine Kanzler: *Proletarisches Theater in der Ersten Republik. Szenische Formen der Agitproparbeit der Kommunistischen Partei Österreichs im Kontext kulturevolutionärer Strömungen in der Sowjetunion (1925–1933)*. Dissertation Universität Wien 1997, S. 63.
- 5/ Ebd., S. 135.
- 6/ Ebd., S. 160ff.
- 7/ Hugo Huppert: *Wanduhr mit Vordergrund*. Halle/S. 1977, S. 83f.
- 8/ *Die Rote Fahne*, 15.1.1928, 7.7.1929, 17.6.1930 und 20.6.1930.
- 9/ Barry McLoughlin/Hannes Leidinger/Verena Moritz: *Kommunismus in Österreich 1918–1938*. Innsbruck, Wien, Bozen 2009, S. 272.
- 10/ Berichte von Boris Brainin an das ZK der KPÖ, o.D.; Boris Brainin an Christine Kanzler, 3.6.1984. Diese Dokumente hat mir dankenswerterweise Dr. Christine Kanzler zur Verfügung gestellt.
- 11/ Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Bericht



Antonie Lehr, nach 1945

- von Otto Kreilisheim an das ZK der KPÖ, o.D.
 12/ The National Archives (Kew), KV-2-1399, Dossier Carl Lesse.
 13/ McLoughlin u.a.: *Kommunismus*, S. 377.
 14/ RGASPI 495/187/2522, Kaderakt Arthur Rayda.
 15/ RGASPI 495/187/3007, Kaderakt Rudolf Jakl.
 16/ Interview von Hans Schafranek mit Martin Thurner, S. 13–20.
 17/ TNA, KV-2-140, Dossier Leo Katz.
 18/ RGASPI 495/187/666, Kaderakt Leo Katz.
 19/ Vgl. Hans Schafranek: *Österreichische Spanienkämpfer in der Fremdenlegion und in den Prestataires-Kompanien*, in: Lucile Dreidemy u.a. (Hg.): *Bananen, Cola, Zeitgeschichte. Oliver Rathkolb und das lange 20. Jahrhundert*, Bd. I. Wien, Köln, Weimar 2015, S. 372–382.
 20/ Lisa Gavrič: *Die Straße der Wirklichkeit. Bericht eines Lebens*. Berlin 1984, S. 244f.
 21/ Antonie Lehr: „Soldat im Westen“, in: Franz Richard Reiter (Hg.): *Unser Kampf*. In Frankreich für Österreich. Interviews mit Widerstandskämpfern. Wien, Köln, Graz 1984, S. 121–132, hier S. 129.
 22/ Ebd., S. 129ff.
 23/ Ebd., S. 130.
 24/ Vgl. Petra Monika Domesle: *Österreicherinnen in Exil und Widerstand in Frankreich. Beitrag zum Widerstand und Problematik der Rückkehr. Status in Wissenschaft und Gesellschaft*, Diplomarbeit Universität Wien 2006, S. 163ff.
 25/ Lehr: „Soldat im Westen“, S. 131.
 26/ Ebd., S. 132.
 27/ ZPA der KPÖ, Bezirksleitung der KPÖ Döbling an Antonie Lehr, 22.2.1971.

Dr. Hans Schafranek ist am 13. Oktober 2022 nach kurzer, schwerer Krankheit verstorben. Den vorliegenden Beitrag hat er bereits im September 2022 eingereicht. Auf seiner Webseite (www.hansschafranek.at) ist ein Kondolenzbuch eingerichtet.

Die ersten Prozesse des Volksgerichtshofs in Graz 1942 gegen Kommunisten

HEIMO HALBRAINER

Am 29. August 1942 erschien in der Grazer Tageszeitung *Tagespost* ein Bericht mit dem Titel „Sondergericht in Graz“, in dem es hieß: „Vor dem Sondergericht in Graz standen eine Reihe von Angeklagten, die sich wegen hochverräterischer Umtriebe zu verantworten hatten. In einer Zeit, da der deutsche Soldat die Grenzen des Reiches gegen die bolschewistischen Horden schützt, Leben und Gesundheit für die Heimat einsetzt, und das deutsche Volk im härtesten Lebenskampf um seine Zukunft steht, haben diese Volks- und Staatsfeinde versucht, eine kommunistische Organisation aufzuziehen und so der Front in den Rücken zu fallen. Dass jeder derartige Versuch im Keime erstickt wird, und sich ein Verrat wie im Weltkrieg nicht wiederholen kann und wird, das beweist das Urteil des Gerichtes. Die Hauptangeklagten, darunter unter anderen Karl Drews, Graz, Josef Neuhold, Graz, Dr. Franz Weiß, Graz, wurden zum Tode, die weiteren Beteiligten zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt.“¹

Dieser Bericht ist in mehrfacher Hinsicht interessant. Zum einen wurde mehr als drei Jahre nach dem „Anschluss“ im März 1938 erstmals in einer steirischen Zeitung davon berichtet, dass es politische Gegner des Nationalsozialismus gab, die vor ein Sondergericht gestellt wurden und von denen einige – drei werden namentlich genannt – zum Tode verurteilt wurden. Bis zu diesem Zeitpunkt waren bereits an die 30 Steirerinnen und Steirer in Berlin vom Volksgerichtshof abgeurteilt worden, wobei einer – der Kapfenberger Anton Buchalka² – zum Tode verurteilt worden war. Über keines dieser Verfahren seit Juni 1939 war bislang berichtet worden.

Zum anderen gibt dieser Bericht aber nur ein unvollständiges Bild. Zunächst war das erwähnte Gericht der Volksgerichtshof und nicht das Sondergericht, das man in der Steiermark seit 1939 kannte und von dem man wusste, dass vor diesem Gericht Menschen standen, die „Feindsender“ gehört, sich abfällig über die NSDAP oder deren Funktionäre geäußert hatten oder weil sie so genannte „Volksschädlinge“ und Mörder waren. Auch über das Ausmaß des kommunistischen

Widerstands bzw. dessen Verfolgung verschweigt der Bericht mehr als er offenlegt. So tagte der Volksgerichtshof zwischen 28. Juli und 13. August 1942 erstmals am Landesgericht für Strafsachen in Graz und urteilte in 13 Verhandlungstagen über insgesamt 65 führende Funktionäre und Zellenleiter der Kommunistischen Partei aus der Steiermark und dem damals angegliederten Südburgenland. Dabei wurden neben den drei namentlich Genannten weitere 40 Personen zum Tode und „lediglich“ 17 zu Zuchthausstrafen zwischen zwei und zwölf Jahren verurteilt.

Ein Grund für die bisherige Nichtberichterstattung über die Prozesse des Volksgerichtshofs gegen NS-Gegner bzw. den seltsamen, das wahre Ausmaß des Widerstands verschweigenden Bericht dürfte der gewesen sein, dass es nach amtlicher Propaganda keine Gegner der Staatsmacht mehr gab, wie dies auch der Vizepräsident des Volksgerichtshofs Karl Engert bei einer Besprechung vor der ersten Tagung des Volksgerichtshofs am 27. Juli 1942 politischen Leitern der NSDAP Steiermark gegenüber festhielt und ergänzte – „doch das ist ein Irrtum.“³

Im Folgenden wird die erste Session des Volksgerichtshofs in Graz näher betrachtet und die Opfer der sich zu diesem Zeitpunkt radikalierenden NS-Justiz vorgestellt. Dem vorangestellt wird ein knapper Einblick in die Geschichte dieses wohl berühmtesten Gerichtes während der NS-Zeit.

Der Volksgerichtshof Berlin

Der Volksgerichtshof wurde am 24. April 1934 in Berlin errichtet. Er war – im Unterschied zu den 1933 geschaffenen Sondergerichten – vor allem für die Aburteilung des politisch organisierten Widerstandes, der als „Hoch- und Landesverrat“ verfolgt wurde, aber auch andere politische Straftaten zuständig.⁴ Für Österreich wurden am 20. Juni 1938 die österreichischen Bestimmungen über Hoch- und Landesverrat durch die deutschen ersetzt⁵ und gleichzeitig die Zuständigkeit des Volksgerichtshofes in Berlin für Österreich festgelegt,⁶ wobei nach einem Geschäftsverteilungsplan für den Volksgerichtshof vor allem der

6. Senat für die Verfolgung des steirischen Widerstandes zuständig war. So ahndete dieser alle „Straftaten außer Landesverrat und Defaitismus, Zersetzung sowie Wehrdienstentziehung in den Reichsgauen Steiermark und Kärnten, Salzburg und Tirol-Vorarlberg“. Der 5. Senat war für den „separatistischen Hochverrat“ in der Steiermark und der 3. Senat war für „Landesverrat zugunsten der UdSSR“, „Defaitismus, Zersetzung und vorsätzliche Wehrdienstentziehung“ zuständig.⁷

Die Senate setzten sich aus zwei Berufs- und drei Laienrichtern zusammen, wobei letztere politische Funktionäre der SA, der SS usw. waren, womit die NS-Politik in die Rechtsprechung eingriff, wie dies auch der Vizepräsident des Volksgerichtshofs, Karl Engert, 1939 in einem Aufsatz festhielt: „Man kann den Volksgerichtshof wohl als ein politisches Gericht bezeichnen, und zwar schon deshalb, weil er das einzige Gericht in Deutschland ist, das die schweren Hoch- und Landesverratsverbrechen abzuurteilen hat. [...] Darum müssen wir auch von allen Richtern dieses Gerichtshofes und von allen Vertretern der Anklagebehörde verlangen, dass sie in erster Linie Politiker und dann erst Richter und nicht umgekehrt sind.“⁸

Nach dem Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 erfuhr die Justiz eine Radikalisierung. So forderte etwa der Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof Dr. Ernst Lautz nach der Besprechung mit den Generalstaatsanwälten in Wien, Graz und Linz Ende Mai 1942, „dass hochverräterische Straftaten, insbesondere von Kommunisten, die nach Ausbruch des Krieges mit der Sowjetunion begangen oder bis in diese Zeit fortgesetzt worden sind, erheblich strenger als bisher zu ahnden sind, das insbesondere gegen Funktionäre, wenn auch untergeordneten Grades, die Todesstrafe zu beantragen ist“.⁹ Erstmals in der Steiermark davon betroffen waren Ende Juli bzw. Anfang August 1942 Funktionäre der Kommunistischen Partei sowie untergeordnete Zellenleiter der Roten Hilfe aus der Steiermark und dem Burgenland.

Um auch den „Volksgenossen“ zu verdeutlichen, dass die Unterstützung des



Vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilte und hingerichtete Kommunisten (v.l.): Karl Drews, Josef Neuhold, Franz Weiß (Mitglieder der KPÖ-Leitung Graz) und Johann Wallner (Pinkafeld im Südburgenland)

kommunistischen Widerstands in Form von Spendenleistungen nicht nur Hochverrat, sondern auch Begünstigung des Feindes ist, gab das Reichspropagandamt im Sommer 1942 eine 20-seitige Broschüre mit dem Titel „Im Namen des Volkes!“ heraus, in der es teils in Großbuchstaben, unterstrichen und in Fettschrift hieß: „Hochverrat wird mit dem Tode bestraft! [...] Im Zusammenhang mit der Tätigkeit des Hochverrates steht oft auch der Tatbestand des § 91 b Reichsstrafgesetzbuch, nämlich die Begünstigung des Feindes. [...] Nicht weniger strafbar ist jegliche Form der Unterstützung etwa durch die Bezahlung von Beiträgen. Hierzu gehören auch die immer wieder vorkommenden Sammelaktionen mit dem angeblichen Ziel, Angehörige von inhaftierten Kommunisten zu unterstützen. Wer für kommunistische Ziele auch nur eine Mark bezahlt, hat seinen Platz innerhalb der Volksgemeinschaft verwirkt. Der notwendige unerbittliche Kampf gegen das Verbrechen des Hochverrates ist aber nur dann wirksam, wenn jeder Volksgenosse diesen Kampf zu seinem eigenen macht. Gleichgültigkeit oder bürgerliche Rücksichtnahme darf es nicht geben. Wer von hochverräterischen Umtrieben weiß und diese nicht zur Anzeige bringt, macht sich des gleichen Verbrechens schuldig. *Der kleinste Beitrag zum Hochverrat wiegt schwerer als Mord. Der Mord richtet sich gegen das Leben einzelner. Hochverrat bedroht das Leben des ganzen Volkes!*“¹⁰

Diese Verschärfung der „Rechtsprechung“ kann auch an Hand der Todesurteile des Volksgerichtshofs ab 1934 abgelesen werden. So wurden von 1934 bis 1938 insgesamt 62 Personen vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt. Diese Zahl stieg in den folgenden Jahren.

Im Jahr 1940 waren es mit 53 Todesurteile bereits fast so viel wie in den ersten vier Jahren. 1941 waren es mit 102 Todesurteilen dann schon doppelt so viele wie im Vorjahr. Im Jahr 1942 verhängten Volksgerichtssenate mit 1.192 bereits mehr als zehnmals so viele wie im Jahr zuvor. 54 Todesurteile ergingen 1942 in Graz, davon 43 im Juli und August, elf weitere folgten im Dezember 1942.

Erste Prozesse des Volksgerichtshofs in Graz

Als der erste Prozess des Volksgerichtshofs in Graz am 28. Juli 1942 stattfand, saßen die Angeklagten bereits seit 18 Monaten in Haft. Diese lange Untersuchungshaft führte dazu, dass der steirische Gauleiter Dr. Sigfried Uiberreither ein Schreiben an den Justizminister richtete, in dem er auf eine Beschleunigung drängte, denn – wie es in dem Schreiben hieß: „Ich bin aufgrund unserer Erfahrungen aus der Kampfzeit der tiefen Überzeugung, dass es ein gewaltiger Unterschied ist, ob der Verhaftung in zwei bis drei Monaten die Justifizierung folgt oder erst – wie es nach der bisherigen Praxis als Regel angesehen werden kann – nach anderthalb bis zwei Jahren. Wenn der zur kommunistischen Tätigkeit bereite Mann damit rechnen muss, dass er schon nach Wochen nicht mehr lebt, so ist die Abschreckung bedeutend größer, als wenn er damit rechnen kann, dass die Untersuchungshaft mindestens ein bis eineinhalb Jahre dauert; er glaubt nämlich, dass bis dahin der Bolschewismus bereits gesiegt haben wird, so dass für ihn die angedrohte Todesstrafe den Schrecken verliert.“¹¹

Kurz vor diesen Prozessen hatte Hitler anlässlich einer Reichstagsreden am 26. April 1942 Kritik an der Justiz geübt und gedroht, er werde „Richter, die er-

sichtlich das Gebot der Stunde nicht erkennen, ihres Amtes entheben.“¹² Daraufhin intensivierten die Justizverwaltungen ihre Bemühungen zur Lenkung der Rechtspflege und gaben u.a. so genannte „Richterbriefe“ heraus.¹³ Zudem wurde zu den ersten Prozessen in Graz seitens des Reichspropagandaministeriums Egon Arthur Schmidt als Beobachter entsandt. Er sollte die politische Atmosphäre, das Verhalten der Vertreter der Anklage, der Angeklagten und der Verteidiger beobachten. Schmidt hielt seine Beobachtungen in seinem Dienstbuch fest, wo er anlässlich der Grazer Verfahren unter anderem festhielt, dass seitens der Verteidigung argumentiert wurde, die Steirer seien immer schon Rebellen gewesen und sollen nicht zum Tode verurteilt werden. Diese Verteidigungsstrategie rief seitens der Gauleitung der NSDAP heftige Kritik hervor, weshalb Gauleiter Dr. Sigfried Uiberreither in einem Brief an den Leiter des Gauschulungsamtes Dr. Heinrich Hoffer bemerkte: „Mir wird berichtet, dass verschiedene Rechtsanwälte bei den jetzt zur Verhandlung kommenden Kommunistenprozessen in ihrer Absicht, den Angeklagten zu helfen, zu weit gehen. So wird mir u.a. berichtet, dass ein Anwalt erklärte, dass der Steirer auf Grund seines Grenzlandschicksals und seiner sich daraus ergebenden kämpferischen Tradition immer Rebell gewesen sei, was man auch den angeklagten Kommunisten zugute halten müsse. Wir müssen großen Wert darauf legen, dass der Begriff ‚steirischer Rebell‘ immer nur dann angewendet wird, wenn es sich um einen Protest gegen einen undeutschen Knebelungsversuch [...] gehandelt hat. [...] Ein Anwalt soll geäußert haben, es müsse verhindert werden, dass ‚bestes deutsches Arbeiterblut‘ vergossen wird in ei-

ner Zeit, in der man so viele ausländische Elemente aus Arbeitseinsatzgründen nach Deutschland hereinnehmen muss. Ich bin der Meinung, dass es notwendig ist, in einer Ihnen geeignet erscheinenden Weise für eine gewisse Ausrichtung der Anwälte zu sorgen, die in diesen Prozessen tätig werden; vor allem erscheint mir die Notwendigkeit aus dem Grunde gegeben, weil viele Politische Leiter [...] und auch sonst politisch interessierte Volksgenossen an den Prozessen teilnehmen, die unter Umständen an einer solchen Verteidigungsrede Gefallen finden könnten und zu vollkommen falschen Schlussfolgerungen gelangen.“¹⁴

Prozesse gegen steirische Kommunisten

Die erste Verhandlungswoche des Volksgerichtshofs in Graz zwischen 27. Juli und 6. August 1942 galt den Prozessen gegen die Mitglieder der Landesleitung der Kommunistischen Partei der Steiermark – den drei eingangs im Zeitungsbericht Genannten, den Grazer Regisseur Karl Drews, den Archivar Dr. Franz Weiß, den Angestellten Josef Neuhold und den Kaminkehrer Anton Kröpfl – sowie gegen die Bezirks- und Zellenleiter der KPÖ und der *Roten Hilfe* in der Ober- und Weststeiermark.

In zahlreichen steirischen Gemeinden waren nach der Zerschlagung der ersten Landesleitung der KPÖ 1939 Zellen unentdeckt geblieben, die in der Folge zunächst voneinander unabhängig weiter bestanden und vor allem Geld für die Familien der Inhaftierten sammelten. Zu einem Zusammenschluss dieser Zellen kam es erst, nachdem der Architekt Herbert Eichholzer im April 1940 aus der Türkei nach Graz zurückgekehrt war. Dieser war im Auftrag der Exilleitung der KPÖ nach Graz geschickt worden, um hier die kommunistische Leitung zu ermitteln oder falls dieses auf Grund der Verhaftungen nicht existiere, eine neue aufzubauen. Zudem sollten Verbindungen zwischen dieser Organisation und dem Auslandsapparat hergestellt und die in Wien bestehenden einzelnen selbstständigen Gruppen zu einer einheitlichen Organisation zusammengefasst werden.¹⁵ Mit einem ähnlichen Auftrag wurden im Frühjahr bzw. Dezember 1940 auch die Architektinnen Ines Victoria Meier und Margarete Schütte-Lihotzky¹⁶ aus der Türkei nach Wien geschickt. Nachdem Eichholzer in Graz die Gruppe um Karl Drews angetroffen hatte, stellte er den Kontakt mit Wien her, wobei er zwischen Mai und Oktober 1940 selbst

mehrmals nach Wien fuhr und sich dort mit führenden Funktionären der KPÖ traf. Aus Wien brachte Eichholzer auch mehrere Flugblätter mit, die in Graz vervielfältigt wurden.

Während sich Eichholzer im Oktober 1940 freiwillig zur Wehrmacht meldete, baute die Grazer Gruppe um Drews, Neuhold, Kröpfl und Weiß Verbindungen in die Ober- und Weststeiermark und in einige Gemeinden der Umgebung von Graz auf, wo zahlreiche kommunistische Zellen bestanden. Gleichzeitig verfasste die Grazer Gruppe – vor allem Franz Weiß – mehrere Flugschriften, so etwa auch ein Flugblatt, das über die Morde im Rahmen der NS-Euthanasie in Wien und Graz informierte.¹⁷ Diese Flugblätter sowie die vom Grazer Schriftsteller und Lehrer Richard Zach verfasste Zeitung *Der Rote Sturmtrupp* gelangten über Drews und Neuhold, die beide als Versicherungsvertreter unterwegs waren, zu den KPÖ-Zellen in der Steiermark.

Diese Vernetzung, vor allem aber der Kontakt nach Wien, sollte dem steirischen Widerstand ab Februar 1941 zum Verhängnis werden. Denn in Wien begegnete Eichholzer Kurt Koppel, dem Verbindungsmann und Vertrauten des Inlandsfunktionärs der KPÖ, Erwin Puschmann. Koppel war ein Spitzel der Gestapo, der nun nicht nur die Grazer Kontakte, sondern auch jene in die steirische Provinz kannte und diese an die Gestapo weiterleitete. In Graz, in mehreren Gemeinden im Umland von Graz, in der Obersteiermark und den weststeirischen Industrieorten wurden im Frühjahr 1941 einige hundert Personen verhaftet und wegen Vorbereitung zum Hochverrat angeklagt. Der Volksgerichtshof in Graz verurteilte 24 von ihnen – darunter die drei „Hauptangeklagten“ Karl Drews, Franz Weiß und Josef Neuhold – im Juli und August 1942 zum Tode.

Im Anschluss an diese Prozesse wurden gegen weitere Mitglieder dieser Zellen in Wien am Volksgerichtshof bzw. am Reichskriegsgericht in Berlin Verfahren geführt, die mit sieben weiteren Todesurteilen endeten. Mehr als 170 Mitglieder der Widerstandszellen wurden bis Mitte Mai 1943 zudem vom Senat für Hoch- und Landesverrat am Oberlandesgericht Wien, der in Graz tagte, zu Kerkerstrafen bis zu 15 Jahren verurteilt.¹⁸

Prozesse gegen burgenländische Kommunisten

In der zweiten Verhandlungswoche vom 7. bis 12. August 1942 tagte der Volksgerichtshof in Graz gegen Mitglie-

Kundmachung.

Die am 28. Juli 1942 vom Volksgerichtshof wegen Vorbereitung zum Hochverrat zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte Verurteilten

1. der 40 Jahre alte

Karl Drews,

2. der 40 Jahre alte

Dr. Karl Weiß,

beide aus Graz,

sind heute hingerichtet worden.

Berlin, den 7. Oktober 1942.

**Der Oberreichsanwalt
beim Volksgerichtshof.**

Karl Drews und Dr. Franz (nicht Karl) Weiß wurden am 7. Oktober 1942 in Wien hingerichtet.

der der Kommunistischen Partei aus dem Südburgenland. Das Burgenland wurde 1938 zwischen den Gauen Niederdonau (Niederösterreich) und der Steiermark aufgeteilt, wobei der südliche Teil, die Bezirke Oberwart, Güssing und Jennersdorf, zur Steiermark kamen. Dort setzte bereits bald nach dem „Anschluss“ der Widerstand gegen das NS-Regime ein. Im Herbst 1938 begann der in einem Textilbetrieb in Pinkafeld tätige Arbeiter Johann Wallner mit dem Wiederaufbau der KPÖ im Süden des als Bundesland verschwundenen Burgenlands. Dabei wurde die Organisation in zwei Bezirksgruppen und mehrere Ortsgruppen eingeteilt, die wiederum aus mehreren Zellen bestanden. In den Volksgerichtshofprozessen in Graz wurde anhand der Ermittlungen durch die Gestapo festgehalten, dass kommunistische Zellen in Pinkafeld, Oberwart, Eisenzicken, Unterwalbauern, Grafenschachen, Riedlingsdorf, Neu-Bistritz, Markthodis, Dürnbach, Rechnitz, Schachendorf, Schandorf, Stegersbach, Bernstein, Aschau, Tauchen, Olbendorf, Bocksdorf und Mariasdorf mit rund 150 KPÖ-Angehörigen bestehen, „meist Arbeiter, aber auch Beamte, kleine Landwirte und Gewerbetreibende.“ Diese Bezirks- und Ortsgruppen wurden regelmäßig von Funktionären der KPÖ aus Wien besucht, die Vorträge hielten und Flugblätter und Zeitungen, wie die *Rote Fahne* oder *Weg und Ziel*, lieferten.¹⁹

Bald nachdem im Februar 1941 durch den Verrat des Spitzels Kurt Koppel die Wiener Funktionäre und die für die burgenländische Provinz Verantwortlichen,

wie der Leiter der Provinzkommission der KPÖ, Leopold Fritzsche, sowie dessen Nachfolger, Theodor Pawlin, und der Verbindungsmann zum Südburgenland, Gustav Srch, festgenommen worden waren,²⁰ setzte ab Juli 1941 auch im Süden des Burgenlands eine Verhaftungswelle ein, von der über 100 Mitglieder betroffen waren. 21 wurden in der Folge vom Oberreichsanwalt am Volksgerichtshof wegen Vorbereitung zum Hochverrat angeklagt, da sie entweder als Ortsgruppenleiter oder Bezirkskassier, als Zellenleiter oder Zellenkassier der KPÖ gegen den Nationalsozialismus aktiv geworden waren.²¹ Zwischen 7. und 13. August 1942 verurteilte der Volksgerichtshof 17 von ihnen zum Tode. Weitere Verfahren gegen Mitglieder der KPÖ im südlichen Burgenland fanden vor dem Oberlandesgericht Wien zwischen Jänner und März 1943 statt und endeten mit langjährigen Haftstrafen.

Nachwirkung

Eine der Folgen dieser Prozesse war, dass – wie erwähnt – der steirische Gauleiter Sigfried Uiberreither sich über die lange Verfahrensdauer beschwerte und deshalb einen eigenen Volksgerichtshof für die Steiermark forderte. Dem wurde seitens des Justizministers nicht entsprochen, dafür aber am 1. Oktober 1944 ein eigener Senat für Hoch- und Landesverrat am Oberlandesgericht Graz geschaffen, der bis zum 22. Februar 1945 in 77 bislang festgestellten Verfahren 15 Todesurteile fällte.²² Der Volksgerichtshof tagte nach diesen ersten Prozessen im Juli und August 1942 noch mehrmals in Graz und verurteilte weitere 82 Personen zum Tode.²³

Anmerkungen:

- 1/ Tagespost, 29.8.1942.
 2/ Volksgerichtshof (VGH): 6 J 103/40g, Anklage und Urteil gegen Anton Buchalka u.a. Im K.G. Saur-Verlag erschienen zwei Mikrofiche-Editionen der Anklagen und Urteile vor dem Volksgerichtshof bzw. den Oberlandesgerichten, die auch in eine Online Datenbank „Nationalsozialismus, Holocaust, Widerstand und Exil 1933–1945“ (<http://db.saur.de/DGO/login.faces>) eingeflossen sind. Aktenkopien liegen im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW). In der Folge werden die Volksgerichtshof- bzw. Oberlandesgerichtsakten zitiert als VGH bzw. OLG Wien mit der jeweiligen Aktenzahl.
 3/ Zit. nach DÖW 897, Dienstagebuch von Egon Arthur Schmidt über die Volksgerichtshof-Prozesse in Graz, 27.7.1942 bis April 1943. All-

gemein zum Tagebuch von Egon Arthur Schmidt: Helmut Konrad: Widerstand an Donau und Moldau. KPÖ und KPČ zur Zeit des Hitler-Stalin-Paktes. Wien, München, Zürich 1978, S. 207ff. und 222ff.

4/ Klaus Marxen: Das Volk und sein Gerichtshof. Eine Studie zum nationalsozialistischen Volksgerichtshof. Frankfurt/M. 1994.

5/ RGBl. 1938 I, S. 640–642: Verordnung über die Einführung der Vorschriften über Hochverrat und Landesverrat im Lande Österreich vom 20.6.1938.

6/ Wolfgang Form/Wolfgang Neugebauer/Theo Schiller (Hg.): NS-Justiz und politische Verfolgung in Österreich 1938–1945. Analysen zu den Verfahren vor dem Volksgerichtshof und dem Oberlandesgericht Wien. München 2006.

7/ Hannsjoachim W. Koch: Volksgerichtshof. Politische Justiz im 3. Reich. München 1988, S. 284–287.

8/ Karl Engert, Stellung und Aufgaben des Volksgerichtshofes, in: Deutsches Recht, 20.5.1939, S. 485.

9/ Bericht des Oberreichsanwaltes beim Volksgerichtshof an den Reichsminister der Justiz vom 28. Mai 1942, in: Wolfgang Form/Oliver Uthe (Hg.): NS-Justiz in Österreich. Lage- und Reiseberichte 1938–1945. Wien 2004, S. 426–429, hier S. 428.

10/ Reichspropagandaamt Wien (Hg.): „Im Namen des Volkes!“ Wien o.J. [1942], S. 7f. (Hervorhebung im Original).

11/ Schreiben von Sigfried Uiberreither an Staatssekretär Dr. Kurt Rothenberger, 29.1.1943, in: Form/Uthe (Hg.): NS-Justiz in Österreich, S. 432.

12/ Protokolle des Reichstags, 26.4.1942. Zitiert nach Bundesministerium für Justiz (Hg.): Im Namen des Deutschen Volkes. Justiz und Nationalsozialismus. Katalog zur Ausstellung des Bundesministers der Justiz. Köln 1989, S. 293.

13/ Zur „Justizkrise“ 1942 siehe: Sarah Schädlner: „Justizkrise“ und „Justizreform“ im Nationalsozialismus. Das Reichsjustizministerium unter Reichsjustizminister Thierack (1942–1945). Tübingen 2009. Die „Justizkrise“ war von Heinrich Himmler geschürt worden, da er sich dadurch eine Ausweitung seines Einflusses erwartete.

14/ Steiermärkisches Landesarchiv, Reichsstatthalter 1942: Schreiben von Sigfried Uiberreither an Heinrich Hoffer, 14.8.1942.

15/ Heimo Halbrainer: „Von der Kunst zur Politik“ – Herbert Eichholzer und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, in: ders. (Hg.): Architektur und Widerstand. Herbert Eichholzer 1903–1943. Katalog zur Ausstellung. Graz 1998, S. 60–81.

16/ VGH: 7 J 181/42, Urteil gegen Erwin Puschnann, Margarete Schütte u.a. vom 22.9.1942; Margarete Schütte-Lihotzky: Erinnerungen aus dem Widerstand. Das kämpferische Leben einer Architektin von 1938–1945. Wien 1994.

17/ Heimo Halbrainer: „Dasselbe erfahren wir vom Feldhof in Graz“ – Der Massenmord an kranken, behinderten und alten Menschen und der Widerstand gegen die Euthanasie in Graz, in: Wolfgang Freidl/Werner Sauer (Hg.): NS-Wissenschaft als Vernichtungsinstrument. Rasenhygiene, Zwangssterilisation, Menschenversuche und NS-Euthanasie in der Steiermark. Wien 2004, S. 335–344.

18/ So wurden etwa die Grazerin Elfriede Neuhold und die Weststeirer Karl Amreich und Ernst Kormann zu jeweils 15 Jahren Kerker verurteilt. OLG Wien: OJs 352/42, Urteil gegen Elfriede Neuhold vom 20.5.1943; OJs 329/42, Urteil gegen Karl Amreich vom 15.2.1943, OJs 339/42, Urteil gegen Ernst Kormann vom 12.3.1943.

19/ Beispielsweise in: VGH: 7 J 253/42, Urteil gegen Johann Wallner u.a. vom 10.8.1942.

20/ VGH: 6 J 78/42g, Anklage gegen Leopold Fritsche u.a. vom 15.6.1942.

21/ Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Widerstand und Verfolgung im Burgenland 1934–1945. Eine Dokumentation. Wien 1983, S. 208–229.

22/ Heimo Halbrainer: Die Radikalisierung der NS-Justiz am Beispiel des Senats für Hoch- und Landesverrat am Oberlandesgericht Graz 1944/45, in: Claudia Kuretsidis-Haider/Christine Schindler (Hg.): Zeithistoriker – Archivar – Aufklärer. Festschrift für Winfried R. Garscha, Wien 2017, S. 127–140.

23/ Die Biografien dazu: Heimo Halbrainer: „Sei nicht böse, dass ich im Kerker sterben muss.“ Die Opfer der NS-Justiz in Graz 1938 bis 1945. Ein Gedenkbuch. Graz 2014.

Literaturtip

Heimo Halbrainer: „Sei nicht böse, dass ich im Kerker sterben muss.“ Die Opfer der NS-Justiz in Graz 1938 bis 1945. Ein Gedenkbuch. Graz CLIO 2014
 384 S., 25 Euro

Neben den Lebensgeschichten der im Landesgericht Graz hingerichteten Männer und Frauen gibt das Buch auch einen Überblick über die NS-Justiz in der Steiermark und darüber, was nach der Befreiung vom Nationalsozialismus mit den

NS-Richtern geschehen ist und wie an die Opfer erinnert wurde.

Bestellungen:
 verlag@clio-graz.net



Josef Lauscher in den Konzentrationslagern Dachau und Mauthausen

NIKOLAUS DOMES

In der letzten Ausgabe dieser Zeitschrift standen die Jugendjahre Josef Lauschers und sein politisches Engagement bis 1938, insbesondere sein Aufstieg zum Obmann des *Kommunistischen Jugendverbands* (KJV), im Mittelpunkt der Darstellung. Der folgende, daran anschließende Beitrag behandelt die knapp siebenjährige Gefangenschaft Lauschers in nationalsozialistischen Konzentrationslagern bis zur Befreiung im Jahr 1945.

Am Morgen des 14. März 1938, zwei Tage nach dem „Anschluss“ Österreichs, wurden Josef Lauscher und sein Bruder Fritz von zwei deutschen Gestapo-Männern und zwei österreichischen Kriminalbeamten in ihrer Wohnung festgenommen und in die „Liesl“, das Polizeigefangenenhaus an der Rossauer Lände, gebracht. Noch vier Tage zuvor war der damals 26-jährige Josef Lauscher mit seiner Verlobten Berta Grubhofer ins Wiener Rathaus gegangen, um das Aufgebot anzumelden. Am 9. April sollte die Hochzeit stattfinden.¹

Josef Lauscher kam als erster in die Zelle, deren Häftlinge einen Querschnitt der damaligen politischen Struktur darstellten: Unter seinen Mitgefangenen befanden sich der Priester Wilhelm Hohn, Leiter des Bonifatiuswerks in Wien, Anton Krogner, Generalsekretär der Österreichischen Bundesbahnen, Oberst Wilhelm Freiherr von Reichlin-Meldegg, früherer Adjutant des Erzherzogs Eugen von Österreich, Sektionsrat Freiherr Eduard Tomaschek und Fritz Reuter, Leiter des Gerichtsmedizinischen Instituts in Wien.² Niemand von ihnen wusste, wie lange sie in Haft bleiben würden, ob sie entlassen oder an einen anderen Ort überstellt werden würden. Josef Lauscher verbrachte letztlich über zwei Monate im Polizeigefängnis am Donaukanal.

Transport nach Dachau

Am 23. Mai wurden Josef und Fritz Lauscher zum Westbahnhof gebracht, wo sie auf einen aus Juden, „Vaterländischen“ und Linken zusammengesetzten Transport aus insgesamt 170 Personen geschickt wurden. Der Zug verließ gegen 16 Uhr den Westbahnhof. Hinter

den verhängten Fenstern der Zugabteile begannen die Misshandlungen durch die SS-Männer. Mit den Händen auf den Knien, den Kopf steif zur Decke gerichtet, mussten die Häftlinge die gesamte Bahnfahrt über ins grelle Licht starren, ohne sich zu rühren. Unterbrochen wurde diese Tortur nur durch die „Separatbehandlung“ des Schlägerkommandos, wie Fritz Lauscher in einem Erinnerungsbericht festhält: „Wie heißt du? Was bist du? Was warst du? Kennst du den bayrischen Krapfen?“ – und es folgte ein Schlag mit der Faust auf die Nase. Häftlinge, die blutüberströmt waren, wurden von der SS gefragt: ‚Wieso ist dir denn das passiert?‘ Und gleich gab es wieder Schläge, bis wir die erste Antwort lernten: ‚Melde gehorsamst, mir ist ein Koffer auf den Kopf gefallen.‘³

Mit fortlaufender Zeit wuchsen, zusammen mit dem steigenden Alkoholspiegel, Brutalität und Kreativität der Wachmannschaft. Immer neue Quälereien ließ man sich einfallen. „Die Häftlinge mussten aufspringen, die Koffer herabnehmen und wieder hinaufstellen, alles blitzschnell. Alles natürlich wieder mit Prügeln verbunden.“⁴ Erst als der Zug die bayerische Landeshauptstadt erreichte, fand die Tortur ihr vorläufiges Ende. Von dort ging es auf Lastwägen weiter in das etwa 15 Kilometer entfernte Konzentrationslager Dachau.

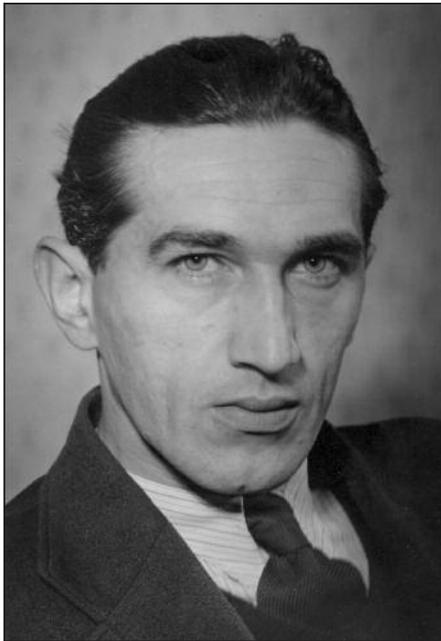
Die Lastwägen mit den Häftlingen fuhren in das Areal des Dachauer Lagers ein, vorbei an den Gebäuden der SS, bis vor das so genannte Jourhaus, das den westlichen Eingang zum eigentlichen Kern des Konzentrationslagers, dem Häftlingslager, bildete. Aus den Fahrzeugen geprügelt, wartete die „Salzergasse“ auf sie. Einige Häftlinge hatten bereits im Zug Bekanntschaft mit dem Spalier von auf sie einschlagenden und eintretenden SS-Männern gemacht.⁵ Begleitet von militärischen Kommandos und Anweisungen die von allen Seiten auf sie einprasselten und mit denen die wenigsten etwas anzufangen schienen, hatten sie sich in Reih und Glied aufzustellen. Nach einer „Begrüßungsansprache“ und der Verlesung der Namen erfolgte die erkennungsdienstliche Erfassung der einzelnen Gefangenen. Fra-

gebögen mussten ausgefüllt werden, Fingerabdrücke und Körpermaße wurden aufgenommen und zum Abschluss wurde man fotografiert. Nach der mehrere Stunden dauernden Prozedur marschierte die Kolonne ins Häftlingslager ein.⁶

Im Schubraum musste alles abgegeben werden, was man bei oder an sich trug. Anschließend wurde den nackten Häftlingen der Kopf geschoren.⁷ Zum einen aus hygienischen Gründen, zum anderen sollte den Gefangenen mit dem Kopfhaar auch ihre Würde genommen werden. „Außerdem wird die vom Reichsführer-SS beabsichtigte Gleichschaltung zunächst durch nichts deutlicher vollzogen als durch die Gleichschur für reich und arm, für jung und alt, für alle Kategorien der Inhaftierten“, wie der Dachau-Häftling Viktor Matejka festhält.⁸ Neu eingekleidet standen Josef und Fritz Lauscher mit den Übrigen des Transports auf dem Appellplatz. Die sozialen, politischen und religiösen Unterschiede waren ausradiert. Das Strammstehen diente keinem Zweck, es war reine Qual, wie Fritz Lauscher berichtet: „Zu essen gab es nichts. In praller Sonne mussten wir nun den ganzen Tag bis 11 Uhr nachts stehen. Dadurch, dass man uns im Lager die Haare geschoren hat, bekamen manche durch die Sonneneinwirkung so angeschwollene Köpfe, dass sie wie Kürbisse aussahen, manche waren vorübergehend blind.“⁹

Entlang der breiten Lagerstraße verteilten sich 30 Wohnbaracken, die so genannten Blocks, 15 auf jeder Seite. Jeder Block bestand aus vier Stuben, die jeweils für 52 Häftlinge konzipiert waren. Eine Stube setzte sich aus einem Schlaf- und einem Wohnbereich zusammen.¹⁰ Charakteristisch für das KZ Dachau war eine penible Ordnung und Sauberkeit, die eingehalten werden musste und Teil des Terrors der SS war, da jeder kleinste Verstoß harte Strafen nach sich ziehen konnte. „Die gesamte Ordnung im Block ist darauf ausgerichtet, den Menschen ständig das Gefühl ihrer Bedeutungslosigkeit, die Notwendigkeit, sich dem Zwang zu fügen, vor Augen zu halten.“¹¹

In der Früh wurden die Häftlinge durch eine dumpf dröhnende Sirene geweckt, in den Sommermonaten mitunter schon



Fritz Lauscher (1908–1996), Bruder von Josef Lauscher

um halb fünf Uhr. Waschen, Betten bauen, Frühstück runter schlingen, den Spind säubern und in die vorgeschriebene Ordnung bringen: für die Neulinge eine, in der kurzen Zeit bis zum Morgenappell, kaum zu bewältigende Hetzerei. Es waren vor allem ältere Häftlinge, die damit oft nicht zurechtkamen, das Bettenbauen nicht lernten und andere dafür bezahlen mussten, damit diese für sie ihr Bett „bauten“. Die Währung war Brot, das Hauptzahlungsmittel im Lager. Nach der Einnahme des Frühstücks begannen die Häftlinge, die an dem Tag für den Zimmerdienst eingeteilt waren, in einer eintrainierten Choreographie die Fenster zu putzen, Staub zu wischen und die Fußbodenbretter zu polieren. Danach ging es im Gleichschritt, dabei ein Lied singend, auf den Appellplatz. Ob auf dem Weg zum Appell oder zur Arbeit, es musste stets gesungen werden.¹²

Im Konzentrationslager herrschte ein „Kastensystem“, d.h. jeder gehörte einer bestimmten Gruppe an. Ein farbiges Stoffdreieck, der „Winkel“ gab darüber Auskunft. Die beiden Lauscher-Brüder kamen aufgrund ihres kommunistischen Hintergrunds als politische Häftlinge ins Lager, das bedeutete sie gehörten, der Farbe des Winkels entsprechend, zu den „Roten“. Daneben gab es u.a. noch die „Grünen“, die kriminellen Häftlinge, die lagerintern in Opposition zu den politischen Häftlingen standen.

Solidarität unter Häftlingen

Im September 1939 wurden Josef und Fritz Lauscher gemeinsam mit knapp tausend anderen Häftlingen ins KZ Flos-

senbürg überstellt. Das KZ Dachau wurde für sechs Monate aufgelöst und Polizeieinheiten bezogen das Lager. Neben Flossenbürg wurden die Häftlinge auf die Lager Mauthausen und Buchenwald aufgeteilt. Die Zeit in Flossenbürg wird von Josef Lauscher als eine der „schlimmsten Perioden“¹³ beschrieben. Zur katastrophalen Ernährungslage, verbunden mit der Kälte des strengen Winters von 1939/40 und der harten Arbeit im Steinbruch von Flossenbürg, kam der Ausbruch der „Roten Ruhr“: „Die Häftlinge bearbeiteten Steine, die Häftlinge schlepten Steine, und mit Steinen haben sie sich zu Tode geschunden. Steine waren die erste Qual, Kälte und Nässe die zweite und dann der furchtbare, ständig quälende, sich zum Delirium steigernde Hunger“,¹⁴ wie Fritz Lauscher berichtet.

Fritz Lauscher schildert auch, wie zwei seiner Mithäftlinge, Alexander Eifler und Johann Vetrovsky, in die so genannte „Tretmühle“ kamen, wo sie gezwungen waren, in einem Schlammloch den ganzen Tag Steine im Kreis zu schleppen, während sie von SS-Männern mit Steinen beworfen und mit kaltem Wasser begossen wurden. Zu dieser Strafe kam noch der Essensentzug. „Nur durch die Solidarität der übrigen Genossen wurden sie gerettet. Jeder gab täglich von seiner kargen Ration eine Schnitte Brot – und Brot war das einzige was nicht gefroren war.“¹⁵ Im März 1940 wurden alle Häftlinge wieder ins Konzentrationslager Dachau transportiert.

Für das Überleben unter den sich verschlechternden Haftbedingungen war die Solidarität innerhalb einer Häftlingsgruppe von entscheidender Bedeutung. „Isoliert war ein Häftling verloren. Um zu überleben, brauchte man Verbindung, Organisation, vor allem politisches Bewusstsein [...]“¹⁶ Entscheidend waren in diesem Zusammenhang die Lagerfunktionen. In einem Konzentrationslager existierte neben der Organisationsstruktur der SS das System der „Funktionshäftlinge“. Ordnungs-, Kontroll- und Verwaltungsaufgaben wurden von der SS an die Häftlings-Selbstverwaltung abgegeben. An der Spitze stand der Lagerälteste. Den Wohnblocks standen Blockälteste vor. Kapos hatten den Befehl über Arbeitskommandos. Die gesamte innere Verwaltung des Lagers, wie etwa die Einweisung in die Wohnblocks oder die Verpflegungszuteilung lag in der Hand der Schreibstube, die ausschließlich von Häftlingen geführt wurde. Ihre Bedeutung war entsprechend groß.¹⁷ So war es das Bestreben der politischen

Häftlinge, die wichtigsten Funktionen mit Kameraden zu besetzen. In Dachau waren anfangs ausschließlich politische Häftlinge inhaftiert. So waren – im Unterschied zu anderen Lagern – in Dachau die Lagerfunktionen über weite Strecken in den Händen der „Roten“ und nicht der „Berufsverbrecher“ sprich der „Grünen“.¹⁸ Dies bildete die Basis für den erfolgreichen Aufbau einer illegalen Organisation des Häftlingswiderstands.

Widerstand und illegale Lagerorganisation

In den ersten Jahren lässt sich mehr von abgesprochenen Tätigkeiten als von einer tatsächlich existierenden Widerstandsorganisation sprechen. „Im Jahr 1941 begannen die österreichischen Kommunisten, darunter die Genossen Franz Freihaut und Fritz Lauscher, die illegale Lagerorganisation durch Anknüpfung von Verbindungen mit anderen Nationalitäten (zentral) zu organisieren“, wie Fritz Lauscher festhält. Er betont in diesem Zusammenhang die Rolle der Spanienkämpfer, von denen eine geschlossene Gruppe am 1. Mai 1941 in Dachau eingeliefert wurde.¹⁹

Josef Lauscher wurde zu einer der prägenden Personen innerhalb der illegalen Organisation. Nach der Rückkehr nach Dachau im März 1940 war er zunächst Blockschreiber. Ein Jahr später konnte er eine der wichtigsten Häftlingsfunktionen einnehmen, wie er selbst berichtet: „Im Frühjahr 1941 dank der Zusammenarbeit der illegalen Organisation zum 1. Lager-schreiber [bzw. Lagerläufer, Anm.] bestellt. In dieser Eigenschaft war die Möglichkeit, Häftlingen zu helfen, speziell bei Neuzugängen noch größer, wie Versorgung mit Kleidern und Schuhen, Vermittlung entsprechender Arbeit.“²⁰

Es wurde versucht, bereits bei der Ankunft neuer Genossen mit diesen Kontakt aufzubauen. „Die Lagerorganisation war so aufgebaut, dass der Häftling schon bei seiner Einlieferung mit der illegalen Bewegung in Berührung kam.“²¹ So berichtet der österreichische Kommunist und Spanienkämpfer Hermann Langbein über seine Begegnung mit Josef Lauscher kurz nach seiner Ankunft Anfang Mai 1941 im KZ Dachau: „Abends bekommen wir oft Besuch auf dem Block. Es ist zwar verboten den Zugangsblock zu besuchen, aber ‚Prominente‘ dürfen sich darüber hinwegsetzen. Die ‚Bindenträger‘ – Blockälteste, Stubenälteste, Capos – haben andere Lagergesetze als gewöhnliche Häftlinge. [...] Einzelne von uns haben Bekannte gefun-



Josef Lauscher (1912–1975)

den. So kommt der Pepi Lauscher zu uns, ein kommunistischer Funktionär aus Wien [...]. Er trägt eine Armbinde, darauf steht: ‚Lagerläufer‘. Er hat eine niedere Nummer. Das ist sehr wichtig hier in Dachau, denn unter den Häftlingen hat sich eine Aristokratie herausgebildet. Die ‚niederen Nummern‘ schauen voll Verachtung auf die ‚Zugänge‘ herab, Pepi Lauscher allerdings hat diesen Lagergebrauch nicht angenommen.²² Die Hilfe für andere Genossen, dazu zählte vor allem das Beschaffen von Lebensmitteln für kranke Kameraden, war eine primäre Aufgabe. „Jetzt haben wir nämlich nach langsamem, vorsichtigem Tasten schon so etwas wie eine Organisation. Jeder hat nur die Verbindung mit zwei, drei Kameraden. Keiner darf mehr wissen, als er unbedingt wissen muss, aber wir brauchen diese Art von Verbindung, damit wir planmäßig helfen können.“²³

Auch der deutsche kommunistische Häftling Karl Wagner unterstreicht die Bedeutung ehemaliger Interbrigadisten, die in Spanien auf Seiten der Republik gekämpft hatten, für die Entstehung einer Widerstandsbewegung und die Rolle der Brüder Lauscher: „Es wurde ein gemeinsames deutsch-österreichisches Zentrum gegründet, das die ersten Schritte zur Vereinigung der Landsmannschaften der Dachauer Häftlinge in eine gemeinsame internationale Organisation übernahm. Durch die Initiative der österreichischen Kommunisten Franz Freihaut, Josef und Fritz Lauscher, Ferdinand Berger und Josef Pirker existierte eine solche Organisation schon 1941. Und bis zum Spätherbst 1944 wurde sie von Josef Lauscher geleitet.“²⁴

Es gelang auch ein Informationsaustausch über Häftlingsorganisationen in anderen Lagern, um die dortigen illegalen Widerstandsgruppen zu stärken. Darüber berichtet etwa Hermann Langbein: „Als ich im August 1942 von Dachau nach Auschwitz überstellt wurde, gab mir der in der Dachauer Organisation leitend tätige Wiener Josef Lauscher den Namen unseres Landsmanns Ernst Burger mit auf den Weg. Ich suchte diesen so schnell wie möglich, und die Dachauer Erfahrungen nützten uns dann beim Ausbau einer Organisation in Auschwitz sehr.“²⁵

In jedem Lager gab es die so genannte Politische Abteilung, die Vertretung der Gestapo, die mit ihren Spitzeln eine ständige Gefahr für die Widerstandsbestrebungen bedeutete. Im Juli 1941 wurde Josef Lauscher ein erstes Mal denunziert und daraufhin strafweise versetzt. Zunächst kam er, eigenen Angaben zufolge, zum Strafkommando „Flussbauamt“, dann als Werkzeugschlosser ins „Rüstungswerk Dachau“. Später wurde er Blockschreiber.²⁶

Mit dem Angriff der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion kamen tausende sowjetische Kriegsgefangene ins Lager. Im Sommer 1942 führten russische Offiziere erste Gespräche über die Organisierung von Widerstand. In einem Manuskript des sowjetischen Häftlings W. Biktaschow wird explizit deren Unterstützung durch Josef Lauscher genannt. Dieser half die Verbindung zwischen zwei sowjetischen Offizieren herzustellen, die auf verschiedenen Blöcken verteilt waren: „Das übrige wurde mit Josef Lauschers Hilfe organisiert; als Blockschreiber war er allen Blockältesten von den ‚Grünen‘ bekannt. Den 19er Block verwaltete gerade so eine Type, die Russen hatten ihm den Spitznamen ‚Kröte‘ gegeben. Für Josef Lauscher gab es im Lager keine verschlossenen Türen. Er kam höchstpersönlich zu seinem ‚Kollegen‘ auf Block 19.“ Weiters berichtet Biktaschow, wie der – des Russischen mächtige – Lauscher den gesuchten Offizier auf Block 23, wo er selbst Blockschreiber war, mitnahm und es zum Zusammentreffen der beiden sowjetischen Offiziere kam: „Sie zogen sich in die Kammer des Schreibers zurück. Lauscher erläuterte in der ihm eigenen ironischen Art dem jungen russischen Genossen die Situation.“²⁷

Der Empfang und das Versenden von Briefen war für die Häftlinge die einzige Möglichkeit, mit der Außenwelt, aufgrund der Zensur in beschränktem Rah-

men, zu kommunizieren. Der Wert dieser Verbindung zu Familie und Geliebten für die einzelnen Häftlinge kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Ein Verbot, der so genannte „Postenzug“, war deshalb eine äußerst harte Strafe. Die erhaltenen Briefe Josef Lauschers, vor allem an seine Verlobte Berta, zeugen von der sich über fast sieben Jahre erstreckenden Korrespondenz. Im März 1943 wurde Berta Grubhofer wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ verhaftet und im Juli in das KZ Ravensbrück überstellt. In den Briefen wird die Schwierigkeit, die Kommunikation trotz der Umstände aufrechtzuerhalten, sichtbar: „Mein Seelchen, ich kann Dir gar nicht sagen, wie ich mich auf Deinen ersten handschriftlichen Brief freue. Du mußt nämlich wissen, daß ich Deine Schriftzüge so lieb gewonnen habe, daß es mir nicht weniger schwer war, sie zu entbehren, als seinerzeit Dich.“²⁸

Todgeweiht

Im April 1944 wurde Josef Lauscher ein weiteres Mal denunziert: „[Im] April 1944 waren schon viele ausländische Häftlinge im KZ, auch Kinder. Der Blockälteste unseres Blocks [Block 23, Anm.] hat kein gutes Verhältnis gehabt zu uns. Habe gekämpft für saubere Behandlung durch ihn, hat nämlich auch Kinder geschlagen. Einmal, bei einer solchen Prügelei bin ich ihm in den Arm gefallen [...]. Darauf denunzierte er mich bei der SS.“²⁹ Die Folge war seine Versetzung in das Außenlager Augsburg-Pfersee zu den Messerschmitt-Werken. Dieses Außenlager sollte das durch Bombenangriffe zerstörte Lager Haunstetten ersetzen.³⁰ Lauscher berichtet, dass er als Leiter des Arbeitseinsatzes dorthin kam: „Suchte die Häftlinge, waren in einer Kiesgrube. Suchte neue Unterkunft für sie, fand solche in einer Garage notdürftig, mussten am Abend Stroh ausbreiten, war äußerst ungünstig und kalt.“ Er versuchte, die „positive[n] Kräfte illegale zusammenzufassen“, wurde allerdings wegen „Aufreizung zum Widerstand“ erneut denunziert und ins KZ Dachau zurückgestellt. Zur Strafe musste er für zwei Tage in den Stehbunker, eine schornsteinähnliche Kammer in den Maßen 75 x 80 cm.³¹

Die Maßnahme erfolgte im Zusammenhang mit dem Vorgehen der SS gegen politische Häftlinge in Dachau. Die SS glaubte einer kommunistischen Verschwörung auf der Spur zu sein, wie in einem Bericht der Lagerleitung zu lesen ist: „Im Lager Dachau ist eine ganze



Josef Lauscher als aktiver Sportler nach 1945

Gruppe von kommunistischen Funktionären, die trotz zehn- und elfjähriger Haft in Zuchthäusern und Konzentrationslagern ihr alte Gesinnung nicht aufgegeben haben. Organisatorische Vorbereitungen für eine Revolte können zwar nicht festgestellt werden, doch ist mit Bestimmtheit anzunehmen, dass durch sie über die von ihnen besetzten Lagerfunktionen, wie Arbeitseinsatz, Schreibstube, Capos [...] ein zersetzender Einfluss ausgeübt. Eine allgemeine Lockerung der Disziplin, das Fernbleiben von der Arbeitsstelle und die sich immer mehr häufenden Sabotageakte in der Rüstungsindustrie sind die Folgen. Ihr freundschaftliches Verhältnis den Ausländern gegenüber und der Zusammenhalt der politischen deutschen [dazu zählen auch die österreichischen, Anm.] Häftlinge unter sich gibt zur Befürchtung Anlass, dass die Ruhe und Ordnung im Lager nicht mehr gewährleistet ist.“ Die Häftlinge sollten nun in kleine Gruppen in andere Lager aufgeteilt und dort ermordet werden. Die langjährigen Funktionshäftlinge, die bei ihren Kameraden großes Ansehen hatten, sollten nicht in Dachau hingerichtet werden.³²

Am 19. Juni 1944 wurden neun Häftlinge nach Mauthausen überstellt, darunter auch Josef Lauscher. Dort wurde er der Strafkompagnie zugeteilt. „Wir galten bei allen als Todeskandidaten. Die Steinträgerkolonne hatte damals 45 Mann: russische Offiziere, polnische Intelligenzler und einen Geistlichen.“ Über die so genannte „Todesstiege“, welche das KZ mit dem Steinbruch Wiener Graben verband, berichtete Lauscher im Jahr 1947: „Mit Holzschuhen, ohne Strümpfe, mit nacktem Oberkörper ging es im Laufschrift unter den Schlägen der SS in

den Wienergraben in die Steinbrüche. Dort musste jeder Steine im Gewicht von 30 bis 50 Kilogramm auf die nackten Schultern laden. [...] Der Weg über die Todesstiege mit ihren 186 Stufen, die wir oft laufend unter Knüppelhieben hinauf mussten, ist der grauenvollste, den Menschen je gegangen sind. An manchen Tagen ging es vierundzwanzigmal hin und zurück. Wer zusammenbrach, blieb liegen, erlag den Hieben des SS-Capo Boxer. Viele stürzten ab.“³³

Mauthausen war ein von „Grünen“ dominiertes Lager, nur der Häftlingskrankenbau war „rot“. Es hatte sich aber auch in Mauthausen – ausgehend von internierten Spaniern – Widerstandsgruppen gebildet. „Sobald ein internationaler Zusammenhalt geschaffen werden konnte, wurden österreichische Gefangene mit leitenden Aufgaben betraut.“³⁴ Ziel war es auch hier, die „Grünen“ aus den Häftlingsfunktionen zu drängen. Josef Lauscher kam nach seiner Ankunft in Verbindung mit der „illegalen Leitung“, mit den Kommunisten Hans Maršálek und Josef (Pepi) Kohl, „die sofort soweit möglich unsere Betreuung aufnahmen; besseres Schuhwerk statt der Holzpanntoffel, zusätzliches Essen“.³⁵ Mit Hilfe eines gefälschten Attestes, welches der tschechoslowakische Häftlings-Chefarzt Josef Podlaha ausstellte, gelang es, ihn Ende September auf das Krankenrevier, in den Infektionsblock, zu überstellen und ihn so vor dem Tod in der Strafkompagnie zu retten.

Flucht aus dem Außenlager

Im Sommer 1944 wurde unter den Häftlingen bekannt, dass in den Saurer-Werken in Wien-Simmering ein Außenlager errichtet werden soll. Der kommu-

nistische Mauthausen-Häftling Franz Kalteis berichtet, dass er von der illegalen Häftlingsorganisation den Auftrag erhalten habe, als Lagerältester für dieses Außenlager nach Wien zu fahren. „In einer Zusammenkunft der Leitung der illegalen Häftlingsorganisation wurde beschlossen, das Lager Saurer-Werke so zu organisieren, dass einer Anzahl später dorthin geschleuster Häftlinge die Möglichkeit geboten wurde, die organisierte Flucht zu ergreifen.“ Kalteis beschreibt weiter, wie er nach seiner Ankunft versuchte, die wichtigsten Lagerfunktionen mit verlässlichen politischen Häftlingen zu besetzen und in weiterer Folge ein illegales Lagerkomitee zu bilden, alles in Hinblick auf die eigentliche Aufgabe, „nämlich Voraussetzungen für die Flucht der vom Lager Mauthausen heruntergeschickten Kameraden zu schaffen“.³⁶

Ende Oktober 1944 wurde Josef Lauscher ins Quarantäne-Lager überstellt, wo seine Flucht vorbereitet wurde. Da er von Beruf Automechaniker war, wurde beschlossen, ihn nach Wien, in die Saurer-Werke, wo Panzerschlepper gefertigt wurden, zu überstellen. Hans Maršálek, der in der Lagerschreibstube von Mauthausen tätig war, half maßgeblich mit, die Flucht zu organisieren. Dazu musste die Karteikarte Lauschers gefälscht und ein anderer Wohnort eingetragen werden, da Häftlinge nicht in ein Außenlager verlegt werden durften, das in ihrem eigenen Heimort lag. So wurde die Eintragung Wien in Wiener Neustadt geändert. „Eine für die Flucht geeignete Häftlingskleidung (Zivilanzug mit nur lose aufgenähten Häftlingskleidungsresten [...]), 300 RM und einige Wertgegenstände, die man zu Geld machen konnte, ein Kode für die Korrespondenz mit der illegalen Lagerorganisation war von mir ausgearbeitet worden; ein Genosse im Lager war bestimmt worden, den ich anschreiben sollte. Dazu kam eine Rasierklinge, mit deren Hilfe ich die Häftlingsstoffstreifen abtrennen konnte. Dann drei Adressen von Mithäftlingen aus Wien, der Umgebung des Nebenlagers, fest in meinem Kopf eingepägt, wo ich nach gelungener Flucht anlaufen konnte.“³⁷

Am 29. Jänner 1945 wurde Josef Lauscher gemeinsam mit 160 anderen Häftlingen nach Wien ins Außenlager transportiert. Zu unorganisierten Fluchtversuchen war es in den Saurer-Werken bereits gekommen. Für die illegale Lagerorganisation in Simmering war dies ein Problem, bedeutete es doch, dass immer neue „Löcher“ gefunden werden mus-

sten. Franz Kalteis schildert, dass es ihre Organisation nur ein einziges Mal Anteil an einer Flucht hatte: „Es war die Flucht des heutigen Wiener Gemeinderates und Landtagsabgeordneten Josef Lauscher.“³⁸ In einem Brief an den damaligen KPD- und späteren SED-Funktionär Franz Dahlem schildert Josef Lauscher seine Flucht am 3. Februar 1945: Um 9 Uhr in der Früh schloss er sich zwei Häftlingen an, die in Begleitung von zwei SS-Posten Postsäcke zum Bezirkspostamt bringen sollten. Da sich einer der beiden SS-Männer verspätete und der andere Posten nicht warten wollte brach die Gruppe nur zu viert auf. Eigentlich war geplant, dass sich Lauscher nur mit der Örtlichkeit vertraut machen sollte. Doch als der SS-Mann mit den drei Häftlingen in ein Tabakgeschäft ging ergriff er nach einigem Zögern die Chance und rannte aus dem Geschäft. Der SS-Mann gab drei Schüsse auf ihn ab. Er gelangte in einen Gemeindegarten wo ihn die Hauswartin in ihre Wohnung ließ. Während nach ihm gesucht wurde konnte er dort die Häftlingsstoffstreifen abtrennen. Unbehelligt gelangte er zu einer der Anlaufadressen, wo ihm Unterschlupf gewährt wurde. In Folge konnte er mit weiteren Genossen in Wien Kontakt aufnehmen und „ein Netz von illegalen Gruppen aufbauen, das sich über ganz Wien verteilte“.³⁹

Eine entscheidende Verbindung, die Josef Lauscher aufbauen konnte, war zu einer Gruppe bewaffneter russischer Zwangsarbeiter im 14. Bezirk. Über diese kam er in Kontakt zur illegalen antifaschistischen Organisation um „Bestrachnij“ (auf Deutsch „Furchtloser“). Dabei handelte es sich um den bereits 1942 zur politischen Arbeit nach Wien eingeschleusten Mitja Gutow. Weitere Kontakte wurden zu „revolutionären Sozialisten und Katholiken“ hergestellt. Ziel war die „Organisierung von Sabotageakten, die Zersetzung der Wehrkraft und die Organisierung des Widerstandes gegen eine eventuelle Verteidigung Wiens“.⁴⁰ Lauscher berichtet, dass es sich dabei um kleine Widerstandsgruppen und nicht um eine Massenbewegung handelte. Als Erfolg nennt er die Verhinderung von Brandstiftungen und Sprengungen, etwa des Allgemeinen Krankenhauses und der Gasometer.⁴¹ Josef Lauscher zählte zu den wichtigsten Köpfen des kommunistischen Widerstands in Wien dieser Zeit. Bereits am 12. April, als in Wien noch gekämpft wurde, traf Josef Lauscher mit den führenden KPÖ-Funktionären Johann Koplénig und Ernst

Fischer, die aus dem Moskauer Exil nach Österreich zurückgekehrt waren, zusammen. Zwei Tage später fand im Verbandshaus der Buchdruckergewerkschaft in der Seidengasse im 7. Wiener Gemeindebezirk die erste legale Parteikonferenz der KPÖ unter dem Vorsitz von Lauscher statt.⁴²

Fritz Lauscher, Josefs Bruder, wurde Ende April 1945 im KZ Dachau befreit und war nach 1945 ein führender KPÖ-Funktionär in Niederösterreich. Von 1954 bis 1959 war er Abgeordneter zum Niederösterreichischen Landtag. Berta Grubhofer, die Verlobte von Josef Lauscher, war bis April 1945 im KZ Ravensbrück inhaftiert und konnte sich nach ihrer Flucht nach Wien durchschlagen. Am 30. Juni 1945 heirateten die beiden, nachdem sie sieben Jahre lang getrennt gewesen waren.

Anmerkungen:

- 1/ DÖW 1510, Josef Lauscher: Biographische Daten, o.D.
- 2/ Ebd., Lebenslauf, o.D., S. 1.
- 3/ Lauscher, Fritz: Transport nach Dachau, in: *Volksstimme*, 26.5.1957.
- 4/ Ebd.
- 5/ Ebd.
- 6/ Vgl. Matejka, Viktor: Widerstand ist alles. Notizen eines Unorthodoxen. Wien 1993, S. 80–84.
- 7/ Zámečník, Stanislav: Das war Dachau 1933–1945. Frankfurt/M. 2002, S. 137.
- 8/ Matejka: Widerstand, S. 85 und 94.
- 9/ Lauscher: Transport nach Dachau.
- 10/ Zámečník: Dachau, S. 89.
- 11/ Langbein, Hermann: Die Stärkeren. Ein Bericht aus Auschwitz und anderen Konzentrationslagern. Wien 2008, S. 62.
- 12/ Vgl. Zámečník: Dachau, S. 139ff.; Kupfer-Koberwitz, Edgar: Die Mächtigen und die Hilflosen. Als Häftling in Dachau, Bd. 1: Wie alles begann. Stuttgart 1957, S. 86–89.
- 13/ DÖW 1510, Josef Lauscher: Lebenslauf, o.D. [1963], S. 2.
- 14/ Lauscher, Fritz: Viel Steine gabs und wenig Brot, in: *Volksstimme*, 1.10.1957.
- 15/ Ebd.
- 16/ DÖW 13244, Fritz Lauscher: Die Parteiarbeit im Konzentrationslager Dachau, 13.1.1975.
- 17/ Kogon, Eugen: Der SS-Staat, Das System der deutschen Konzentrationslager. Hamburg 2014, S. 86f.
- 18/ Vgl. Langbein, Hermann: ... nicht wie die Schafe zur Schlachtbank. Widerstand in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern. Frankfurt/M. 1980, S. 44ff.
- 19/ DÖW 20489/8h, Fritz Lauscher: K.Z. Dachau 1941–1945, 24.10.1958, S. 2f.
- 20/ DÖW 1510, Lebenslauf, S. 2.
- 21/ DÖW 20489/8h, Lauscher: Dachau, S. 3.
- 22/ Langbein: Die Stärkeren, S. 64f.



Berta Lauscher, geb. Grubhofer (1913–1984), Frau von Josef Lauscher

- 23/ Ebd., S. 84.
- 24/ Wagner, Hilde: Der Kapo der Kretiner. Bonn 2009 (Bibliothek des Widerstandes), S. 158.
- 25/ Langbein: Schafe, S. 94.
- 26/ DÖW 1510, Lebenslauf, S. 2.
- 27/ DÖW 11206, W. Biktaschow: Wir haben unseren Tod überlebt. Moskau 1975 (unveröffentlichte Teilübersetzung).
- 28/ DÖW, Josef Lauscher an Berta Grubhofer, 15.8.1943.
- 29/ DÖW 1510, Lebenslauf, S. 2.
- 30/ Kucera, Wolfgang: Augsburg-Haunstetten, in: Benz, Wolfgang/Distel, Barbara (Hg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Bd. 2: Frühe Lager, Dachau, Emslandlager. München 2005, S. 283–286, hier S. 285f.
- 31/ DÖW 1510, Lebenslauf, S. 2.
- 32/ Bericht der Lagerleitung an die Reichsführung SS, zit. nach: Wagner: Kapo der Kretiner, S. 182f.
- 33/ Die Mauthausner Todesstiege, in: *Österreichische Volksstimme*, 19.6.1947.
- 34/ Langbein: Schafe, S. 51f. und 89.
- 35/ DÖW 1510, Lebenslauf, S. 2.
- 36/ DÖW 4938, Bericht von Franz Kalteis über das Lager Saurer-Werke, 9.5.1949.
- 37/ ZPA der KPÖ, Josef Lauscher an Franz Dahlem, 28.3.1972.
- 38/ DÖW 4938.
- 39/ ZPA der KPÖ, Josef Lauscher an Franz Dahlem, 28.3.1972.
- 40/ Ebd.
- 41/ Vom KZ Mauthausen in die Wiener Widerstandsbewegung, in: *Österreichische Zeitung*, 26.11.1946.
- 42/ Mugrauer, Manfred: „Entschlossen, die Verantwortung zu übernehmen.“ Die erste Parteikonferenz der KPÖ am 14. April 1945, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 22. Jg. (2015), Nr. 1, S. 9–14, hier S. 12.

Nixons Zwischenstopp in Salzburg

Heißer Empfang für einen Kriegsverbrecher auf dem Weg zum Abrüstungsgipfel

WINFRIED R. GARSCHA

Von 22. bis 30. Mai 1972 war Richard Nixon auf Staatsbesuch in Moskau. Er war damit der erste Präsident der USA, der die Sowjetunion besuchte. Auf dem Weg dorthin machten der Präsident und seine Delegation am 20. Mai Zwischenstation in Salzburg. Bundeskanzler Bruno Kreisky hatte den amerikanischen Präsidenten eingeladen, nach dem anstrengenden Transatlantikflug im Schloss Kleßheim, das damals als Gästehaus der Republik diente, zu übernachten. Der amerikanische Präsident sollte ausgeruht nach Moskau weiterfliegen können.

„Gleichgewicht des Schreckens“

Nixons Besuch in Moskau war der erste Höhepunkt in dem Jahrzehnt der Entspannung zwischen den beiden militärischen Blöcken der NATO und der Staaten des Warschauer Pakts. Den Beginn dieses hoffnungsvollen Prozesses hatte die Aufnahme der so genannten SALT-Verhandlungen zur Begrenzung der strategischen Rüstung im November 1969 markiert, die zweieinhalb Jahre lang abwechselnd in Helsinki und Wien geführt wurden, bevor in Moskau das erste Abkommen unterschrieben wurde. SALT ist die Abkürzung für *Strategic Arms Limitation Talks*. Entscheidend ist der Begriff „strategisch“. Im Gegensatz zu „taktischen“, d.h. auf dem Gefechtsfeld eines möglichen Krieges einzusetzenden Waffen waren damit die mit Atomsprenköpfen ausgerüsteten und gegen die jeweilige Hauptstadt des Gegners gerichteten Interkontinentalraketen der beiden Großmächte gemeint.

In dem am 28. Mai 1972 in Moskau unterzeichneten ABM-Vertrag wurde die Anzahl der zur Verteidigung der beiden Hauptstädte bereitstehenden Abwehrraketen begrenzt. Diese Abwehrraketen werden im Englischen ABM, d.h. Anti-Ballistic Missiles, genannt, weil sie die Rakete des Angreifers bereits auf ihrer Flugbahn, vor dem Erreichen ihres Ziels, abfangen. Der ABM-Vertrag zementierte das, was damals als „Gleichgewicht des Schreckens“ bezeichnet wurde. Mit dieser Politik hatten sich auf beiden Seiten jene durchgesetzt, die davon ausgingen, dass die wirksamste Garantie gegen einen nuklearen Angriff der Gegenseite

die Gewissheit war, dass in einem Atomkrieg der Angreifer einen Automatismus in Gang setzte, der auch ihn selbst vernichten würde. Es blieb dem amerikanischen Präsidenten George W. Bush vorbehalten, 30 Jahre später, nämlich wenige Monate nach dem Terroranschlag vom 11. September 2001, diesen Vertrag aufzukündigen. Der Kampf gegen jegliche Beschränkung des Rüstungswahnsinns war in den Jahren zuvor zu einem der wesentlichen politischen Ziele der Republikanischen Partei in den USA geworden.

Bezüglich der Angriffswaffen wurde in Moskau zwischen den beiden Atommächten nur ein Interimsabkommen abgeschlossen, d.h. diese Waffensysteme blieben während der fünfjährigen Geltungsdauer des Abkommens auf dem Niveau von 1972 eingefroren. Im weltweiten Ringen um atomare Abrüstung, das gesellschaftliche Gruppen ganz unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Ausrichtung zusammengeführt hatte, um die drohende Selbstvernichtung der Menschheit zu verhindern, war das im Mai 1972 in Moskau unterzeichnete so genannte SALT-I-Abkommen trotzdem ein erster Erfolg. Nixons Sicherheitsberater Henry Kissinger gab in seinen Memoiren einen Einblick in die Motive der amerikanischen Seite, sich nach 130 vergeblichen Gesprächsrunden auf eine solche Beschränkung einzulassen: Im Wettrüsten zwischen den beiden Supermächten hatte die Sowjetunion bei ihren Nuklearwaffen einen Vorsprung erzielt, den sie durch diesen Vertrag weitgehend aufgab, während die USA durch das Einfrieren auf fünf Jahre die Gelegenheit erhielten, ihren Rückstand aufzuholen.

Nixon in Moskau

Doch Nixons Moskau-Besuch war nicht nur eine wichtige Etappe in den Bemühungen zur Begrenzung des atomaren Rüstungswettlaufs, sondern auch ein ernsthafter Versuch, die Beziehungen zwischen den beiden Staaten nach Jahrzehnten des Kalten Krieges auf eine neue Basis zu stellen. Zehn Jahre zuvor, in der Kuba-Krise im Oktober 1962, wäre diese Konfrontation beinahe zu einem Atomkrieg eskaliert. Die nunmehr angestrebte Entspannung in den internationalen

Beziehungen betraf nicht nur den atomaren Rüstungswettlauf.

Am 29. Mai, dem Tag nach Abschluss des ABM-Vertrags, unterzeichneten der amerikanische Präsident und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Leonid Breschnew, eine zwölf Punkte umfassende Erklärung über „Grundsätze für die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“. Diese erste gemeinsame Erklärung seit dem Zerbrechen der Anti-Hitler-Koalition bereitete den Weg für das „Abkommen zur Verhinderung eines Atomkriegs“ vom 22. Juni 1973. Dieses Abkommen schlossen die beiden Atommächte bei Breschnews Gegenbesuch im Jahr darauf in Washington ab.

Nixon hatte sich aus dem Moskauer Kreml über das sowjetische Fernsehen direkt an die Bevölkerung der UdSSR gewandt. In diese Rede erinnerte Nixon daran, dass er nicht zum ersten Mal in der Sowjetunion war – schon als Vizepräsident unter Dwight D. Eisenhower (1953 bis 1961) hatte er den Gegner im Kalten Krieg mehrmals besucht. In seiner fast 20-minütigen Ansprache brachte er seine Überzeugung zum Ausdruck, es könne „in einem unkontrollierten Rüstungswettlauf zwischen zwei großen Nationen [...] keinen Sieger geben, nur Verlierer“.

Dass solche Worte ausgerechnet von Richard Nixon kamen, einen „Kommunistenfresser alter Schule“ (so die *Süddeutsche Zeitung*), mag verwundern. Doch setzte Nixon damit nur fort, was er bereits drei Monate zuvor, bei einem Besuch in der Volksrepublik China, begonnen hatte. Denn der atomare Rüstungswettlauf mit der Sowjetunion war nicht die einzige globale Konfliktzone, in welche die USA in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren involviert waren. Die mit großem Abstand grausamste kriegerische Auseinandersetzung jener Zeit fand in Südostasien statt – auf dem „Indochina“ genannten Gebiet der ehemaligen französischen Kolonien Vietnam, Laos und Kambodscha. Die Hauptakteure dieses Krieges waren – neben Nord- und Südvietnam – die USA als Verbündete des antikommunistischen Südens (mit einer sukzessive ausgewei-

teten amerikanischen Truppenpräsenz in Südostasien) sowie die Volksrepublik China und die UdSSR als Verbündete des kommunistischen Nordens. Die USA griffen in diesen Krieg mit Hunderttausenden Soldaten ein.

Vietnamkrieg

Wie kamen die Amerikaner nach Vietnam? Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte Frankreich versucht, sein Kolonialreich wiederzuerrichten, erlitt aber 1954 in der Schlacht von Dien Bien Phu eine vernichtende Niederlage. Für die USA stellte das französische Debakel einen Erfolg der Sowjetunion und ihrer Verbündeten im Kalten Krieg dar, dem unbedingt etwas entgegen gesetzt werden musste.

Seit 1964, seit dem von den USA erfundenen Tonkin-Zwischenfall vor der Küste Nordvietnams, führten die USA offiziell Krieg gegen die Demokratische Republik Vietnam (d.h. Nordvietnam) und bombardierten zivile Ziele. Im Süden errang die Nationale Befreiungsfront militärische Erfolge gegen das pro-amerikanische Marionettenregime in Saigon, worauf die USA mit einer Wiederaufnahme des Bombenkriegs gegen Nordvietnam reagierten. Schon bei der ersten Welle der Bombardements, Mitte der 1960er Jahre, hatten US-Militärs angekündigt, man werde Vietnam „in die Steinzeit zurück bomben“.

Die seit den späten 1960er Jahren sich rapide verschlechternden sowjetisch-chinesischen Beziehungen verkomplizierten die Situation für die Demokratische Republik Vietnam, da Ho Chi Minh einerseits seit Jahrzehnten ein gutes persönliches Verhältnis zu Mao Zedong hatte, andererseits die der chinesischen Militärhilfe technologisch überlegene sowjetische Unterstützung benötigte.

Von 21. bis 28. Februar 1972 besuchte Richard Nixon die Volksrepublik China. Die Erwartung der amerikanischen Regierung, von Peking ein Nachlassen der Unterstützung für die Demokratische Republik Vietnam zu erreichen, erwies sich als Illusion. Doch auch durch die Entspannung ihrer Beziehungen zur UdSSR erreichten die USA keine Verringerung der sowjetischen Unterstützung. In der amerikanischen Regierung setzte sich die Erkenntnis durch, dass dieser im eigenen Land extrem unpopuläre Krieg nicht zu gewinnen war. Präsident Nixon wollte sich Ende 1972 der Wiederwahl stellen. Als eine Möglichkeit, ohne allzu großen Gesichtverlust aus dem Krieg auszusteigen, sah Nixon es an, ihn zu „vietnamisieren“,



Demonstration in Salzburg anlässlich des Besuchs von US-Präsident Richard Nixon am 20. Mai 1972

d.h. das südvietnamesische Regime dazu zu befähigen, ohne amerikanische Soldaten weiterzukämpfen. Zu diesem Zweck griff die US-Luftwaffe die durch Laos und Südvietnam führenden Nachschubwege der Nationalen Befreiungsfront, den so genannten „Ho Chi Minh Pfad“, an. Das dabei eingesetzte dioxinhaltige Entlaubungsmittel Agent Orange führte zu schweren Schädigungen des Erbgutes der einheimischen Bevölkerung. Noch heute werden missgestaltete Babys geboren – damals gingen die Bilder von Kindern um die Welt, denen Gliedmaßen fehlten, deren Köpfe missgebildet waren und Ähnliches. Erst als amerikanische Soldaten, die mit dem Gift in Berührung gekommen waren, vor amerikanischen Gerichten Entschädigungen erkämpften, beendete das amerikanische Militär den Einsatz des Gifts.

Solidarität mit Vietnam

Es waren diese Bilder sowie Berichte aus den Foltergefängnissen des südvietnamesischen Regimes, die eine weltweite Protestbewegung provozierten. Auch in Österreich. Nixons Zwischenstopp in Salzburg war eine Gelegenheit, in einer Weise gegen die von der Nixon-Regierung zu verantwortenden Verbrechen zu protestieren, die auch von den internationalen Medien beachtet wurde.

Es würde sich natürlich anbieten, hier mit der Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg in Österreich und international fortzusetzen – insbesondere in den USA selbst, wo seit 1971 die Veröffentlichung der so genannten Pentagon-Papiere über die amerikanische Einmischung in diesen Krieg bewies, dass die Regierungen die Öffentlichkeit jahr-

zehntelang belogen hatte. Das würde aber zu weit führen. Diese Enthüllungen müssen trotzdem erwähnt werden, weil sie Teil der weltweiten De-Legitimierung der USA und ihrer Verbündeten im Kalten Krieg waren. Und das war eine der Voraussetzungen für den Aufschwung der Linken, die das Thema unseres heutigen Symposiums ist.

Die Protestbewegung in Österreich ging weit über die studentische Linke hinaus, die noch die wesentliche Trägerin der (in Österreich sehr schwachen) Ausläufer der 1968er-Bewegung gewesen war. Die Kommunistische Partei, deren Tageszeitung *Volksstimme* regelmäßig über den Vietnamkrieg berichtete, war eine der Organisatorinnen der Demonstration in Salzburg. Eine der Galionsfiguren des Protests war der Publizist Günter Nennung, mit dabei war aber auch Peter Kreisky, der Sohn des Bundeskanzlers.

Ein großer Teil der Demonstrierenden zog von der Stadt weiter zum Flughafen, um dort – für die internationalen Medien sichtbar – gegen Nixon zu demonstrieren und ein Gegengewicht gegen die mit Autobussen aus Deutschland herangekarrten „Jubelamerikaner“ zu bilden. Die Polizei, die sich im Stadtinneren zurückgehalten hatte, veranstaltete eine Prügelorgie. Der Salzburger Universitätsprofessor Fritz Fellner schrieb in einem Brief an SPÖ-Justizminister Christian Broda, er „habe in Österreich seit den 30er Jahren keine solche Orgie an Brutalität gesehen“.

Abschließend möchte ich darauf eingehen, wie ich selbst den 20. Mai 1972 in Salzburg erlebt habe. Vorausschicken möchte ich, dass mich der eigentliche Zweck der Reise von Präsident Nixon – die Verhandlungen über eine Rüstungs-



Transparent bei der Demonstration in Salzburg gegen Nixon am 20. Mai 1972

beschränkung zwischen den USA und der Sowjetunion – nicht interessiert hat. Ich wusste zwar, dass Salzburg nur ein Zwischenstopp auf dem Weg von Washington nach Moskau war, aber ein möglicher Atomkrieg war nichts, was mich als Zwanzigjährigem besonders beunruhigte. Das, was mir tatsächlich naheging, war der amerikanische Bombenterror gegen die vietnamesische Zivilbevölkerung.

Die Empörung über die Verbrechen der USA und ihrer südvietnamesischen Verbündeten in diesem Krieg hatte mich wieder politisiert, nachdem mich die Ereignisse des Jahres 1968 in eine Art politische Apathie versetzt hatten. Für mich, als 16-Jährigem, waren das Scheitern der Studentenrevolte in Paris und anderswo im Mai 1968 und die sowjetische Intervention in der Tschechoslowakei im August 1968 der Beweis dafür gewesen, dass Versuche, die erstarrten politischen Strukturen in Ost und West zu erschüttern, an der Logik des Kalten Krieges scheitern mussten und dass man sich Enttäuschungen ersparte, wenn man sich von politischem Engagement fernhielt. Angesichts dessen, was ich nach und nach über den Vietnamkrieg erfuhr, wurde eine solche Haltung für mich aber schon aus moralischen Gründen zunehmend unmöglich.

Von Krems nach Salzburg

Ab dem Frühjahr 1972 war ich, nach Absolvierung des Wehrdienstes, Erzieher in einem katholischen Internat, im Stift Göttweig. Das „Publikum“, dem ich meine Informationen über den Krieg in Indochina mitteilte, waren 15- bis 18-jährige Buben. Ihnen erzählte ich, dass ich vorhatte, am Pfingstsamstag (das war der 20. Mai) von Wien aus nach Salzburg zu fahren, weil ich erfahren hatte, dass die *Marxistisch-Leninistische Studentenorganisation* (MLS) einen Bus nach Salzburg organisiere. Meine Buben fragten mich, wieso ich den Umweg über Wien nehmen wolle, wo doch auch die

KPÖ Krems nach Salzburg fahre. Meine Verwunderung war groß, doch sie erzählten mir freimütig, dass sie an Wochenenden gern den Klub der Kommunistischen Jugend im KPÖ-Lokal in der Kremser Landstraße besuchten – wegen der guten Musik (und natürlich wegen der Mädchen dort). Am Freitag vor Pfingsten stand ich vor der Tür des KPÖ-Lokals und überlegte lange, ob ich anläuten sollte; es beschlich mich ein Gefühl, dass aus diesem ersten Kontakt vielleicht mehr werden könnte, und ich war mir nicht sicher, ob ich das wirklich wollte. Was folgte, war allerdings ziemlich ernüchternd. Ein mürrischer Herr, der sich als Disc Jockey des KJÖ-Klubs vorstellte, brummte etwas von „kann schon sein“ (dass ich mitfahren könne) und „um sieben wahrscheinlich“ (über die Abfahrtszeit des Busses), aber immerhin stellten sich seine Informationen als richtig heraus.

Salzburg machte einen gespenstischen Eindruck, als ob sich die Stadt gegen den drohenden Einfall fremder Horden verbarrikadieren müsse. Viele Geschäfte, aber auch Fensterläden waren geschlossen. Außer der Polizei, hatte ich den Eindruck, hört niemand die Losungen, die wir riefen. Stolz war ich, dass ich gefragt wurde, ob ich ganz vorne mit einer Fahne der KPÖ mitmarschieren wolle. Zum Flughafen wollte ich eigentlich nicht marschieren, weil ich gehört hatte, dass geplant sei, das Rollfeld zu blockieren. Das schien mir sinnlos, weil ein Umdrehen der Maschine des amerikanischen Präsidenten, wenn sie nicht landen konnte, ja keinerlei Einfluss auf den Vietnamkrieg haben würde. Außerdem malte ich mir aus, was die Polizei dort veranstalten würde. Ich hatte keine Lust, mich verprügeln zu lassen. Als ich mitkriegte, dass die KPÖ bei der Blockade des Rollfeldes nicht mitmachte, war ich erleichtert.

Auf der Heimfahrt wurde aber weniger darüber diskutiert als über die Sinnhaftigkeit der Demonstration selbst. Anstoß

dafür war eine provokante Wortmeldung, wonach es besser gewesen wäre, wir sechs- bis achttausend Menschen, die nach Salzburg gekommen waren, um gegen den Vietnamkrieg zu protestieren, hätten keinen Demonstrationszug veranstaltet, sondern wären mit Informationsflugblättern von Haus zu Haus gegangen, um die Salzburger Bevölkerung darüber zu informieren, wen die Stadt da als Ehrengast beherbergte.

Ein Betriebsrat der Hütte Krems wandte dagegen ein, dass unsere Demonstration Teil einer weltweiten Solidaritätsbewegung sei. Er gab zu bedenken, dass es doch sein könne, dass vietnamesische Kämpfer irgendwo im Untergrund in der Zeitung lesen, dass es auch in Salzburg im fernen Europa einen „heißen Empfang“ für den amerikanischen Präsidenten gegeben hätte, weil Menschen in Österreich sich mit dem Kampf gegen die USA und ihre Lakaien solidarisieren.

Für mich war diese Diskussion eine Offenbarung. Ich kam schließlich aus der zutiefst autoritären katholischen Kirche. Und ich hatte erwartet, dass in der KPÖ der Parteivorsitzende Franz Muhri die Linie vorgibt und es nichts daran zu rütteln gebe. Und dann erlebte ich, wie derjenige, der die überzeugenderen Argumente hatte, sich durchgesetzt hat. Das – und das von mir als verantwortungsvoll empfundene Herangehen an die Frage der Beteiligung am Marsch zum Flughafen – veränderte mein Bild der KPÖ gründlich. Im darauffolgenden Herbst half ich mit, Plakatständer für den Gemeinderatswahlkampf in Krems aufzustellen.

Quellen und Literatur:

Zu den amerikanischen Motiven für die Begrenzung der Atomrüstung: Henry A. Kissinger: *Memoiren 1973–1974*, Bd. 2. München 1982, S. 304–312.

Text der amerikanisch-sowjetischen Grundsatzerklärung vom 29. Mai 1972: <http://www.amerikahaus-archiv.de/exhibits/show/grundsatzerklaerung/grundsatzerklaerung-story>.

Amerikanisch-sowjetischer Vertrag vom 22. Juni 1973: https://dewiki.de/Lexikon/Abkommen_zur_Verhinderung_eines_Atomkriegs

Zur Rede Nixons im sowjetischen Fernsehen: <https://www.nixonfoundation.org/2016/12/moscow-1972-address-soviet-people>; <https://www.youtube.com/watch?v=oantwy7crzk>.

Der Brief Fritz Fellners an Christian Broda vom 24. Mai 1972 ist abgedruckt in: Gerhard Oberkofler: „Heute wie damals kommt die Gewalt von rechts“, in: *Zeitung der Arbeit*, 14.5.2021 (<https://zeitungderarbeit.at/feuilleton/heute-wie-damals-kommt-die-gewalt-kommt-von-rechts>).

Stamokap in Österreich

Eine theoretische Konferenz der KPÖ im Jänner 1972

MICHAEL GRABER

Nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte sich der Kapitalismus wesentlich anders als nach dem Ersten Weltkrieg. Für die kommunistischen Parteien entstand die Notwendigkeit, diese Entwicklung aufzuarbeiten, auf ihre Ursachen zurückzuführen, Stereotype der Analyse im Zusammenhang mit der Formel von der „Allgemeinen Krise des Kapitalismus“ zu überwinden und Schlussfolgerungen für Strategie und Politik zu formulieren. Diese Analysen setzten in den 1960er Jahren ein. Führend waren die gesellschaftswissenschaftlichen Institute der Sowjetunion, der DDR und der Kommunistischen Partei Frankreichs. Zwischen 1967 und 1972 erschienen mehrere grundlegende Monographien: In der Sowjetunion das Werk „Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus“ eines Autorenkollektivs der Akademie der Wissenschaften und das Buch des sowjetischen Ökonomen S. L. Wygodski „Der gegenwärtige Kapitalismus“. In der DDR kamen die Bücher „Der Imperialismus der BRD“ und „Zur Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus“ heraus, in Frankreich erschien die Arbeit „Der Staatsmonopolistische Kapitalismus“ eines Autorenkollektivs unter Leitung von Paul Boccara. Die Bücher aus der Sowjetunion und Frankreich wurden in der DDR übersetzt und herausgegeben. In der BRD war es das *Institut für marxistische Studien und Forschungen* (IMSF), das in den 1970er Jahren im Umfeld der DKP die Theorieentwicklung vorantrieb.

Die zentrale Frage, mit der sich alle diese Untersuchungen beschäftigten war, welche neue Rolle der Staat im kapitalistischen ökonomischen Produktions- und gesellschaftlichen Reproduktionsprozess zu spielen begonnen hatte und die, so die Analysen, zu einer neuen Formation des Kapitalismus führte – eben zum Staatsmonopolistischen Kapitalismus, wie diese Entwicklungsstufe übereinstimmend begrifflich gefasst wurde.

Übereinstimmung bestand dabei in zwei wesentlichen Fragen: Erstens, dass das neue Kräfteverhältnis nach dem Zweiten Weltkrieg durch das Entstehen eines sozialistischen Lagers zu Anpassungen in der Funktionsweise des Kapitalismus gezwungen hatte, die eine

umfassende Regulierung kapitalistischer Reproduktion und damit eine herausragende Rolle des Staates in Wirtschaft und Gesellschaft erforderte. Und zweitens, dass die Entwicklung zum Staatsmonopolistischen Kapitalismus auf der Grundlage des Imperialismus und damit unter der Herrschaft des Monopolkapitals erfolgte.

Antimonopolistische Demokratie

Bezug genommen wurde dabei auf Artikel Lenins in den Jahren 1916 und 1917, in denen er die Kriegswirtschaft in den kriegführenden Ländern im Gegensatz zu den sozialdemokratischen Ideologen, die vom Kriegssozialismus sprachen, eben als Staatsmonopolistischen Kapitalismus bezeichnete. Dieser sei, so Lenin, das höchste Entwicklungsstadium des Imperialismus, die umfassendste ökonomische Vorbereitung des Sozialismus, denn Sozialismus sei nichts anderes als staatskapitalistisches Monopol, das zum Nutzen des ganzen Volkes angewandt werde und deshalb aufgehört habe, kapitalistisches Monopol zu sein. Voraussetzung dafür sei der Übergang zu neuen politischen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen, zu einem revolutionär-demokratischen Staat, der den bürgerlichen ablöst bzw. ersetzt.

Diese strategische Orientierung, die Lenin kurz vor der Oktoberrevolution entwarf, wurde nun in die Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus der 1960er und 1970er Jahre als strategische Schlussfolgerung integriert und unter der Formel „antimonopolistische Demokratie“ als nächstes zu erkämpfendes Etappenziel bezeichnet, das von einem breiten Bündnis, bestehend aus allen antimonopolistischen Klassen und Schichten der Bevölkerung erkämpft werden könnte. Diese strategische Orientierung löste damit die unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg verfolgte Orientierung auf eine antifaschistisch-demokratische Ordnung ab.

Ich kann hier nicht auf die unterschiedlichen Herangehensweisen der sowjetischen, ost- und westdeutschen und französischen Untersuchungen eingehen. Ebenso wenig auf die heftigen Diskussionen unter den marxistischen und

ihnen nahestehenden ÖkonomInnen und SozialwissenschaftlerInnen, die bis in die 1980er Jahre andauerten. Diese drehten sich im wesentlichen um den Monopolbegriff, um das Verhältnis zwischen den Monopolen und dem Staat, dem Grad der Verflechtung und/oder Verschmelzung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates, die Entwicklung einer staatsmonopolistischen Oligarchie und ihre Zusammensetzung, die Rolle internationaler Regulierungsinstitutionen und wie weit staatliche Regulierung überhaupt im Kapitalismus Bestand haben kann, letztlich um das Verhältnis zwischen Ökonomie und Politik und damit auch um viele strategische Fragen.

Konsolidierung der KPÖ

Was hatte nun dieser internationale Diskussionsprozess mit der KPÖ zu tun? Die Partei hatte im Gefolge der Auseinandersetzungen über die Niederschlagung des Prager Frühlings im August 1968 eine schwere Krise durchgemacht, die zu heftigen fraktionellen Auseinandersetzungen, Spaltungen und Ausschlüssen führte, die auch die Gewerkschaftsfraktion, die Jugendorganisationen und viele Intellektuelle betrafen.

Die nach diesem Aderlass gewählte Parteiführung war deshalb bemüht, einen politischen und ideologischen Konsolidierungsprozess einzuleiten. Dem dienten unter anderen eine Reihe – insgesamt sieben – theoretischer Konferenzen, die zwischen 1970 und 1977 Grundfragen der Politik der KPÖ aufgriffen und deren theoretische Grundlagen thematisierten. Die Konferenzen wurden protokolliert und jeweils als Broschüren herausgegeben. Man darf nicht vergessen, dass die KPÖ kaum je eine theorielastige Partei gewesen war. Insofern war dieses Herangehen tatsächlich neu.

Die erste Konferenz stand 1970 unter dem Titel „Die SPÖ als Regierungspartei“. In diesem Jahr stellte die SPÖ mit Bruno Kreisky erstmals den Regierungschef. 1971 folgte eine Konferenz zur Gewerkschaftspolitik und am 29. Jänner 1972 die Konferenz zum staatsmonopolistischen Kapitalismus in Österreich.

Der Begriff „Staatsmonopolistischer Kapitalismus“ war bis dahin in der Partei, auch in der Führung, kaum bekannt.



Theoretische Konferenz der KPÖ zum staatsmonopolistischen Kapitalismus in Österreich im Saal der niederösterreichischen Arbeiterkammer in Wien am 29. Jänner 1972

In den vorhergehenden Konferenzen tauchte er nur vereinzelt und eher beiläufig in Diskussionsbeiträgen auf, obwohl er am vorangegangenen Parteitag erstmals Eingang in eine Resolution gefunden hatte. Die Konferenz, an der wie damals üblich auch Vertreter der Schwesterparteien SED und DKP und insgesamt immerhin 250 Personen teilnahmen, fand im Saal der niederösterreichischen Arbeiterkammer in Wien statt und wurde durch ein umfangreiches Referat von Hans Kalt, damals Mitglied des Politischen Büros und Chefredakteur der *Volksstimme*, eingeleitet.

Das Protokoll verzeichnet 26 Diskussionsbeiträge. Das wesentlich Neue des Beitrags von Kalt war die Analyse der Besonderheiten des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems in Österreich. Dazu zählten das breit gestreute öffentliche Eigentum in der Industrie, im Energie- und Finanzsystem mit dem Kern der verstaatlichten Industrie und den verstaatlichten Banken, weiters die herausragende Rolle der institutionalisierten und informellen Sozialpartnerschaft als staatsmonopolistisches Regulierungssystem mit den gesetzlichen Interessenvertretungen, der Gewerkschaft und der Industrie. Kalt musste in diesem Zusammenhang zugeben, dass es die KPÖ bis dahin versäumt hatte, das konkrete Herrschaftssystem in Österreich zu analysieren, was sich in politischen Schwankungen und Fehlentscheidungen auswirkte. Die Konferenzen mündeten schließlich in ein programmatisches Dokument: die „Politisch-ideologischen Leitsätze“, die am 22. Parteitag im Jänner 1974 beschlossen wurden.

Hat die Übernahme der Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus zum Aufschwung der Linken in Öster-

reich in den 1970er Jahren beigetragen? Ja und nein. Ja, weil mit den Begrifflichkeiten der Theorie des Stamokap die Kapitalismuskritik auf eine neue Basis gehoben wurde und damit einen Aufschwung nahm. Aus der damaligen Sicht einer scheinbar realistischen Perspektive für eine revolutionäre Orientierung gewann die KPÖ unter jungen Menschen neue Attraktivität. Gerade der neu gegründete *Kommunistische Studentenverband* (KSV) stellte sein Programm auf diese neue Basis. Dies allerdings weniger in Anlehnung an die KPÖ, sondern wegen der Attraktivität des in der BRD ein Jahr zuvor gegründeten *MSB Spartakus*, der sich rasch zu einer marxistischen studentischen Massenorganisation entwickelte. Auch linke Sozialdemokraten, vor allem die Jugendorganisationen, formulierten ihre Kapitalismuskritik auf der theoretischen Basis des SMK. Es entstanden „Stamokap-Fraktionen“ bei den Jusos und im *Sozialdemokratischen Hochschulbund* (SHB) in Westdeutschland und bei der *Sozialistischen Jugend* in Österreich. Jedoch auch Nein, weil die KPÖ den mit der Übernahme der Stamokap-Theorie eingeleiteten Konsolidierungsprozess nach anfänglichen Erfolgen bei Betriebsratswahlen, unter Jugendlichen und Kulturschaffenden nicht zu einem grundlegenden Wachstum der Partei und in die Gewinnung neuer Wählerschichten ummünzen konnte.

Vom Stamokap zum Finanzkapitalismus

Mit dem Ende des realen Sozialismus und dem Niedergang kommunistischer Parteien verschwanden mit vielen Theoriesträngen auch die Diskurse und Begrifflichkeiten des SMK aus der linken Öffentlichkeit. Linke und marxistische

Infrastrukturen der Theorieproduktion in Ost und West wurden aufgelöst. Es verschwand aber auch die sich als Illusion erwiesene Annahme der historischen Nähe zum Sozialismus, wie das die SMK-Theorie behauptete. So meinte etwa Ernst Wimmer, damals der führende Ideologe der Partei, auf der Konferenz im Jahr 1972: „Für uns bedeutet die Verwendung dieses Begriffs [des SMK], dass wir ungeachtet aller Schwierigkeiten die historische Nähe zum Sozialismus begreifen.“ Und die antimonopolistische Demokratie, bezogen auf die nationale Ebene als Etappenziel zum Sozialismus, hatte im Subtext die Voraussetzung, dass sie auf die Unterstützung der sozialistischen Länder würde bauen können.

Allerdings erfuhr der Kapitalismus seit den 1980er Jahren durch das neoliberale Regime eine neuerliche Umwandlung, die mit den Kategorien der Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus nicht mehr adäquat erfasst wurden. Der Staat spielt zwar weiterhin eine wesentliche Rolle in Ökonomie und Gesellschaft und verteilt in den OECD-Ländern bis zu 50 Prozent des BIP in erster Linie zugunsten der Konzerne um, dominierend ist aber heute das Finanzkapital. Privatisierungen und Deregulierungen haben neue Eigentumsverhältnisse geschaffen, die sich von jenen dramatisch unterscheiden, auf die die staatsmonopolistische Regulierung basierte.

Dazu gehörten auch das Ende des Fordismus, die Abkehr keynesianischer, nachfrageorientierter Wirtschaftspolitik, die durch die europäische Integration vereinheitlichte Währungs- und Zinspolitik u.v.m. Den Kapitalismus der nachstaatsmonopolistischen-Phase zu analysieren und daraus alternative Wege auf der Höhe der Zeit abzuleiten, bleibt eine aktuelle Herausforderung.



Weitere Referate am Symposium der Alfred Klahr Gesellschaft zum Thema „1972 – Österreichs Linke im Aufschwung“, das am 8. Oktober 2022 in Wien stattgefunden hat, werden in der kommenden Ausgabe der „Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft“ veröffentlicht werden.

Conditiones contra humanum

Zum 20. Todestag von Ivan Illich

ALEXANDER HARTL

Der große Wert von Ivan Illichs Schriften scheint mir gerade darin zu liegen, dass sie dem radikalen Humanismus im weitesten und phantasievollsten Sinne Ausdruck verleihen. [...] Sein ganzes Denken gründet sich auf seine Sorge um die Entfaltung des Menschen – körperlich, seelisch und geistig“, schreibt Erich Fromm 1970 in seiner Einleitung zu Illichs „Klarstellungen“. ¹ Sorge um die Entfaltung des Menschen, um die *conditio humana*: trefflicher lässt sich Illichs intellektuelle Grundhaltung kaum fassen. Der aus Wien stammende Philosoph und Theologe gehörte zu den global best vernetzten Intellektuellen der 1970er Jahre und machte sich als radikaler Kritiker einer unhinterfragten technischen, ökonomischen und sozialen Entwicklungslogik einen Namen. Er starb vor 20 Jahren, am 2. Dezember 2002, in Bremen.

Illichs Lebensweg ist physisch wie intellektuell der eines Heimatlosen, eines „Pilgers durch die Zeitläufe“. ² 1926 geboren, wuchs er als Kind einer konvertierten sephardischen Jüdin und eines katholischen Kroaten bei seinen bald getrennt lebenden Eltern im bürgerlichen Wien (u.a. in der bekannten Villa Regentstreif in Pötzleinsdorf), in Dalmatien und Frankreich auf. Selbst katholisch getauft, musste er Ende 1942 als Halbjude mit seiner Mutter und den zwei Brüdern nach Italien emigrieren. In Florenz schrieb er sich an der Universität ein und ging nach Kriegsende nach Salzburg, wo er über Arnold J. Toynbee, den damals noch lebenden „letzten großen Universalhistoriker“, promovierte.

Von New York über Puerto Rico nach Cuernavaca

Etwa zur gleichen Zeit nahm er die Priesterausbildung am Collegium Capranica in Rom auf, beschäftigte sich tiefgehend mit Fragen der Ekklesiologie, der Lehre von der Gemeinschaft der Christen, und belegte Seminare beim französischen Thomisten Jacques Maritain (1882–1972). Nach der Priesterweihe 1951 und seiner ersten Messe, die er in Anlehnung an die frühchristliche Gemeinde in den römischen Katakomben feierte, ging Illich in die Vereinigten Staaten und ließ sich im puertoricani-

schen Viertel von New York nieder. Dort übernahm er Verantwortung für eine mehrheitlich puertoricani-sche Pfarre, lernte Spanisch und bereiste regelmäßig die karibische Insel, wo er sich dem Land und seinen Leuten näherte, aber auch mit den Bischöfen in Konflikt geriet. 1956 schließlich zum Vizerektor der Katholischen Universität von Puerto Rico ernannt, argumentierte er offen gegen die Ächtung von Verhütungsmitteln durch die örtlichen weißen Kirchenoberen und wurde 1959 wieder abgesetzt. Er praktizierte darauf bewusst nicht mehr als Pfarrer und verstand sich zunehmend in einer politischen Rolle, die für ihn mit der Priesterschaft unvereinbar war – ein wichtiger Unterscheidungspunkt zwischen Illichs Engagement und der aufkommenden Befreiungstheologie in der „katholischen Linken“.

Illich reiste einige Monate durch Südamerika und erlebte die dortige Kirche immer stärker in Komplizenschaft mit dem aufkommenden und relativ neuen Phänomen der Entwicklungshilfe. Der Begriff der „Entwicklung“ war schon 1949 vom US-Präsidenten Truman in den politischen Diskurs eingeführt worden, aber erst Anfang der 1960er erkannte man dessen volles praktisches Potenzial und gründete unter John F. Kennedy Institutionen wie das US-„Peace Corps“ („Friedenscorps“) oder die „United States Agency for International Development“ (USAID, „US-Behörde für internationale Entwicklung“). Gleichzeitig verfasste Papst Johannes XXIII. eine Pastorale, nach der die nordamerikanische Kirche ein Zehntel ihrer MitarbeiterInnen nach Südamerika schicken solle, um den Kontinent „vom Kommunismus zu retten“. ³

Illich, dem das Problemfeld der *Entwicklungspolitik als Ideologie*, in deren Schlepptau sich Tausende Freiwillige in „unterentwickelte“ Länder begaben, um diese zu „unterstützen“, immer stärker ins Bewusstsein trat, suchte nach einer Möglichkeit, in bescheidenem Maße dagegen zu intervenieren. Gemeinsam mit Kollegen gründete er in der mexikanischen Stadt Cuernavaca ein ab 1966 unter dem Namen *Centro intercultural de documentación* (CIDOC, *Interkulturelles Zentrum für Dokumentation*) firmierendes Institut für Spanischunterricht. Ziel-

publikum waren sowohl die katholischen Missionare als auch Freiwillige des Friedenscorps, die durch den viermonatigen Sprachunterricht als Vorbereitung auf die eigene Freiwilligentätigkeit geködert, in Cuernavaca mit subversiven Inhalten gegen die Entwicklungs-ideologie konfrontiert werden sollten. CIDOC war durch das hohe Niveau des Unterrichts ein gezieltes Instrument, um im Bereich der Entwicklung zukünftig führende Figuren herauszufiltern und ideologisch auf sie einzuwirken. Gleichzeitig publizierte man entwicklungskritische Literatur und lancierte Kampagnen, die nicht selten auf harsche Kritik stießen. „Wir wollten auch Menschen ermutigen, die das Gefühl hatten, dass sie ‚diesen Gringo wirklich nicht brauchten‘, indem man ihnen gute Argumente gab. Das wurde dann als Anti-Amerikanismus interpretiert, was es nicht war, oder als Kommunismus, was es offensichtlich nicht war, oder als Wahnsinn, was ich dem Urteil der Psychiater überlasse.“ ⁴

Wider den Industrialismus

Durch die „Schule“ von Cuernavaca gingen nach Angaben Illichs in etwa 10.000 Menschen. Bekannte Intellektuelle wie Erich Fromm, Paul Goodman, Susan Sontag, André Gorz oder Paulo Freire verkehrten dort, bis Illich das Zentrum nach einem Jahrzehnt wieder schloss. In diesen zehn Jahren hatte es – u.a. überwacht vom CIA – Angriffen der mexikanischen Rechten, diverser gewalttätiger Attentate und einem Bann der katholischen Kirche Stand gehalten. Gleichzeitig war Illich mit drei Streitschriften hervorgetreten, die kontrovers diskutiert wurden und den theoretischen Grundstein für seine Entwicklungskritik legten: „Deschooling Society“ (1971, „Entschulung der Gesellschaft“), „Tools for Conviviality“ (1973, „Selbstbegrenzung“) oder „Medical Nemesis“ (1975, „Die Enteignung der Gesundheit“).

Illichs Entwicklungskritik, die sich in Auseinandersetzung mit Südamerika entwickelte, bald aber von ihm auf einen allgemeinen Begriff von „Fortschritt“ ausgedehnt wurde, ⁵ wurzelt zu einem guten Teil in jener Kritik an Arbeitsprozessen und Lebensbedingungen, wie sie schon im Sozialismus des 19. Jahr-

hunderts formuliert wurde und in der Nachkriegszeit als Entfremdungsdebatte, z.B. bei Herbert Marcuse oder Erich Fromm, wiederkehrte. In „Selbstbegrenzung“ bilanziert Illich jedoch: „Die marxistischen Ansätze sind zwar nützlich für das Aufdecken der Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft. Doch sie bieten nicht den Rahmen, in dem es möglich wäre, die Krise der industriellen Produktionsweise selber zu analysieren.“⁶ An Lewis Mumford anschließend formuliert er weiter: „Es gibt eine Art des Gebrauchs wissenschaftlich errungenen Wissens, die zur Spezialisierung unpersönlicher Ziele, zur Institutionalisierung der Werte, zur Zentralisierung der Macht führt. Wenn diese Anwendung überwiegt, wird der Mensch zum Anhängsel der Mega-Maschine, zum Rädchen im Getriebe der Bürokratie.“⁷ Entwicklung ist in einer von solchen Anwendungen geprägten Gesellschaft notwendigerweise Fetisch und Verblendungszusammenhang, ohne den sich keine Zukunft mehr denken lässt. Noch grundlegender als der englische Theoretiker Mark Fisher, der in seinem 2009 erschienenen Büchlein „Capitalist Realism“ attestierte, dass es mittlerweile leichter wäre, sich ein Ende der Welt vorzustellen als ein Ende des Kapitalismus,⁸ weist Illich darauf hin, dass Fortschritt und Entwicklung nicht *ausschließlich kapitalistisch*, sondern vor allem *ausschließlich industriell* und auf Basis von Massenproduktion gedacht werden: „Auf Massenproduktion verzichten, das heißt für die meisten von uns, in die Fesseln der Vergangenheit zurückkehren oder die Utopie vom guten Wilden wieder hervorzuholen.“⁹ Fortschritt ohne industrielle Entwicklung erscheint als absurder Selbstwiderspruch.

Mit der Diagnose einer korrumpierten Fortschrittsgläubigkeit, die eigentlich ein (kapitalistisch-)industrieller Entwicklungswahn ist und kein menschen- und lebensgerechtes Maß kennt, schuf Illich die Grundprämisse für sein radikales Durchdenken zeitgenössischer gesellschaftlicher Determinanten und Institutionen. Der freie, autonome Mensch, wie ihn der Gedanke der Liberalität vorsieht, ist eine – vielleicht nicht ewige, aber doch gegenwärtige – Fiktion: „Das Werkzeug hat sich vom Menschen gelöst und hat den Menschen in die Hand bekommen. Wir haben versucht, die Maschine für den Menschen arbeiten zu lassen, und den Menschen zum *Dienst an der Maschine* zu erziehen. Der Versuch ist gescheitert. Die Hypothese der weltweiten Experimente war, den Sklaven

durch den Motor zu ersetzen. Nun ist es offenbar, daß das zu diesem Zweck eingesetzte Werkzeug den Menschen zu seinem Sklaven macht. Die Diktatur des Proletariats und die Freizeit-Zivilisation sind zwei politische Varianten der Beherrschung durch einen in dauernder Expansion begriffenen industriellen Apparat.“¹⁰ Als Gegenmodell entwarf Illich eine Politik der „Konvivialität“, eine Entlehnung aus dem mexikanischen Spanisch, „wo *convivencialidad* die Fülle des Miteinanderlebens bedeutet“.¹¹ Sie eignet sich als Begriff, mit dem Entwicklungen be- und hinterfragt werden können, und bezeichnet „die individuelle Freiheit, die sich in einem Produktionsverhältnis realisiert, das in eine mit wirksamen Werkzeugen ausgestattete Gesellschaft eingebettet ist“.¹²

Entwicklungskritik als Institutionenkritik

Illich wählte in seiner Kritik stets mehrere Blickwinkel. Seine Texte sind weniger als große argumentativ widerlegende Systematiken konzipiert, sondern vielmehr essayistisch, im Stil assertiv, jedoch voller feinsinniger und folgenreicher Beobachtungen von phänomenologischer Qualität. So stellt er in „Entschulung der Gesellschaft“ fest, dass „[d]en größten Teil dessen, was wir wissen, [...] wir alle außerhalb der Schule gelernt [haben]. Schüler lernen das meiste ohne ihre Lehrer und häufig trotz diesen.“¹³ Umso bedeutsamer ist es, dass Schule, indem sie klar zu erfüllende, normierte Zielvorstellungen festsetzt, für viele ein Ort des Scheiterns, oft gar eines lebensbegleitenden Traumas der Erniedrigung und Quelle starker Minderwertigkeitsgefühle ist. Im Kontext einer westlichen Entwicklungsnorm erscheinen die negativen Kollateralschäden der Schule, die sich als totalitäre Anforderung auch auf die Gesellschaftsschichten ausdehnen, die gar nicht zur Schule gehen können, tiefgreifend und allumfassend: „Die Hälfte der Weltbevölkerung hat niemals eine Schule betreten. [...] Trotzdem lernen auch sie ziemlich gründlich, was die Institution Schule lehrt: daß sie mehr und noch mehr Schule brauchen. Die Schule unterweist sie in ihrer Unterlegenheit, ob durch das Finanzamt, das sie dafür Steuern zahlen läßt, oder durch den Demagogen, der ihre Erwartungen in die Höhe schraubt, oder durch die eigenen Kinder, wenn diese erst einmal von der Schule eingefangen worden sind.“¹⁴ Schule ist, so Illichs These, nicht einfach Konsequenz der Erkenntnis, dass ein bestimm-

te Art von kollektivem Wissen nützlich für ein „besseres“ Leben sei; viel eher ist sie (zugleich) Produzent ihrer eigenen Legitimation, indem sie auf Krisen ausschließlich mit Eskalation zu reagieren vermag. Illich entdeckt damit eine Grundstruktur der angewandten Moderne, die bei der Einpassung „unterentwickelter“ Gesellschaften in die industriestaatliche Entwicklungslogik zwangsläufig tiefe gesellschaftliche und individuelle Konflikte erzeugt und die dortige subsistenzgeprägte Lebensform sukzessive und auf „wohltätige“ Weise zerstört.

„Entschulung“, eine Streitschrift, die freilich auch missverstanden werden kann und die Illich später mit den anderen frühen Texten als „tot“ verwerfen wird,¹⁵ soll – so das erklärte Vorhaben – gezielt zur „Entmythologisierung“ von Schule und Universität bzw. zur „Entzauberung eines gesellschaftlichen Rituals“ beitragen. Zentrale Mythen wie die Messbarkeit von „persönlichem Wachstum“ oder die Annahme, dass „der Wert des Lernens mit der Dosis an Input steige“, sind zugleich logische Voraussetzungen und reflexive Rechtfertigungen des Schulsystems.¹⁶ Für den am Ideal einer „anderen“ Welt orientierten Menschen ist die von Illich geforderte kritische Entlarvung der Mythologeme der modernen Welt ebenso unerlässlich wie die moralische Erkenntnis von Ungerechtigkeit, um überhaupt „konkrete Utopien“ im Sinne Ernst Blochs zu entwickeln. Erst im Zusammenspiel beider Praxen verwandelt sich die Idee der Verbesserung und des Besseren in eine Auffassung des Guten.

So wie bei „Entschulung“ der historische Zeitpunkt und Standort der Veröffentlichung mitbedacht werden muss, ist auch bei „Nemesis“, Illichs Buch über das Gesundheitssystem, eine geschichtliche Einordnung geboten. Er versucht sich darin an einer jüngst pandemiebedingt wieder aufgeflammt und von Illich in den 1970er Jahren signifikant befeuerten Debatte über die Fragen sinnvoller Grenzen der Medikalisierung einschließlich der von ihm attestierten klinischen, sozialen und strukturellen „Iatrogenesis“. Zusammengesetzt aus *iatrós* (griech. Arzt) und *genesis* (Ursprung) wird hierunter eine schädliche Wirkung ärztlichen Handelns bzw. im Falle Illichs die allgemeine negative Auswirkung des industriellen Gesundheitssystems gefasst. Illichs Zugang war keineswegs neu: Schon Anfang der 1960er verband Michel Foucault – als nachhaltigster Beitrag zur Theoriebildung – das klinische Milieu in „Nais-

sance de la clinique“ („Die Geburt der Klinik“, 1963) mit machtanalytischen Perspektiven; auch die Antipsychotherapie-Bewegung hatte regen Zulauf. Illich, der sich u.a. auf Foucaults „meisterhafte“ Studie stützt,¹⁷ begreift den medizinischen Komplex analog zur Schule als ein sich selbst erhaltendes und eskalierendes System, das parallel zur „Verschulung“ eine medizinische Kolonisierung des Lebens betreibt.

Der „späte“ Illich

Nach den Erfahrungen von Cuernavaca und der Phase politischer Institutionenkritik, arbeitete Illich in den 1980er Jahren verstärkt an kulturhistorisch orientierten Abhandlungen, wie z.B. „Shadow Work“ (1980, „Schattenarbeit“), „Gender“ (1982, „Genus“) oder „In the Vineyard of the Text“ (1993, in Übers. bereits 1991, „Im Weingarten des Textes“). Insbesondere „Schattenarbeit“ und „Genus“ sind Texte, die heute zu Unrecht vergessen sind und Signifikantes zur Debatte über Reproduktionsarbeit und Sexismus beitragen könnten. Es war nicht zuletzt die heute für die Körper- und Geschlechtergeschichte kanonisch gewordene Feministin Barbara Duden,¹⁸ die an der Übersetzung von Illich ins Deutsche mitwirkte und mit ihm eng befreundet war.

Bei „Genus“, aber auch schon bei „Schattenarbeit“, entdeckte Illich die enorme theoretische Produktivität der historischen Perspektive für sich und stellt die Frage nach der Bedeutung des Bruchs zwischen vorindustrieller und industrieller Arbeit für die affirmative und essentialistische Exklusion bestimmter Gesellschaftsgruppen als Form „ökonomischer Apartheid“. In den Gesellschaften des Mittelalters hätten, so Illich, Genus (im engl. Original *gender*) – und mit ihm auch Arbeit im weitesten Sinne – einen vernakulären, d.h. einen gewachsenen Charakter gehabt. Das Spezifikum des Vernakulären ist dabei die Dominanz der Praxis, Vermittlung und Spezialistentum seien ihm fremd. Vielmehr ähnelt es im Erwerb der formenden Wirkung der Muttersprachen und deren Identität von Sprechen und Denken.¹⁹

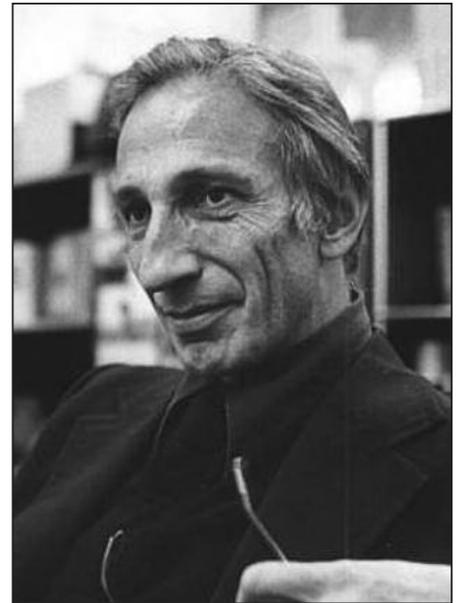
Vernakuläres Genus, das mit der Industrialisierung durch den Sexus abgelöst wurde, ist für Illich kein Ersatz für Begriffe wie Weiblichkeit und Männlichkeit. Ebenso wenig verbindet er damit ein „reaktionäres“ Plädoyer für mehr Ursprünglichkeit in den Geschlechterverhältnissen, gleichwohl seine Abhandlung von einer zivilisationskritischen Rhetorik des Verlusts dominiert wird, was frei-

lich voraussetzt, dass auch etwas zu verlieren war. Der marxistische Mittelalter-Historiker Ludolf Kuchenbuch erläutert das Genus bei Illich als Begriff, der „auf so hohem Abstraktionsniveau gebildet [ist], daß er für jede Kultur ‚Realitätsgeltung‘ beansprucht – bis auf eine Ausnahme: die Sexus-bestimmten Industriegesellschaften, egal welcher Form. Insofern ist Genus ein Kontrast-Begriff, der unter bestimmten Gesichtspunkten multiversale und partikuläre Geschichtsformen und -wege humaner Kulturen einer Universalgeschichte der Menschheit gegenüberstellt.“²⁰

Nach Illich geht der Übergang von einer Genus-dominierten zu einer Sexus-dominierten Gesellschaft mit „Unisex-Postulaten“ einher, welche aus der Abstraktion des arbeitenden Menschen als *Arbeitskraft* entspringen, die wiederum auf einem ökonomischen Regime der Knappheit aufbauen. Erst die Ideologie der generellen *Knappheit der Güter*, die alle modernen Institutionen – Schule ebenso wie Familie – kennzeichnet, setzt die vernakulären, in verschiedenen Kulturen unterschiedlich ausgestalteten Genus-Sphären in Konkurrenz zueinander, etwa auf dem Arbeitsmarkt. Paradoxiertweise nährt gerade diese Vernichtung des Geschlechtlichen in seinem sozialkonstitutiven Sinn die Entstehung sexistischer Ideologie: Wenn Genus im Mittelalter noch rein sozial bestimmt war und eine Dualität beschrieb, „die [...] zu selbstverständlich war, um bewußt und benannt zu werden“, etablierte sich unter dem Knappheitsregime des Industriekapitalismus ein Mythos des soziobiologischen Sexus, also eine „Polarisierung allgemein menschlicher Merkmale, die [...] allen menschlichen Lebewesen zugeschrieben werden.“²¹

Denken nach Illich

Mit „Genus“, das noch in einem großen Verlag erschien, begann das schleichende Ende der öffentlichen Wahrnehmung Illichs.²² Über die Gründe dafür kann man spekulieren. Es mag sein, dass das Unbehagen, das Illich am Fortschrittsmythos der 1960er und 1970er Jahre geäußert hatte, schlicht nicht mehr in das Klima der Zeit passte. Bis zu einem gewissen Grad lag es auch daran, dass er in seiner scharfen Frontstellung zu den großen Institutionen schlicht keine nachhaltige Position im akademischen Diskurs erringen konnte, da dieser – wie alle Diskursräume – sich effektiv vor der Irritation seiner Grundprämissen schützt.



Ivan Illich (1926–2002)

Für Illich selbst war die abnehmende Aufmerksamkeit keineswegs negativ und er nutzte die Zeit, um intellektuelle Freundschaften, die er stets als zentral für seine Arbeit ansah, zu pflegen und zu vertiefen. Als Person muss Illich, so ist zumindest aus den unterschiedlichsten Berichten solcher Freundschaften zu schließen, von einer außergewöhnlich intensiven Aura umgeben gewesen sein, die sich bei den Weggefährten in unverbrüchlicher Treue zu seinem Werk niederschlug. Vor allem die 2013 gegründete Stiftung *Convivial* ist Produkt dieser Freundschaften. 2021 veröffentlichte David Cayley, der mit Illich in den 1980er und 1990er Jahren zahlreiche (Radio-)Gespräche geführt hatte, eine umfassende Biografie,²³ in welcher vor allem der Frage nach der christlichen Dimension seines Denkens Raum gegeben wird, die in den frühen politischen Schriften nur als Hoffnung-trotz-allem und Grundglaube an den Menschen hervorblitzt. Das Christliche spielte für Illich sicherlich eine tragende Rolle, es prägte vor allem aber auch seine Auffassung der progressivistischen abendländischen Zivilisation: „Ich glaube also nicht wie manch andere, dass wir es mit einer nach-christlichen Welt zu tun haben. [...] Ich glaube [...], dass es sich um eine apokalyptische Welt handelt.“²⁴ Der Gedanke der Apokalypse, d.h. der *Enthüllung* – man könnte auch sagen: der historischen Wasserscheide oder der Krisis als Ruf zur Entscheidung –, ermöglicht ein historisches Nachsinnen über Gegenwart, mit dem Illich nicht allein stand. Einiges verbindet ihn mit eindringlichen Denkern wie Günther Anders oder Hans Jonas – ebenfalls vom Faschismus Ver-

triebene. Er gehört zu jenen außerhalb des Kanons stehenden Denkern des 20. Jahrhunderts, die mit scharfen Appellen davor warnten, nicht zu vorschnell auf die Richtigkeit des blind eingeschlagenen Pfades zu bauen, noch einmal zurückzublicken und zu überlegen, ob ein Verlassen des Weges nicht doch die bessere Entscheidung wäre. Es lohnt, sich auf diese Überlegung einzulassen.

Anmerkungen:

- 1/ Erich Fromm: Einleitung, in: Ivan Illich: Klarstellungen. Pamphlete und Polemiken. München 1996, S. 10
- 2/ Barbara Duden: Einführung in das Werk von Ivan Illich, <https://www.convivial.de/tagung-doku/13> [30.11.2022].
- 3/ David Cayley (Hg.): Ivan Illich in Conversation. Toronto 1992, S. 93 (Übers. A.H.).
- 4/ Ebd., S. 94f. (Übers. A.H.).
- 5/ Vgl. als „Rundumschlag“ etwa: Ivan Illich: Fortschrittsmythen. Schöpferische Arbeitslosigkeit oder Die Grenzen der Vermarktung. Energie und Gerechtigkeit. Wider die Verschulung. Reinbek bei Hamburg 1978.
- 6/ Ivan Illich: Selbstbegrenzung. Eine politische Kritik der Technik. Reinbek bei Hamburg 1975, S. 12.
- 7/ Illich: Selbstbegrenzung, S. 13. Von L. Mumford stammt u.a. ders.: The Myth of the Machine. Technics and Human Development. New York 1966.
- 8/ Mark Fisher: Capitalist Realism. Is there no Alternative? [Winchester 2009].
- 9/ Illich: Selbstbegrenzung, S. 13.
- 10/ Ebd., S. 30.
- 11/ Ebd., S. 14.
- 12/ Ebd., S. 32f.
- 13/ Ivan Illich: Entschulung der Gesellschaft. Eine Streitschrift. München ⁵2003, S. 52.
- 14/ Ebd., S. 53.
- 15/ Vgl. Cayley (Hg.): Illich in Conversation, S. 93.
- 16/ Illich: Entschulung, S. 59–79.
- 17/ Vgl. insbes. Ivan Illich: Die Enteignung der Gesundheit. ‚Medical Nemesis‘. Reinbek bei Hamburg 1975, S. 115–129.
- 18/ Vgl. Karen Nolte: Barbara Duden: Geschichte unter der Haut, in: Martina Löw/Bettina Mathes (Hg.): Schlüsselwerke der Geschlechterforschung. Wiesbaden 2005, S. 226–239.
- 19/ Ivan Illich: Shadow Work. London 1981, S. 66.
- 20/ Ludolf Kuchenbuch: Bäuerliches Genus im Frühmittelalter?, in: Stefan H. Pfürtners (Hg.): Wider den Turmbau zu Babel. Disput mit Ivan Illich. Reinbek bei Hamburg 1985, S. 133.
- 21/ Ivan Illich: Genus. Zu einer historischen Kritik der Gleichheit. München ²1995, S. 11f.
- 22/ Vgl. David Cayley: Einführung, in: Ivan Illich: In den Flüssen nördlich der Zukunft. Letzte Gespräche über Religion und Gesellschaft mit David Cayley. München 2006, S. 46.
- 23/ David Cayley: Ivan Illich. An Intellectual Journey. University Park, PA 2021.
- 24/ Illich: Zukunft, S. 195.

Wo wird erzählt?

Über das Verhältnis von Arbeit und Pause bei Franz Innerhofer und Gernot Wolfgruber

In diesem Beitrag ist mehrfach von der „Österreichischen Literatur der Arbeitswelt“ die Rede. Ein Begriff, der zumeist ganz selbstverständlich verwendet wird – glücklicherweise wie fatalerweise. Glücklicherweise deswegen, weil sich daraus vermeintlich ein aus der deutschen Literaturgeschichte bekanntes Bild als Vergleichsschablone heranziehen lässt, der Begriff verständlich wird und wir alle glauben, wir sprächen vom selben. Fatalerweise, weil dieser Begriff in der Forschung nicht unumstritten ist.

Aber gehen wir zur Kontextualisierung einen Schritt zurück: Zu Beginn der 1970er Jahre setzte in Österreich eine Dekade sozialdemokratischer Hegemonie ein. Mit der „Kreisky-Ära“ begann auch eine Zeit des kulturellen und gesellschaftlichen Linksrucks. Zu den auch für die Masse der arbeitenden Menschen spürbaren Verbesserungen zählten nicht nur Infrastrukturprojekte etwa in Tirol, sondern auch die Öffnung der Hochschulen: Kinder aus proletarischen und bäuerlichen Familien nutzten die Möglichkeit, kostenlos zu studieren, und stürmten, jedenfalls im Vergleich zu vorherigen Jahrzehnten, die Universitäten. Zu diesen Unterschichtunistürmern zählen auch die beiden hier behandelten Autoren Gernot Wolfgruber und Franz Innerhofer. Ab Mitte der 1970er Jahre erschienen eine ganze Reihe von Romanen aus eben jenen Schichten, nicht selten beim Salzburger *Residenz-Verlag*. Etwas völlig Neues; Literatur von denen da unten über die da unten.

„Schöne Tage“ und „Herrenjahre“

Mit Blick auf Deutschland war die noch recht junge österreichische Nationalliteraturgeschichtsschreibung im Verbund mit Feuilletonisten schnell der Ansicht, es handle sich dabei um die österreichische Variante der Literatur der Arbeitswelt. Die von da unten würden ja immerhin über die Arbeit da unten schreiben. Liest man die Romane Wolfgrubers oder die drei autobiographischen Werke von Innerhofer, dann bemerkt man jedoch, dass das so nicht ganz stimmt: So wichtig Arbeit auch sein mag, so werden doch primär Milieu und Milieuwechsel geschildert.

Franz Innerhofers Protagonist Holl aus seinem Roman „Schöne Tage“ etwa entwickelt sich vom Leibeigenen am Bauernhof zum Proletarier, zum Schlosser, schafft es schließlich an das Abendgymnasium sowie letztlich an die Universität. Liest man nachfolgende Romane ebenfalls autobiographisch, könnte man sogar sagen, dass der verwandelte Holl schließlich sogar zum Schriftsteller wird und damit nicht gerade glücklich ist. Mit dem Milieuwechsel nämlich geht auch die Aufforderung eines Habituswechsels einher. Ein Student benimmt sich nicht wie ein Bauernkind. Innerhofers Figuren zerbrechen letztlich, wie auch Figuren von Wolfgruber, an diesen Anforderungen. Sie wollen zurück, können aber nicht.

Genau dieser Umstand, dass hier nicht primär Arbeit, Arbeitswelt und Arbeitsprozesse beschrieben werden – sieht man etwa von Innerhofers „Innenansichten eines beginnenden Arbeitstages“ ab – machte den Begriff der „Österreichischen Literatur der Arbeitswelt“ für viele unbrauchbar. Hinzu kommt, dass Innerhofer zwar in „Schöne Tage“ viel, ja sogar hauptsächlich über Arbeit respektive Arbeitsvorgänge und die Arbeitswelt als Unterdrückungswelt schreibt, Wolfgruber allerdings bereits in „Herrenjahre“ das Gros seiner Handlung in der Pause entwickelt und er die Arbeit bestenfalls nebenbei in wenigen Stichworten erwähnt.

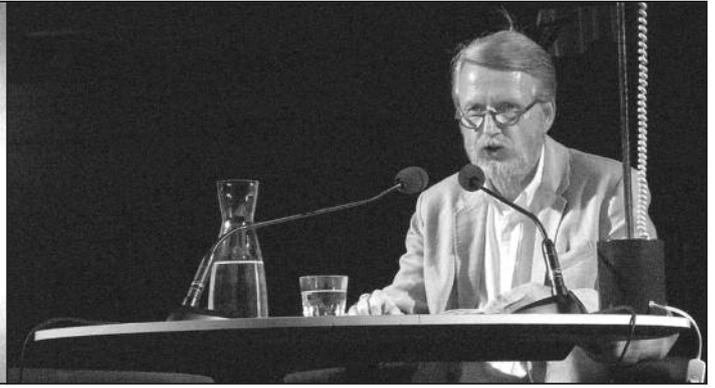
Verwirrung der Begriffe

Andere Begriffe wurden gesucht. Mit Blick auf den italienischen *Neorealismo* und den Sozialistischen Realismus, der damals auch in Österreich rezipiert wurde, entstand der Begriff des *Neuen Realismus*. So ein Begriff hätte neben Franz Innerhofer, Gernot Wolfgruber, Michael Scharang und Helmut Zenker auch die frühe Elfriede Jelinek und Barbara Frischmuth eingeschlossen.

Einige meinten einfach nur Antiheimatromane zu erkennen, nannte das also die österreichische Antiheimatliteratur und stellten so auch Thomas Bernhard in eine Reihe mit den zuvor genannten. Mit Bezug auf den schweren Milieuwechsel wurde auch schon der Begriff der „Literatur des gebrochenen Habitus“ geprägt und Franz Innerhofer meinte, das wäre alles „Realismus der Werkstätigen“.



Franz Innerhofer (1944–2002)



Gernot Wolfgruber (geb. 1944)

Es herrscht sozusagen eine Verwirrung der Begriffe, und als gelernter Österreicher ist man faul und greift auf eine bewährte Methode zurück: In den Schulbüchern bleibt es bei der Literatur der Arbeitswelt; ansonsten sagen alle dazu, wie sie wollen, und alle sind damit (un)glücklich. Davon zeugt auch ein Aufsatz des Germanisten Roland Innerhofer aus dem Jahr 2015 über die Rolle der Arbeit in der österreichischen Literatur, in welchem er gleich mehrere dieser Bezeichnungen ohne eine dezidiert formulierte Unterscheidung simultan verwendet.

Die Frage nach einer Benennung dieser vermeintlich als zusammengehörig empfundenen Literatur hängt auch stark davon ab, wo und worüber erzählt wird, weshalb ich der Frage nachgehen möchte, welchen Raum Arbeit und Pause einnehmen, wo Handlung stattfindet und wie Strukturen der Arbeit sich in der Pause finden, wie bzw. ob beide in einem dialektischen Verhältnis zueinander stehen.

Pause ist, wenn man nicht arbeitet

Innerhofers Holl ist Knecht am Hofe seines Vaters und dort nahezu ununterbrochen arbeitender Quasi-Leibeigener. Pausen sind strukturiert, man sitzt mit dem Bauern in der guten Stube, lauscht seinen Geschichten und so fort. Andrea Kunne nahm dies 1991 in ihrer Dissertation „Heimat im Roman. Last oder Lust?“ zum Anlass zu behaupten, der Roman wäre karg an Handlung, denn es wird ja nur gearbeitet. Andere, welche Kunne zustimmten, fügten hinzu, Holl würde ja nicht einmal die schöne Landschaft genießen und es fehle an einer erkennbaren Chronologie – der Roman sei eine strukturlose Ansammlung von Arbeitsbeschreibungen. Dem ist anzumerken, dass dort zu arbeiten, wo andere Urlaub machen, in der Regel besser klingt, als es denn wirklich ist. Außerdem lebten die damaligen Bauern völlig nach der Chronologie der Natur, nach biochronolo-

gischem Muster: Tag, Nacht, Frühling, Sommer, Herbst und Winter. Eine moderne Chronologie und Zeitmessung gab es nicht wirklich.

Dazu mag auch die Anekdote passen, dass dieser geschilderte Hof, den es ja wirklich gab, sich beharrlich weigerte die Zeitumstellung mitzumachen. Die Uhren tickten am Bauernhof anders als jene der restlichen Welt. Die Pause ist bei Innerhofer nach der im Roman auch explizit artikulierten Definition alles, was nicht Arbeit ist und alles, was nicht Arbeit ist, muss heimlich gemacht werden. Dabei fällt auf, dass der topographisch definierte Raum der Arbeit allerdings auch in der Pause von den Leibeigenen niemals verlassen wird.

Auch Wolfgruber definiert Pause als das, was ist, wenn nicht gearbeitet wird, wenn sein Erzähler meint: „Der Beruf ist eine Oberfläche, darunter ist der Mensch“ und er hernach ergänzt, der Protagonist befürchte, sein Leben ziehe an ihm vorbei, während er arbeite. Wolfgrubers in „Herrenjahre“ auftauchender Protagonist Melzer ist Proletarier, kein Leibeigener, und hat daher gesetzlich gesicherte Pausenzeiten. Er nutzt sie für soziale Interaktion, kolloquial gesagt für Safttouren und Aufrisse, sowie dazu, sich selbst eine andere Identität umzuhängen, nicht mehr der Arbeiter, der Tischler zu sein. Ein kurzzeitiger vermeintlicher Milieuwechsel also in eine Welt, die durch amerikanische Filme geprägt ist. Die Handlung bei Wolfgruber, das Leben von Melzer, entwickelt sich in der Pause, in topologischen und topographischen Räumen der Nicht-Arbeit. Nicht in der Tischlerei, sondern in Lokalen, in Gasthöfen, im Kino, in seinem Auto und auf der weiten Straße. Die Arbeit selbst, die genauer Arbeitsschritte, sie werden nur dann geschildert, wenn sie Wesentliches zur außerhalb der Arbeit entwickelten Handlung beitragen. Auffallend allerdings ist, dass die in der Arbeitszeit erfahrenen Macht- und Ge-

waltstrukturen sich bei Melzer auch in die Zeit der Nicht-Arbeit reproduzieren. Hier ist es allerdings Melzer, der plötzlich zum Taktgeber seiner weiblichen Bekanntschaften wird. Der Unterdrückte wird zum Unterdrücker.

Es bleibt abschließend festzuhalten, dass sowohl bei Innerhofer als auch bei Wolfgruber die Pause in den Romanen als das, was ist, wenn man nicht arbeitet, definiert wird und sich Strukturen aus der Arbeit auch in der Pause fortsetzen. Bei Innerhofer durch die völlige Kontrolle der Pause durch die Arbeit bzw. den Arbeitgeber, also Herren und Bauern, bei Wolfgruber dadurch, dass Melzer die in der Arbeit erfahrene Erniedrigung durch andere, ihm vorgesetzte Personen, in seiner Pause reproduziert. Für die gemeinhin als solche titulierte „Österreichische Literatur der Arbeitswelt“ bedeuten diese Beobachtungen allerdings, dass hier anders, als diese Bezeichnung glauben machen will, nicht primär die Arbeitswelt literarisiert wird, sondern die Welt der Arbeitenden, die Welt derer da unten. Die völlig unterschiedlichen Erzähltechniken von Innerhofer und Wolfgruber lassen überdies die Frage aufkommen, ob hier – rein narratologisch betrachtet – überhaupt von einer konsistenten literarischen Bewegung zu sprechen ist. Der Untersuchungsgegenstand wäre auszuweiten. Erst so lässt die Frage danach beantworten, welche Bezeichnung für diese Literatur zutreffender sein könnte, insofern hier überhaupt von *einer* Form von Literatur gesprochen werden kann.

CHRISTIAN KASERER

Franz Innerhofer: Schöne Tage. Roman. Roman. Salzburg: Residenz-Verlag 1974
Gernot Wolfgruber: Herrenjahre. Roman. Salzburg: Residenz-Verlag 1976

Vortrag beim Symposium „Pause“ der Sommerakademie des Fritz-Hüser-Instituts in Dortmund im Juni 2022.

100 Jahre „Marsch auf Bozen“ und „Marsch auf Rom“

Eine Tagung in Bozen über die Machtergreifung des italienischen Faschismus

KARL WIMMLER

Am 30. September und 1. Oktober dieses Jahres fand in Bozen eine Tagung mit dem Titel „Hundert Jahre nach der Machtergreifung: Faschismus zwischen Geschichte und Erinnerung“ statt, organisiert von der 1997 gegründeten Freien Universität Bozen gemeinsam mit der Stadt Bozen. Am 27. Oktober 1922 begann der von Benito Mussolini initiierte „Marsch auf Rom“, der am 31. Oktober mit der Übergabe der Regierungsgewalt an ihn und seine faschistische „Bewegung“ durch König Vittorio Emanuele III. endete. (Mussolini selbst war mit dem Zug von Mailand nach Rom angereist.) Vier Wochen zuvor, am 1./2. Oktober, hatten die Faschisten den insbesondere gegen die deutschsprachige Volksgruppe gerichteten „Marsch auf Bozen“ organisiert.

Die Faschisten hätten, so der Südtiroler Landeshauptmann Arno Kompatscher in seiner Begrüßung zu Beginn der Tagung, in Südtirol wenige Anhänger gehabt. „Viele blickten stattdessen nach Norden“ – womit er vermutlich Innsbruck meinte, während manche vielleicht auch an München dachten. Dass in Österreich ein Landeshauptmann wie Kompatscher die Teilnehmer eines Symposiums mit dem Hannah Arendt-Satz begrüßt „Kein Mensch hat das Recht zu gehorchen“, ist eher unwahrscheinlich. Allerdings erfordert dies in Bozen weniger Mut, wird doch mit diesem Satz ein monumentales faschistisches Relief („Mussolini-Fries“) überdeckt, das justament am triumphalistischen Gebäude des früher nach dem Bruder Mussolinis benannten Gerichtsplatzes angebracht ist. Die Südtiroler Realität hat auch einen Teil des politischen Personals von dem früher weiter verbreiteten Völkischen weggeführt und einen weltoffeneren Blick auf die Realität befördert, sodass Kompatscher bei der Erwähnung der gegen die deutschsprachigen Südtiroler gerichteten Politik der Faschisten nicht vergaß, auch deren gewaltsame Politik gegenüber der slowenischen Bevölkerung schon vor der faschistischen Machtübernahme, zum Beispiel durch das Niederbrennen des „Narodni dom“ in Triest 1920, zu erwähnen.

Forscherinnen und Forscher aus Bozen, Bristol, Bruneck, Cagliari, Ferrara,

Florenz, Frankfurt am Main, Ljubljana, Mailand, Padua, Rom und Triest versuchten, sich den Voraussetzungen, Eigenheiten, Problemen und Wirkungsweisen des italienischen Faschismus und seinen Konsequenzen für die Zeit danach zu nähern. Beispielsweise wurde der Terror der Schwarzhemden (Squadrismus) vor und nach der Machtergreifung thematisiert und dabei auch der „Marsch auf Bozen“, der dem „Marsch auf Rom“ Ende Oktober vorausging, einer plausiblen Einordnung unterzogen. In Bozen habe es im Unterschied zu anderen insbesondere italienischen Orten in diesen Herbstwochen des Jahres 1922 keinerlei Gewaltopfer gegeben, da Mussolini seine für kurz danach geplante Machtübernahme nicht durch antideutsche Exzesse gefährden wollte.

Neben einem Referat über die Vorbildwirkung Mussolinis für Hitler untersuchte ein anderer Vortrag den „unterschiedlichen faschistischen Blick“ auf „die Anderen“: Die Beurteilung und Behandlung der Südtiroler im Unterschied zu jener der Slowenen und Kroaten oder gar der Libyer und Äthiopier wurde aus verschiedenen Perspektiven anschaulich gemacht. So bezeichnete beispielsweise der am 4. Oktober 1922 nach der Absetzung des Tiroler Bürgermeisters Julius Perathoner eingesetzte faschistische Stadtverwalter von Bozen Augusto Guerriero in einer Kundmachung Tiroler und Italiener als „Angehörige der zwei edlen Volksstämme, welche in dieser Stadt zusammenleben“. Im Unterschied dazu hatten die okkupierten Slowenen und Kroaten mit Lagerhaft oder Vertreibung zu rechnen, und die Bevölkerung der Kolonialgebiete war völlig rechtlos. Allerdings wurde dem zweiten „edlen Volksstamm“ bald danach die deutsche Muttersprache verboten und die Unterdrückung verstärkt.

Veränderter Blick auf die Vergangenheit

Thematisiert wurde auch, dass in ganz Italien faschistische Erinnerungszeichen ohne jede Kontextualisierung oder Kritik fortleben. Umso bemerkenswerter erscheinen mir manche Zeichen in Bozen. Das in der faschistischen Zeit errichtete „Siegesdenkmal“, monumental an den

Sieg im Ersten Weltkrieg erinnernd und die Herrschaft über Südtirol glorifizierend, ist inzwischen nicht nur für faschistische oder nationalistische Kundgebungen ziemlich unbrauchbar gemacht – eingezäunt und durch einen großzügigen Kreisverkehr und einen von Bäumen durchdrungenen Park verbarrikiert. Vor allem aber birgt sein Inneres bzw. Unteres seit 2014 eine beachtliche Ausstellung über den Faschismus und den Kampf gegen ihn. Die faschistischen „Heldensprüche“ in der ursprünglich als kultischer Weiheraum gestalteten „Krypta“ werden durch ein Lichtband in mehreren Sprachen überdeckt, mit Sätzen wie: „Unglücklich das Land, das Helden nötig hat“ (Bertolt Brecht) oder: „Die Pflicht eines Patrioten ist, sein Land vor seiner eigenen Regierung zu beschützen“ (Thomas Paine).

Bemerkenswert waren die Hinweise des Historikers der Universität Padua Filippo Focardi, der auf eine fundamentale Änderung des Blicks auf die Vergangenheit nach dem Ende der Sowjetunion hinwies, weit über Italien hinaus: Das Gegensatzpaar Faschismus – Antifaschismus sei in zweierlei Erzählungen aufgespalten worden. Einerseits die Shohah-Erinnerung, andererseits die Totalitarismus-Fixierung. Dadurch gerate unter anderem der italienische Faschismus ins mediale und erinnerungspolitische Abseits, weil sich alle Blicke auf den gleichgesetzten „Totalitarismus“ des Nationalsozialismus und des Kommunismus bzw. der Sowjetunion richteten. Den vorläufigen Höhepunkt dieser Revision stelle die Resolution des EU-Parlaments vom Jahr 2019 dar, die neben Hitlerdeutschland justament die Sowjetunion für die Entfesselung des Zweiten Weltkriegs verantwortlich macht.

Leerstellen

Unterbelichtet blieben beim Bozener Symposium zwei Themenbereiche: Bekanntlich war das faschistische Italien nicht nur ein wesentlicher Förderer und Bündnispartner des Austrofaschismus; ja, der schon 1949 veröffentlichte und vor zwei Jahrzehnten erneut publizierte Briefwechsel zwischen Benito Mussolini und Kanzler Engelbert Dollfuß aus den Jahren 1933/34 beweist unmissverständlich

lich, wie sehr Mussolini auf die „Ausrottung des Marxismus“ und die Errichtung einer faschistischen Diktatur in Österreich gedrängt und das austrofaschistische Regime unterstützt hat.

Diese Leerstelle hätte vermieden werden können, wenn einerseits die österreichische Geschichtswissenschaft diese Tagung beachtet bzw. andererseits sich die Veranstalter um diese Thematik gekümmert hätten. Ob sie sich die Organisatoren um die Einbeziehung österreichischer Historikerinnen und Historiker bemüht haben, entzieht sich meiner Kenntnis. An den italienischen Veranstaltern allein kann deren Fehlen nicht gelegen haben; auch im Publikum konnte ich keine an österreichischen Universitäten Forschenden oder Lehrenden ausmachen. Dabei wusste sogar der ORF Tirol Bescheid und sendete ein Interview mit dem Brunecker Lehrer und Historiker Stefan Lechner, der bei der Tagung über den „Marsch auf Bozen“ referiert und die von manchen Südtirolern gerne gehörte These von der „Generalprobe für den ‚Marsch auf Rom‘“ zurückwies: „Das ist nicht haltbar und schlichtweg übertrieben.“ Allerdings beschränkte sich der ORF-Bericht in „Südtirol heute“ auf den Bozener Marsch statt auch über die wissenschaftliche Tagung zu berichten. Ganz abgesehen davon, dass für den überregionalen ORF niemand eine Reportage über das Jubiläum der Mühe wert fand. Eine Borniertheit.

Die Fokussierung der Vortragsthemen auf bestimmte Teilaspekte des italienischen Faschismus brachte den Nachteil mit sich, dass die Verständigung darüber, was das Wesen des nicht nur italienischen, sondern des europäischen Faschismus der 1920er bis 1940er Jahre ausmachte, unterlassen wurde bzw. oberflächlich blieb. Heute wird oft übersehen, dass nach dem Ersten Weltkrieg in fast allen europäischen Staaten politische Bewegungen entstanden, die durch die radikale Ablehnung der parlamentarischen Demokratie, der organisierten Arbeiterbewegung und der politischen Theorie des Marxismus, sowie durch nationalistische Ideologie und antikapitalistische Rhetorik gekennzeichnet waren; der Faschismus daher als europäische Erscheinung aus der jeweiligen Nationalgeschichte allein nicht erklärbar ist.

In dieser Hinsicht fiel die Tagung daher hinter die Erkenntnis Max Horkheimers zurück, der 1949 feststellte: „Die Erfahrung hat gelehrt, dass der Faschismus aufkam, als die alle Bereiche erfassende ökonomische Situation geplante



100 Jahre „Marsch auf Bozen“ am 1. Oktober 2022 in der Südtiroler Landeshauptstadt

Organisation erforderte und als die Herrschenden das Bedürfnis nach einer solchen Planung in ihre Kanäle ableiteten. Sie nahmen die gesamte Gesellschaft unter ihre Kontrolle, nicht, um die Bedürfnisse der Gesellschaft zu befriedigen, denen sie Lippenbekenntnisse entgegenbrachten, sondern um ihre eigenen partikularen Interessen zu befriedigen.“ Dass zudem der Faschismus an der Macht dazu tendiert, sich als Exekutivgewalt zu verselbstständigen und sich bei Bedarf auch gegen Teile der bürgerlichen Klasse zu richten, wird bei der theoretischen Durchdringung dieses Phänomens entweder kaum oder nur isoliert betrachtet.

Völkischer Ausklang

In der Südtiroler Sonntagszeitung „Z“ konnte man am 2. Oktober über Bozen lesen: „Gut 2000 Gleichgesinnte aus allen Teilen des historischen Tirols erinnerten gestern Abend in der Landeshauptstadt an den ‚Marsch auf Bozen‘ vor 100 Jahren. Dazu geladen hatten Schützenbund und Heimatbund, die mit diesem Gedenken ein Zeichen für die Heimat und gegen den Faschismus setzen wollten.“

Es war mehr als nur „Erinnerung“. Von „Gedenken“ schon gar keine Rede, denn in diesem Fall hätte auch etwas mit Denken dabei sein müssen. War es aber nicht. Mit Fackeln bewaffnet marschierte der in Tiroler Tracht aus dem 19. Jahrhundert kostümierte Zug am Abend des 1. Oktober durch die Innenstadt von Bozen. Die mitgetragenen Transparente waren gespickt mit Ressentiments und Phrasen: „Vereint gegen Faschismus – Für Tirol!“, „Mut zur Wahrheit – auch nach 100 Jahren nicht vergessen!“, „Braucht ihr Mussolini?“, „Südtiroler wacht endlich auf!“, „Vereint gegen Faschismus – Für Tirol!“, „Geht nicht

gibt's nicht!“, „Volksabstimmung!“, „Wir blicken in Richtung Zukunft!“, „Gerechtigkeit verfehlt!“ Auf einem Transparent wurde sogar bewiesen, wie sehr die Deutschenkenntnisse durch Assimilierung ruiniert worden sind: „Autonomiekonvent seit langem scheinotd“.

Bei der Dante-Alighieri-Schule hielt der Zug an. 100 Jahre zuvor hatten die Faschisten die damals nach der Kaiserin Elisabeth („Sisi“) benannte Schule besetzt und in „Scuola Regina Elena“ umbenannt, nach der damaligen „Königin von Italien und Albanien und Kaiserin von Äthiopien“. Die Umbenennung im Jahr 1955 nach dem vor fast tausend Jahren geborenen Dichter und Philosophen Dante Alighieri ist offenbar so gar nicht nach dem Geschmack der völkischen Südtiroler. Eine „Ehrenwache“ stellte sich vor der Schule mit einem mehr als ein Meter hohen Schild mit Doppeladler auf, mit der Aufschrift: „Knaben-, Volks- und Bürgerschule Kaiserin Elisabeth“.

Nach einer „Andacht“ folgte der Weitemarsch zum Rathausplatz, wo die Abschlusskundgebung stattfand. Eine Rede nach der anderen, zumeist desselben Inhalts, manchmal mit denselben Formulierungen – ohne eine einzige konkrete Forderung, wie auf den Transparenten erneut nur Ressentiments und Phrasen. Schließlich am Ende: „Faschismus raus! Tirol rein! Schützen heil!“ – Wer, wie die neue faschistoid-neoliberale Regierung Roms, solche Gegner hat, wird das zu nützen wissen. Da passte es gut, dass am Ende der Kundgebung auch noch die Südtiroler Fascho-Rocker von „Freiwild“ auf der Leinwand aufspielten. Vielleicht sollte die Universität Innsbruck eine Tagung über die nord- und südtiroler Völkischen veranstalten – dazu aber auch italienische Forscherinnen und Forscher einladen.

Hans Kalt (1922–2009)

Zum 100. Geburtstag des Journalisten, kommunistischen Funktionärs und marxistischen Ökonomen

Hans Kalt war nach 1945 ein führenden Funktionär, Journalist, Ökonom und Publizist der KPÖ. Geboren am 17. Dezember 1922 in Baden, wuchs Kalt in einer Familie auf, in der er früh mit den Grundgedanken des Sozialismus und des Marxismus vertraut wurde. Sein Vater Julius war in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) aktiv und baute in den 1930er Jahren für die Konsumgenossenschaft ein breites Filialnetz im Süden Niederösterreichs auf. 1934 wurde er vom austrofaschistischen Regime als Konsumdirektor abgesetzt und im Anhaltelager Wöllersdorf inhaftiert. Nach seiner Freilassung eröffnete Julius Kalt ein kleines Geschäft in Wiener Neustadt. Als Jude musste er vor den Nazis flüchten und überlebte die Nazidiktatur in der Emigration in England.

Der Sohn Hans, der in Österreich zurückblieb, konnte nicht mehr weiterstudieren, weil er – in der Diktion der faschistischen Herrscher – als „Halb-jude“ keine Bildungseinrichtung besuchen durfte. 1941 scharte er als 19-Jähriger in Wiener Neustadt einen illegalen kommunistischen Zirkel um sich und hielt trotz aller Gefahren Kontakt sowohl zu den illegalen Widerstandskreisen im südlichen Niederösterreich als auch zu zentralen Parteistellen in Wien.

Landtagsabgeordneter in Kärnten

Hans Kalt überlebte Krieg und Faschismus und spielte nach der Befreiung im Jahr 1945 als Sekretär ihrer Stadt- und Bezirksleitung eine wichtige Rolle beim Wiederaufbau der KPÖ in Wiener Neustadt. Bald wurde die Parteiführung auf den belesenen jungen Mann aufmerksam und entsandte ihn 1946 nach Kärnten, wo er die Leitung der dortigen KPÖ-Tageszeitung *Volks-wille* und ab 1958 die Funktion des LandesparteiSekretärs übernahm. Hans Kalt blieb 24 Jahre in Kärnten, wo er auch seine Frau Lydia kennenlernte. Sie gründeten eine Familie, 1956 wurde eine Tochter, 1962 ein Sohn geboren.

Von 1964 (nach dem Tod von Johann Kazianka) bis 1970 übernahm Hans Kalt das Mandat der KPÖ im Kärntner Landtag, das bis zu den Wahlen im Jahr 1971 verteidigt werden konnte. Seit dem

18. Parteitag im Jahr 1961 gehörte er dem Zentralkomitee der KPÖ an, das ihn im Jänner 1969 zunächst als ZK-Sekretär und in das Politische Büro wählte und 1970 zum Chefredakteur des Zentralorgans *Volksstimme* bestellte, was die Übersiedelung der Familie nach Wien zur Folge hatte. Man muss dazu nicht nur aus heutiger Sicht sagen: Es war nicht zuletzt auch die traditionelle Arbeitsteilung in der Familie, die in dieser Zeit auch für die meisten kommunistischen Funktionäre und ihre Frauen selbstverständlich war und mit der die Partei rechnete und rechnen konnte. Auch Hans Kalt konnte sich darauf verlassen, dass seine Frau Lydia den Haushalt führte und die Kinder erzog.

Chefredakteur der „Volksstimme“

Mit Franz Muhri, Erwin Scharf, Ernst Wimmer, Anton Hofer und anderen gehörte Hans Kalt jener Generation in der Führung der KPÖ an, die nach den fraktionellen Auseinandersetzungen der Jahre 1968/69, die auf den Einmarsch der Warschauer Paktstaaten in die Tschechoslowakei folgten, eine Konsolidierung der Partei und ihres Einflusses in der österreichischen ArbeiterInnenklasse herbeizuführen versuchte.

In der Redaktion der *Volksstimme* pflegte Hans Kalt einen kollegialen Führungsstil, der nicht nur unterschiedliche Meinungen gelten ließ, sondern auch ausgleichend zwischen den journalistischen Persönlichkeiten und deren oft kantiger Individualität wirkte. Unter seiner Leitung kamen auch junge RedakteurInnen zum Zug, die mit der Zeit auch unterschiedliche Auffassungen von der Funktion einer kommunistischen Tageszeitung entwickelten.

1982 übernahm Hans Kalt die Leitung der Finanzkommission der KPÖ, die die Wirtschaftstätigkeit der Partei kontrollierte, und schied deshalb als Chefredakteur der Parteizeitung aus. Bis 1990 gehörte er weiter dem Zentralkomitee und dem Politischen Büro der KPÖ an.

Der Ökonom

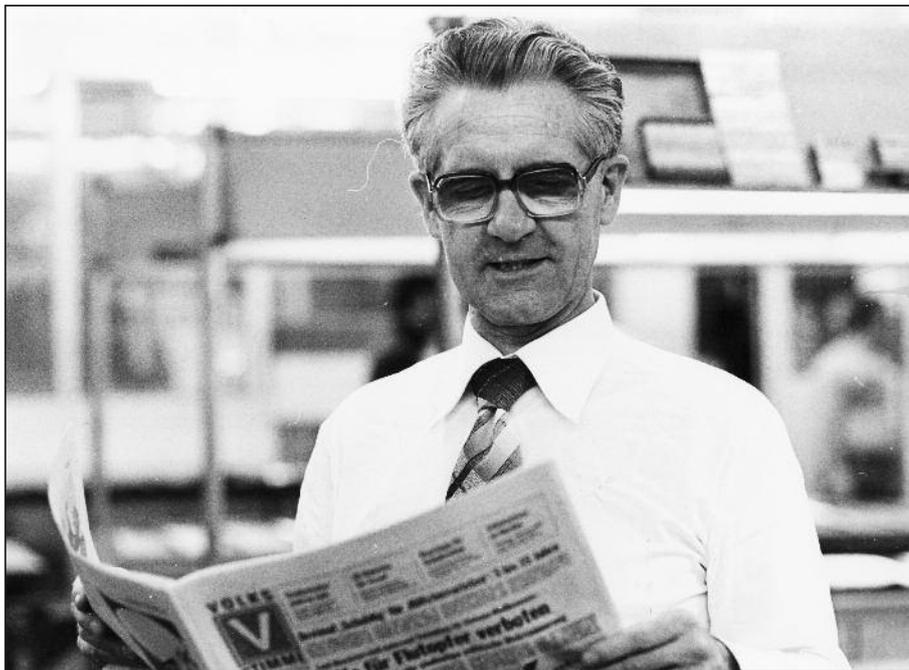
Seit den 1970er Jahren befasste sich Hans Kalt mit grundsätzlichen ökonomischen Studien. Im Jänner 1972 referierte

er auf einer theoretischen Konferenz der Partei zur Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Österreich. Früh erkannte er die Bedeutung neuer Entwicklungen im Kapitalismus seit den 1970er Jahren. Seine diesbezüglichen Studien veröffentlichte er 1985 unter dem Titel „Das Finanzkapital in Österreich“ und zehn Jahr später in einer 120-seitigen Broschüre mit dem Titel „Der große Raubzug. Die strategische Wende des österreichischen Finanzkapitals“. Beide Publikationen wurden von der KPÖ herausgegeben.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der sozialistischen Länder Europas widmete sich Hans Kalt auch der Aufarbeitung der ökonomischen und anderer Ursachen des Zusammenbruchs. Kritische Anmerkungen zur Lage des „realen Sozialismus“ hatte er, angeregt von der krisenhaften Entwicklung in Polen, bereits 1980 in einem Memorandum über ökonomische Fehlentwicklungen geäußert, das er intern sowjetischen Stellen übermittelte, bei diesen jedoch unbeachtet blieb. Für ihn und seine Generation von KommunistInnen blieben die Loyalität zur Sowjetunion und ihre unbedingte Verteidigung nach außen wichtiger als alle kritischen Einwände.

Hans Kalt resignierte nicht. 1993 bzw. 1994 erschienen seine Bücher „Neubeginnen mit Marx“ und „Stalins langer Schatten. Das Scheitern des sowjetischen Modells“ im Kölner *PapyRossa-Verlag*. Eine seiner Schlussfolgerungen bestand darin, gegen eine politische Kultur in Partei und Gesellschaft aufzutreten und sie zu überwinden, die den wissenschaftlichen Meinungsstreit politischer Zweckmäßigkeit unterordnet. Ebenso im *PapyRossa-Verlag* erschien 1993 sein Buch „Ist die Wirtschaft noch zu steuern? Anatomie der Krise“.

Fragen der Demokratie maß Hans Kalt für eine künftige sozialistische Entwicklung zentrale Bedeutung bei: „Demokratie und persönliche Freiheitsrechte“, schrieb er, „sind nicht nur eine allgemeine humanistische Errungenschaft, nicht einmal nur eine gleich wichtige Voraussetzung für die Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaft wie die Vergesellschaftung der wichtigen Produk-



Hans Kalt als Chefredakteur der „Volksstimme“

tionsmittel. Sie ist deren Lebenselement, ohne die eine sozialistische Entwicklung schließlich unmöglich wird.“

Ohne direkt in die damaligen programmatischen Debatten über eine Erneuerung der KPÖ einzugreifen, bildeten Hans Kalts Publikationen in den 1990er Jahren doch wichtige Beiträge zur Neuorientierung und für die Überwindung dogmatischer Denkmuster. In der Flugschriftenreihe der *Marxistischen Blätter*, der theoretischen Zeitschrift der DKP, erschien im Jahr 2000 eine kleine Studie von Hans Kalt über „Das Phänomen Jörg Haider“. Auch in den Jahren, als Kalt schon von Krankheit gezeichnet war, schrieb er weiter ausführliche Artikel über die Entwicklung der EU, über die Krise der katholischen Kirche, über den neuen Antisemitismus und über die sich anbahnende Weltfinanz- und Wirtschaftskrise.

Gegen den Raubzug der BRD

Schon schwer krank, stellte sich Hans Kalt dem Raubzug der deutschen Regierung auf das Vermögen der KPÖ entgegen. Er widersprach und widerlegte in stundenlangen Vernehmungen den von den deutschen Behörden aufgestellten bössartigen und auch über die Medien verbreiteten Verleumdungen und Unterstellungen über die Wirtschaftstätigkeit der KPÖ im Handel mit der DDR und anderen sozialistischen Ländern. Er wies nach, dass die Wirtschaftstätigkeit der KPÖ nicht, wie die deutschen Behörden unterstellten, im Auftrag der SED, sondern ausschließlich im Auftrag der Partei selbst erfolgte und dass sie allein der

Finanzierung der KPÖ und österreichischen Wirtschaftsinteressen diene.

Ein Beispiel: In den 1980er Jahren kreditierte die KPÖ die DDR mit großen Beträgen aus eigenem Vermögen, was den österreichischen Handel mit der DDR gegenüber der westdeutschen Konkurrenz nicht unbeträchtlich förderte. Dieser Kredit wurde von der KPÖ trotz des Widerstands der DDR zurückgefordert und von dieser auch zurückgezahlt. Es war dies eine souveräne Entscheidung der KPÖ – eine Entscheidung, an der Hans Kalt wesentlich beteiligt war und die die deutschen Richter mit besonderer Arroganz wegwischten.

Nicht zuletzt seine beeindruckende Sachkenntnis in den Vernehmungen und Zeugenaussagen vor dem deutschen Gericht und die Integrität seiner Persönlichkeit veranlasste schließlich das Oberverwaltungsgericht in Berlin in seinem ideologisch und von Rachsucht motivierten, allein der deutschen Staatsräson untergeordneten Urteil, auf die von Kalt dargelegten Fakten nicht einzugehen, auf jede sachliche und juristisch haltbare Begründung zu verzichten und die von Anfang an beabsichtigte Enteignung der KPÖ mit Fiktionen zu unterlegen.

Hans Kalt starb am 1. März 2009 in Wien. Kalts Leben war – in allen Phasen – seiner Partei sowie der österreichischen und internationalen ArbeiterInnenbewegung gewidmet, und er hielt an der Überzeugung fest, dass diese die Fähigkeit habe, die Gesellschaft trotz aller Rückschritte schließlich in eine sozialistische Richtung zu verändern.

MICHAEL GRABER

Johann Bacher/Waltraud Kannonier-Finster/Meinrad Ziegler (Hg.): *Akteneinsicht. Marie Jahoda in Haft*. Innsbruck, Wien: StudienVerlag 2021 (transblick, Bd. 16), 256 S., 26,90 Euro

Die Sozialpsychologin Marie Jahoda (1907–2001) saß in den Jahren 1936/37 insgesamt neun Monate in Haft. Die ihr vorgeworfene Straftat bestand darin, als Revolutionäre Sozialistin die Diktatur des Dollfuß-Schuschnigg-Regimes bekämpft zu haben. Bei den Verhören und vor Gericht hielt sich Jahoda strikt an eine Regel der konspirativen Untergrundarbeit: Gib nur zu, was nicht mehr bestritten werden kann, und belaste andere nicht. Ausgehend vom rund 450 Seiten umfassenden Gerichtsakt und von Selbstzeugnissen Jahodas beschäftigt sich das anzuzeigende Buch mit der politischen Arbeit Jahodas zwischen 1933 und 1938, im Kern mit ihrem Widerstand in der Haft.

Das Werk erschien im Rahmen des seit 2017 laufenden Projekts einer historisch kontextualisierten Neuausgabe von Schriften der österreichischen Sozialforscherin, die von Johann Bacher (Leiter der Abteilung für empirische Sozialforschung am Institut für Soziologie der Universität Linz), Meinrad Ziegler (Linzer Universitätsprofessor für Soziologie im Ruhestand) und Waltraud Kannonier-Finster (Soziologin und ehemalige Assistenzprofessorin an der Universität Innsbruck) betreut und herausgegeben wird. Das Projekt soll – so die Einleitung der HerausgeberInnen – die Arbeit Marie Jahodas über die allgemein bekannte, gemeinsam mit ihrem Ehemann Paul Lazarsfeld verfasste Studie „Die Arbeitslosen von Marienthal“ hinaus bekannt machen und ihre Person in Erinnerung rufen. Auf die Dissertation Jahodas aus 1932 („Lebensgeschichtliche Protokolle der arbeitenden Klassen 1850–1930“) und einem zweibändigen Schuber mit verschiedenen Arbeiten Jahodas („Arbeitslose bei der Arbeit & Aufsätze und Essays“) folgt nun also ein Band, in dem nicht in erster Linie Jahoda sich uns mitteilt, sondern ihr politischer Kampf im Austrofaschismus u.a. anhand der Gerichtsakten geschildert, aber auch ihre Beteiligung an der sozialdemokratischen Bewegung im „Roten Wien“ sowie in der Illegalität bei den Revolutionären Sozialisten beschrieben wird.

Das Buch besteht aus drei Aufsätzen. Der erste, von Horst Schreiber und Meinrad Ziegler verfasste Beitrag beschreibt schon im Titel „Den Tatbestand

leugnen, nicht aber die Gesinnung“ die Grundhaltung der in der politischen Illegalität arbeitenden Personen gegenüber vernehmenden Polizeibeamten und Gerichtspersonen. Es geht dabei vor allem um die Geschehnisse von der Verhaftung Jahodas im November 1936 bis zum Prozess am Landesgericht für Strafsachen Wien im Juli 1937, die anhand des Gerichtsaktes und autobiografischer Texte sowie von Interviews aus den 1980er und 1990er Jahren untersucht werden.

Marie Jahoda war damals in der von ihrem Ehegatten Paul Lazarsfeld gegründeten Wirtschaftspsychologischen Forschungsstelle tätig, die am 27. November 1936 von der Polizei gestürmt und durchsucht wurde. Jahoda und andere MitarbeiterInnen wurden verhaftet. Man erhoffte sich den Nachweis, dass sie nicht nur dem Zentralkomitee der Revolutionären Sozialisten, sondern auch dem Exekutivkomitee dieser Partei angehörte. In der Tat war Jahoda, die mit illegaler Tätigkeit über die Gruppe *Funke*, einer Abspaltung der deutschen Widerstandsgruppe gegen die Nazis *Neu Beginnen*, in Berührung gekommen war, bei den Revolutionären Sozialisten in mehrfacher Funktion tätig: das Institut diente aufgrund seiner internationalen Kontakte als mehr oder minder unauffälliger Briefkasten für politische Postsendungen. Zudem war sie Mitglied des Schulungskomitees sowie eine der zentralen Kontaktpersonen zum Leiter der RS, Joseph Buttinger, der vollständig in der Illegalität leben musste. Bei der Durchsuchung fand man u.a. ausländische politische Zeitungen und Exemplare der illegalen *Arbeiterzeitung*. Die Fülle des „verdächtigen“ Materials, das bei diversen Durchsuchungen zum Vorschein kam, kontrastierte mit den beabsichtigt verharmlosenden Erklärungen Jahodas, die bei ihren Vernehmungen vorgab, dieses Material für die Bearbeitung diverser wissenschaftlichen Fragestellungen und Projekte zu benötigen. Der Aufsatz bietet auf der Basis der Aussagen von Jahoda, aber auch anderer verhafteter Personen, einen guten Überblick sowohl über die illegale Arbeit, als auch vor allem über die vielfältigen Methoden ihrer Tarnung.

Letztlich wurde Jahoda ein von ihr eröffnetes Banksafe bei der Länderbank zum Verhängnis, das die Polizei alsbald ermittelt hatte, und in dem sie sozialistisches Schriftgut fand. Dank ihrer leugnenden Verantwortung musste die Staatsanwaltschaft jedoch die Anklage wegen Hochverrats fallen lassen. Übrig blieb ein Delikt nach § 5 Staatsschutz-

gesetz. Jahoda wurde (nur) zu drei Monaten Kerker verurteilt. Anschließend an die Gerichtshaft kam sie in Polizeihaft. Der so genannte „Ständestaat“ wollte sie aber vor dem Hintergrund internationaler Proteste aus Frankreich, der Schweiz und Großbritannien loswerden: man stellte ihre Entlassung in Aussicht unter der Bedingung, dass sie daraufhin das Land zu verlassen habe, und bürgerte sie anschließend mit Bescheid aus. Sie begab sich als Staatenlose aufgrund einer Einladung nach England.

Ein informatives Bild wird von der „Trias“ der politischen Verfolgung in der austrofaschistischen Zeit geliefert: festgenommene Aktivisten wurden zuerst mehrere Monate im Anhaltelager Wöllersdorf (Frauen im Polizeigefangenenhaus Elisabethpromenade) nach der Anhalteverordnung (BGBl. 431/1933) bzw. nach Erlassung der „ständestaatlichen“ Verfassung (BGBl. 1/1934) ab September 1934 nach dem Anhaltgesetz (BGBl. 253/1934) inhaftiert. Dieses Gesetz richtete sich gegen „Personen, die im begründeten Verdachte stehen, staatsfeindliche oder sonstige die öffentliche Sicherheit gefährdende Handlungen vorzubereiten oder die Begehung oder die Vorbereitung solcher Handlungen zu begünstigen, zu fördern oder dazu zu ermutigen“; diese sollten „zwecks Hintanhaltung von Störungen der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit zum Aufenthalt in einem bestimmten Orte oder Gebiete“ verhalten werden. Zusätzlich wurde in der Regel eine Primärarreststrafe wegen der begangenen Verwaltungsübertretung der Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung verhängt. Drittens kam eine Haftstrafe hinzu, die vom Strafgericht in der Regel wegen Hochverrats nach § 58 StG (der u.a. eine geplante gewaltsame Änderung der Regierungsform umfasste) oder wegen anderer politischer Delikte verhängt wurde, wie sie aufgrund der – wie sich herausstellte – schwierigen Beweislage beim Hochverrat zusätzlich im Staatsschutzgesetz 1936 vorgesehen waren. Die Technik dieser Mehrfachbestrafung brachte es mit sich, dass es ungeachtet des Ausspruchs des Gerichts in den Händen der Polizei lag, für welche Dauer man insgesamt in Haft genommen wurde. Die Rechtsmittel gegen einen Anhaltebescheid waren eingeschränkt, Berufung konnte nur bei Haftdauer von mehr als drei Monaten erhoben und der Bundesgerichtshof konnte nicht angerufen werden.

Der zweite Aufsatz von Andreas Kranebitter mit dem Titel „Anhaltende

Kämpfe“ beschreibt den Kontext der Verfolgung und die Verteidigungsstrategien von Marie Jahoda, konkret den Kampf von Polizei und Justiz gegen die (illegale) Opposition im Zeitraum von 1934 bis 1938. Der Beitrag ist das herausragende Kernstück des vorliegenden Sammelbandes. Der Autor entwirft ein beeindruckendes Panorama von Justiz und Polizei zur Zeit des Austrofaschismus, in das er die Verfolgung von Jahoda und ihrer Umgebung einbettet, insbesondere auch die Anklage gegen Friedrich Otto Keller (ebenfalls Mitarbeiter der Forschungsstelle). Anhand dieses Falles stellt der Autor die Methoden der Verfolgung durch den „Ständestaat“ der Behandlung der Opfer nach 1945 im Rahmen ihrer Anträge nach dem Opferfürsorgegesetz gegenüber, worüber wir seit Brigitte Bailer-Galandas Habilitationsschrift „Wiedergutmachung kein Thema“ aus 1993 das Wesentliche wissen. Es ist schwer zu ertragen, wenn man liest, wie im Nachkriegsösterreich die Verfolgungsgründe der Nationalsozialisten, wie die Zuschreibungen „Zigeuner“, „asozial“ oder „kriminell“ eins zu eins übernommen und die Betroffenen für viele Jahrzehnte von allen Wiedergutmachungsleistungen ausgeschlossen blieben.

Auch Kranebitter schildert detailreich das Ineinandergreifen der schon erwähnten „Trias“ der Verfolgung mit dem Ziel, die Betroffenen „bestmöglich wegzusperren, kombiniert mit repressiven Einschränkungen der Meinungsfreiheit durch Wiedereinführung der Vorzensur für Druckwerke. Ab 1935 war sogar der Besitz von Schallplatten, Filmen oder Stehbildern „staatsfeindlichen Inhalts“ untersagt. Die Wiedereinführung der Todesstrafe im standgerichtlichen Verfahren 1933 als latente Bedrohung der illegalen Opposition und deren furchtbare Umsetzung durch die Einführung des Standrechts im Zusammenhang mit den Februarereignissen 1934 war der Höhepunkt der justiziellen Repression im Austrofaschismus. Diese wurde u.a. durch den Richter Alois Osio, dem Vorsitzenden der meisten Prozesse gegen RegimegegnerInnen, u.a. gegen die nationalsozialistischen Juli-Putschisten 1934 oder im Sozialistenprozess 1936, verkörpert, der auch eine Reihe von Todesurteilen verhängte. Letzteres und seine jüdische Abstammung wurden diesem später zum Verhängnis: Er kam als Nr. 52 der Gestapo-Liste mit dem ersten Transport im März 1938 nach Dachau und kam im Jänner 1939 im KZ Buchenwald ums Leben.

Kranebitter erläutert die Verteidigungsstrategien der Erfindung von unbekanntem Dritten namens „Mitzi“, „Franzl“ oder „Gustl“ anhand anschaulicher Beispiele. Daran erkennt man, dass sich Marie Jahoda diesbezüglich auf bekanntem Terrain bewegt hat. Interessant ist die vom Autor herausgearbeitete Geschlechterdimension dieser Strategien: während sich Männer den Habitus unpolitischer Techniker gaben, nutzten weibliche Angeklagte das bestehende Geschlechtsstereotyp des „ungefährlichen und unpolitischen Geschlechts“.

Unter dem Titel „Schobers Kinder“ gibt Kranebitter zudem einen Überblick über das Personal von Justiz und Polizei, teilweise mit deren Nachkriegskarrieren. Die Schätzungen der illegalen Nationalsozialisten in der Polizei des Ständestaats belaufen sich auf etwa 60 Prozent. 85 Prozent der aus Österreich stammenden Gestapoangehörigen kamen aus dem Polizeidienst. Die Präventivmaßnahmen des Staatsapparats bezeichnet Kranebitter als Bürgerkrieg mit anderen Mitteln.

In einem Epilog geht Kranebitter schließlich auf die nicht minder interessante Frage ein, inwiefern SozialdemokratInnen sich als für die Illegalität unbrauchbar erwiesen hatten und inwieweit sich dieses Phänomen nach 1945 mit umgekehrten Vorzeichen wiederholte: die nunmehr staatstragenden und -aufbauenden SozialdemokratInnen waren an der Rückholung der ehemals Illegalen aus der Emigration, darunter auch Marie Jahoda, wenig bis gar nicht interessiert.

Der dritte Teil des Buches („Politisch engagiert, am Beispiel Marie Jahodas“) behandelt gemäß seinem Untertitel die „Entwicklung einer Weltsicht und Formen von Aktivismus in drei politischen Kulturen“. Christian Fleck, Fellow am IHS, will darin – nach eigenem Bekunden – „das Leben Jahodas unter dem Gesichtspunkt ihrer politischen Aktivitäten“ vorgestellt wissen und es soll „in Ansehung der Fülle des Engagements die systematische Frage diskutiert werden, was denn mit dem Ausdruck ‚politisch engagiert‘ gemeint sein kann“. Er wählt aus den Zeugnissen von und über Jahoda jene aus, die für politisches Engagement sprechen und versucht diese in einen größeren Zusammenhang einer allgemeinen Theorie zu stellen. Insoweit bleibt manches notgedrungen spekulativ und der Text fällt nach der Lektüre des mitreißenden Beitrags von Andreas Kranebitter einigermaßen ab. An der Politikwissenschaft Interessierte werden aber auch diesen Beitrag mit Gewinn lesen.

Insgesamt liefert der vierte Band der Marie-Jahoda-Ausgabe nicht nur ein lebendiges und vielgestaltiges Bild der Mitautorin der „Arbeitslosen von Marienthal“, sondern auch ein anschauliches Bild des Repressionssystems des Austrofaschismus. Die Publikation ist für historisch und politisch Interessierte sehr zu empfehlen.

RUDOLF MÜLLER

Ernst Strouhal: Vier Schwestern. Fernes Wien, fremde Welt. Wien, Paul Zsolnay Verlag 2022., 416 S., 29,50 Euro

Moriz Benedikt (1849–1920) war ein mächtiger Mann. Seit 1880 war er Mitherausgeber und dann Eigentümer der *Neuen Freien Presse*, die sich unter seiner Herrschaft zur einflussreichsten Zeitung der Donaumonarchie entwickelte. Der despotische Tyrann war auch ein reicher Mann, und der ältere der beiden Söhne, Karl (1877–1905), war sadistisch geprägt zum Nachfolger bestimmt. Karl widersetzte sich, wollte lieber zum Theater und starb völlig überraschend auf seiner Hochzeitsreise. Es lag nun am jüngeren Bruder Ernst (1882–1973), der, gegen seinen Willen, ab 1920 das schwierige Erbe zu übernehmen hatte.

In der Himmelstraße in Grinzing, Villa „Himmel 55“, schuf sich Ernst Benedikt mit seiner Frau Irma (1879–1969) ein kulturverliehtes Privatimperium, mit vielen Hausangestellten und Chauffeur, in dem vier Töchter kleinlich und sparsam großgezogen wurden. Gerda (1915–1970), Friedl (1916–1953), Ilse (1918–1969) und Susanne (1923–2014), die in intensiver Schwesternliebe geeint – ein möglicher Bruder ist inmitten der Dynamik schwer vorstellbar – gespielt und gestritten haben, die in „Schwesternsehnsucht“ lebenslang in Verbindung blieben, trotz der je unterschiedlichen Lebensentwürfe. Die jüdische Herkunft spielte keine Rolle, bis Hitler die Familie zu Juden machte, sie enteignete, die Villa arisierte und sie alle vertrieb – nach Paris, New York, Zürich, London und Stockholm. Ilse ist die einzige, die unmittelbar nach dem Krieg nach Wien zurückkehrte.

Ilse ist die Mutter des Autors, dem mit diesem, mit *seinem* Buch etwas Außergewöhnliches gelungen ist. Einerseits rekonstruiert Ernst Strouhal berührend, einfühlsam einen aufregenden Familienroman, der doch auch sein eigener ist. Selten lässt er seine Involvierung aufblitzen, wenn etwa der neunjährige Ernst (noch) über das Gelächter rätselt, als die

älteste Schwester Gerda bei Ilse in Wien zu Besuch war und meinte „alles hat sich immer um die Zeitung gedreht – die Scheiß Zeitung“ und die Mutter lachend antwortete: „Scheiß-Inquart, Scheiß-Zeitung, Scheiß-Zeit“.

Andererseits ist die Rekonstruktion an sich beachtlich, dass der Autor in der Fülle des Materials nicht unterging. Die Qual der Auswahl ist förmlich zu spüren, denn die Benedikts waren eine schreibende Familie, die zigtausende Seiten an Briefen, Tagebüchern, Notizen, Artikeln, Broschüren, Romanen hinterließen. Strouhals Zurückhaltung ist verständlich, trotzdem wäre es interessant, mehr über den dynamischen Prozess zu erfahren, der „seiner biographischen Wahrheit“ zugrunde lag. Vielleicht in der zweiten Auflage.

Die Lektüre des Buches ist ein Erlebnis. Strouhal gelingt es, die Briefstellerinnen zu bändigen, indem er die sorgsam ausgewählten Passagen kontextualisiert und damit ein einzigartiges Familiendrama offenlegt, das von den vier Schwestern selbstbewusst gelebt und beschrieben wurde.

Gerda, die älteste der Schwestern, lebte Freiheiten vor – wollte schon als 16-Jährige Künstlerin werden, verließ das Gymnasium und wurde zu einer Art Sekretärin des Vaters. Früh schrieb sie erste Erzählungen, blieb jedoch noch ohne Orientierung. Es folgten zahlreiche Liebhaber, Streit und elterliche Ohrfeigen, worauf sie in Verbannung zur jüngeren Schwester Friedl nach London geschickt wurde. Dort lernte sie ihren späteren Mann kennen, mit dem sie 1939 nach New York emigrierte. Er wurde Psychoanalytiker, Gerda übernahm Übersetzungsaufträge, machte selbst eine Psychoanalyse und entwickelte sich zu einer schreibenden und malenden Sozialarbeiterin.

Friedl, die wie Gerda das Gymnasium frühzeitig verließ, wollte Schauspielerin werden, war bald verheiratet und geschieden. In unmittelbarer Himmelstraßen-Nachbarschaft wohnte Elias Canetti mit seiner Frau Veza, der ihr hörig geliebter Schreiblehrer werden sollte. „Ich möchte so schrecklich gerne genau so werden wie Du willst“, schrieb sie in einem der rund 1500 erhaltenen Briefe an den „Menschenfresser“ Canetti. Schon vor dem „Anschluss“ im März 1938 ist Friedl viel auf Reisen, ließ sich in London nieder und machte sich einen Namen als englische Autorin und Schriftstellerin Anna Sebastian. Erstaunlich die Lebensenergie und der Tatendrang, der allen Schwestern eigen ist und von Friedl auf den Punkt beschrieben wird: „[...] es ist

mir ein ungeheures Bedürfnis aus dieser Zeit, aus dieser Emigrantenzzeit etwas Ordentliches, Anständiges zu machen und besonders erfolgreich zu sein.“

Schwester Ilse maturierte 1936 und inskribierte Medizin. Politisiert durch die Ereignisse im Februar 1934 – eine „Radikalisierung ohne Umwege“ – engagierte sie sich im illegalen kommunistischen Roten Studentenverband. Zehn Tage nach dem „Einmarsch“ saß sie im Zug nach Zürich, wo sie ihr Medizinstudium fortsetzte und 1942 beendete. Ihre politischen Aktivitäten fanden naturgemäß in den Briefen keine Erwähnung. Sie leitete die kommunistische Fraktion in der *Bewegung Freies Österreich* und war für einige Genossen illegale Anlaufstelle, wie etwa für Theodor („Turl“) Maller und den bewunderten Alfred Klahr, mit dem sie weiter in Briefkontakt blieb (drei Briefe sind im Buch abgedruckt). Nach dem Krieg wird sie als einzige der Schwestern nach Wien zurückkehren, in den Goethehof ziehen und ebendort eine Praxis eröffnen. In der KPÖ fand Ilse mit ihrem Mann Emil Huk eine soziale und politische Heimat, um im nachfaschistischen Wien bestehen zu können. Allein die Lektüre des Abschnitts über ihren Kampf um die Rückstellung der arisierten Villa, der sechs quälende Jahre andauerte, ist mehr als beklemmend. Ilse war mit Leib und Seele Ärztin, schreibende Ärztin, die neben einer Aufklärungsbroschüre, ein Theaterstück und Gedichte verfasste.

Die jüngste Schwester Susanne wurde nach Abschluss der vierten Klasse Gymnasium von einer Tante im Sommer 1938 aus Wien abgeholt und nach Helsinki gebracht. Erst Ende 1940 wird sie wieder mit den Eltern in Stockholm zusammentreffen, wo sie 1942 maturierte und die Laufbahn zur Journalistin einschlug. Über den *Daily Telegraph* und CBS landete sie beim antikommunistischen Sender *Radio Free Europe* (ab 1952 in Paris) und damit quasi auf der Gegenseite der kommunistischen Schwester Ilse. Susanne überlebte die Schwestern um Jahrzehnte und war somit die einzige aus dem Familienverband, mit der der Autor eine erwachsene Begegnung erleben durfte.

Im Jahre 1963 kehrten die Eltern Benedikt aus Schweden zurück nach Wien und lebten – das Ersparte war aufgebraucht – in bescheidenen Verhältnissen. Der Vater Ernst machte weiter, was er am besten konnte: er schrieb und schrieb. Zeitungsartikel, Gedichte, historische Dramen über Perikles oder Grillparzer

und Biographien über Napoleon, Alexander den Großen oder Don Quichote, die er seiner Frau Irma diktierte. Die letzten Jahre verbrachte er allein im Altersheim für Künstler in Baden bei Wien.

Strouhals Buch ist voller eindrücklicher schriftlicher Erlebnisberichte, Erinnerungen, Visionen, Klagen, Liebesbeteuerungen usw., und nicht nur einmal regt sich das Bedürfnis, doch das ungekürzte Schreiben lesen zu können. Etwa das einzigartige Dokument aus der Feder des Vaters, Ernst Benedikt, nachdem er am Tag des Novemberpogroms, am 10. November 1938, aus der Himmelstraße abgeholt und fünf Tage inhaftiert wurde. Seine Entwürdigung, Misshandlung, Traumatisierung beschrieb er in einem fast fünfzig Seiten (!) langen Brief (er wird ausführlich zitiert) an seine Töchter. Er fand eine Sprache für die „Bruchstelle in der Geschichte der Familie Benedikt.“ Eine Bruchstelle, die das schwesterliche Sehnsuchts-Quartett mit ihrer einzigartigen Korrespondenz zu überbrücken imstande war, denn nach der Vertreibung waren die vier Schwestern nie wieder gemeinsam zusammengetroffen. Strouhal lässt uns durch seine empathische historisch und redaktionelle Arbeit an diesem außergewöhnlichen Brückenschlag teilhaben, wie die vier vertriebenen Frauen schriftlich vereint blieben, die in den historischen Tragödien nicht untergingen, sondern selbstbewusst jede für sich, mit trotzigem Elan, eine eigene Karriere erarbeiteten.

KARL FALLEND

Karl Wimmeler: Kein Spiel. Als Österreichischer Linker in den 1970er-Jahren. Wien: Promedia 2022, 176 S., 22 Euro

Mit der Schilderung der eigenen Geschichte ist es möglich, sogar den Literaturnobelpreis zu gewinnen. Annie Ernaux, die Preisträgerin dieses Jahres, hat viele schmale Bücher vorgelegt, aber eigentlich nur eine einzige Geschichte geschrieben: ihre Geschichte und die ihrer Familie und dabei auch einen scharfen Blick für das soziale und politische Geschehen entwickelt.

Bildungsbiographien haben etwas Anregendes und erlauben, das eigene Leben mit dem Geschilderten zu vergleichen. Es mag vermessen sein, Annie Ernaux und Karl Wimmeler in einem Atemzug zu nennen, denn sie trennen doch Welten: sie Schriftstellerin, er Historiker und Geschichtsarbeiter. Und doch gibt es Verbindendes: Beide hat die Entwicklung politisch nach links getrieben, sie lenken

unseren Blick auf die 1960er und 1970er Jahre. Trotz oder wegen vieler Umbrüche, Verwerfungen, einem vorläufigen Ende der Geschichte, was sich bloß als ein Atemholen des Kapitalismus entpuppte, blieben sie ihrer Haltung treu. Nicht dazugehören zur besseren Gesellschaft, großgeworden mit einem Abort, einem Plumpsklo, das ist der Ausgangspunkt. Karl Wimmeler beginnt seine Geschichte mit dem Titel „Das Plumpsklo im globalen Dorf“. In den Erzählungen von Annie Ernaux ist derselbe Abort ein Fixpunkt, der sowohl in den Romanen „Der Platz“, „Das andere Mädchen“, „Die Jahre“, „Das Ereignis“ und „Die Scham“ erwähnt wird. Während Ernaux ihre Entwicklung und ihren Körper analysiert, gerät das Persönliche bei Wimmeler etwas kurz. So würden etwa die Familienverhältnisse ebenso stärker interessieren wie die Benennung der eigenen politischen Zugehörigkeit. So wird zwar vom *Kommunistischen Bund* gesprochen, aber erst später erläutert, dass dies die „Maoisten“ waren.

Wimmlers Buch ist spannend zu lesen, weil die Geschichte und die Ereignisse aus einer Perspektive betrachtet und beschrieben werden – der Autor würde Wert legen auf: „analysiert“ werden. Alles wird wider den Strich und die öffentliche und veröffentlichte Meinung gebürstet. Dies passiert mit einer emotionalen Grundhaltung, der die Wut anzumerken ist und die einem aus vielen Sätzen entgegenspringt. Dies ist dem Autor wohl auch selbst aufgefallen, denn er zitiert gegen Ende des Buches quasi als Entschuldigung oder Erklärung den Beginn von Homers „Ilias“, wo es heißt: „Singe den Zorn“. Ausgehend davon entwickelt Wimmeler sein Credo: „Die Vernunft kann sich mit größerer Wucht dem Bösen entgegenstellen, wenn der Zorn ihr dienstbar zu Hand ist.“ Angesichts der Ungerechtigkeit der Welt ist Zorn verständlich, er führt aber dazu, dass oftmals „Dampfplauderer“ am Werk sind oder einfach nur „gequasselt“ wird. Die feine Klinge ist nicht Wimmlers Instrument, er präferiert eher den Schlaghammer, was die Lektüre des Buches erschwert.

Ein Problem, das mich als Leser zuweilen beschlich, ist die Herkunft mancher unausgewiesener Zitate, denn wie heißt es so schön: Glauben ist gut, aber Wissen ist besser. Auch ist bei mir der Eindruck entstanden, dass mit anderen scharf bis zu Verächtlichmachung ins Gericht gegangen wird und sich dabei so genannte Lieblingsfeinde wie zum Beispiel Hans Rauscher, Otto Schulmeister

und Staberl herausgebildet haben. Mit den eigenen Positionen geht Wimpler zuweilen etwas freundlicher um. Dass etwa seine politische Gruppierung – und nicht nur diese – vor lauter Theorie die Welt nicht mehr gesehen hat, ist eine Variante. Der Verweis, wer noch aller damals eine China-Anhänglichkeit entwickelt habe, klingt aber angesichts des sonst entwickelten Furors doch etwas schwach. Es ist leichter auf Renegaten hinzuweisen, fast scheint es so, als würde nur der Autor als einer der wenigen – oder als einziger (?) – im Besitz der Wahrheit sein, was Wimplers Kritik an Glaubwürdigkeit nimmt. Trotz allem hat vieles, was er aufzeigt, seine Berechtigung, die Doppelmoral inbegriffen.

In puncto Gewalt und RAF ist die Position Wimplers wichtig, wenn er uns Böll und seine damaligen Positionen in Erinnerung ruft. Bei den Geschichten über den Spitzel Peter Urbach liest sich Wimplers Darstellung aber so, wie in anderen Fällen Verschwörungstheoretiker argumentieren. Auch hier dürften ihm selbstkritische Skrupel gekommen, etwa wenn er meint, das klinge jetzt wie eine Verschwörungstheorie, aber... Es entsteht der Eindruck, als wäre der Terror dieser Zeit beinahe ein Produkt von Spitzeln und Agenten gewesen.

Der Rezensent hat trotz dieser Einwände durch die Lektüre dieses Buches viele Anregungen erhalten. Wimpler ist ein kritischer Geist, der sich Peter Handke näher fühlt als Thomas Bernhard, und es ist wichtig, den zitierten Hinweis des französischen Germanisten Gerald Stieg nicht zu vergessen: „Es ist viel erträglicher, sich von Bernhard ununterbrochen als katholisch-nationalsozialistisch beschimpfen zu lassen, als das echte österreichische Antlitz im Spiegel zu sehen.“ Die Zeit, in der nicht wenige die Revolution vor der Haustür sahen, ist noch nicht so lange her und scheint doch aus einem anderen Jahrhundert zu sein. Auch diese Diskrepanz macht das Buch deutlich.

ROBERT STREIBEL

Moritz Margulies: Eine Kunde meiner Existenz. Briefe eines Widerstandskämpfers. Wien: Mandelbaum Verlag 2022, 186 S., 18 Euro

Moritz Margulies hinterließ nach seinem frühen Tod als 54-Jähriger im Jahr 1964 ein Konvolut an Briefen, die er einem Freund aus Czernowitzer Tagen, seiner Geburtsstadt, in den Jahren zwischen 1957 und 1961 geschrieben hatte.

Die Briefe blieben unbeachtet, bis seine Tochter Jeanette wieder darin stöberte – anlässlich der Ehrung ihrer Mutter Ida Margulies, die ebenfalls Widerstandskämpferin war, und nach der im Jahr 2017 im 4. Wiener Gemeindebezirk ein Platz benannt wurde. Sie erkannte deren Bedeutung und veröffentlichte nun die Briefe in einem im *Mandelbaum Verlag* erschienenen Buch.

Die elf Briefe halten den Lebensweg von Moritz Margulies fest, eines Lebens, das ihn in die Reihen der KPÖ führte, nach deren Verbot in den Untergrund zwang und schließlich in den Widerstand gegen den deutschen Faschismus mündete. Margulies lernte, wie er selbst schreibt, 14 Gefängnisse und Lager kennen, konnte mehrmals flüchten und entging oft nur durch Zufälle dem drohenden Tod.

Margulies kam 1927 als 17-Jähriger im Jahr des Justizpalastbrandes nach Wien, löste sich vom zionistischen Einfluss seiner Jugend, fand Anschluss an die ArbeiterInnenbewegung und trat 1930 der KPÖ bei. Die Schilderung seines politischen Kampfes vor und nach 1933, der Februarkämpfe des Jahres 1934 und des Kampfes gegen das Schuschnigg-Regime vermitteln ein authentisches Bild der damaligen Atmosphäre in der ArbeiterInnenenschaft. Die illegale KPÖ übertrug dem 25-jährigen Margulies wichtige Leitungsfunktionen in Wien und schließlich für ganz Österreich. Nachdem ein junger Schutzbündler namens Fels, den Margulies persönlich kannte, am 12. Februar von einem Polizeibeamten mit dem Bajonett erstochen wurde, nannte er sich Fels-Margulies. Unter diesem Namen war er auch in der KPÖ bekannt.

1936 machte Margulies erstmals mit dem Gefängnis Bekanntschaft. Es folgten Jahre der Haft, Flucht, Widerstand in Belgien und Frankreich, Internierung und Befreiung. Die Erzählungen darüber in den Briefen vermitteln ein eindrucksvolles und erschütterndes Bild dieser Zeit des Krieges, der Verfolgung, des Lebens in den Gefängnissen und Lagern, aber auch der Solidarität unter den Häftlingen und Lagerinsassen, der illegalen HelferInnen im Widerstand und insbesondere der KommunistInnen. Die Briefe brechen mit der Inhaftierung im Nazi-gefängnis in der französischen Stadt Castres in Südfrankreich im Jahr 1944 ab. Die Flucht aus diesem Gefängnis schildert der kommunistische Arzt und Spanienkämpfer Emanuel Edel in einem dem Buch beigeordneten Erinnerungsbericht, der mich auch deshalb besonders

berührt hat, da Edel mein Hausarzt als Kind und Jugendlicher war.

Über die Zeit nach der Befreiung enthalten die Briefe nur wenige Andeutungen, Das ist schade, denn Fels-Margulies marschierte im Mai 1945 mit dem in Jugoslawien im Rahmen der Tito-Partisanen gebildeten 2. Österreichischen Freiheitsbataillon ins befreite Wien ein, wurde hoher Polizeioffizier, Mitbegründer der Polizeigewerkschaft und Obmann der Parteiorganisation der KPÖ in der Polizei; Funktionen und Aufgaben, denen sich Fels-Margulies bis zu seinem frühen Tod – kämpferisch wie sein ganzes Leben – widmete.

MICHAEL GRABER

Helmut Rizy: Überleben – um Zeugnis abzulegen. Essays zur KZ-Literatur. Klagenfurt/Celovec: Wieser Verlag 2021, 517 S., 21 Euro

Essays zur KZ-Literatur: diesen bescheidenen Untertitel hat Helmut Rizy seinem monumentalen Buch über die Literatur aus und über die nationalsozialistische Vernichtungsmaschine Konzentrationslager gegeben. Diese Arbeit, deren erster Band nun vorliegt, soll das Augenmerk auf die Reichhaltigkeit der KZ-Literatur lenken, so Rizy, was eine ebenso bescheidene wie maßlose Untertreibung ist. Allein das Verzeichnis der für dieses Buch verwendeten Literatur umfasst elf Seiten. Rizy leistet hier nicht mehr und nicht weniger, als einen Überblick über die Vielfalt der Motive, der Erzählhaltungen und über die Vielzahl der AutorInnen zu geben.

Der Titel „Überleben – um Zeugnis abzulegen“ erscheint zunächst etwas pädagogisch. Doch schnell zeigt sich, dass in vielen Texten ein aufklärerischer Impuls eine Rolle spielt, aber auch, wie die jüdische-polnische Lyrikerin Tamar Radzyner, die im polnischen Widerstand aktiv war und mehrere Konzentrationslager überlebte, in einem Interview angemerkt hatte, die persönliche Aufarbeitung der großen Katastrophe: „Jetzt lebe ich [...] in Wien und versuche, mir den Psychiater zu ersparen, indem ich meine Ängste in Gedichten niederschreibe.“ Radzyners Gedichte, bis vor kurzem noch kaum jemandem bekannt, wurden vor wenigen Jahren von der *Theodor Kramer Gesellschaft* editiert und kürzlich von der Komponistin und Musikerin Jelena Poprzan vertont und in einem beeindruckenden Programm vorgestellt.

Bei Rizy finden sich AutorInnen, welche schon früh nach der Befreiung ver-



Alfred Klahr Gesellschaft

Verein zur Erforschung der
Geschichte der Arbeiterbewegung

101 Jahre Erika Danneberg

Schriftstellerin, Psychoanalytikerin,
Friedensaktivistin, Kommunistin

Lesung mit
Christine Riccabona und Erika Wimmer Mazohl



Erika Danneberg (1922–2007) lebte mehrere Leben in ihrem einen: als Autorin, die eng mit der Wiener Literaturszene der Nachkriegsjahre verbunden war, als Psychoanalytikerin sowie als Antifaschistin und Friedensaktivistin. Sie trat 1978 der KPÖ bei, engagierte sich in der Nicaragua-Solidaritätsbewegung und arbeitete als Freiwillige in psychosozialen Projekten in Lateinamerika.

Anlässlich ihres 100. Geburtstags befassten sich Christine Riccabona und Erika Wimmer Mazohl, beide bis vor kurzem Arbeitskolleginnen am Brenner-Archiv in Innsbruck, mit dem dort aufbewahrten Nachlass von Erika Danneberg. Daraus resultierten zwei spannende, sich ergänzende Bücher – eine klassische Biografie („Erika Danneberg. Schriftstellerin, Psychoanalytikerin, Friedensaktivistin“) und ein Roman („Wolfs Tochter“) –, die die beiden Autorinnen präsentieren werden. Danach laden wir zum Gespräch über Erika Danneberg und ihre vielfältigen Betätigungsfelder ein.

Christine Riccabona: **Erika Danneberg. Schriftstellerin. Psychoanalytikerin. Friedensaktivistin.** Innsbruck: innsbruck university press 2022, 222 S., 23,90 Euro

Erika Wimmer Mazohl: **Wolfs Tochter. Roman.** Innsbruck: edition laurin 2022, 200 S., 22 Euro

Eine Veranstaltung von „Linkes Wort Nebensaison“, Alfred Klahr Gesellschaft und transform!at

Mittwoch, **18. Jänner 2023**, 18 Uhr
Veranstaltungssaal von transform!
Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien

Mitteilungen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Herausgeber und Medieninhaber:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Präsident: Walther Leeb

Redaktion und Grafik: Manfred Mugrauer
MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Nikolaus Domes, Karl Fallend, Franz Fend, Winfried R. Garscha, Michael Graber, Heimo Halbrainer, Alexander Hartl, Christian Kaserer, Rudolf Müller, Hans Schafranek, Robert Streibel, Karl Wimpler

Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien

Telefon: (+43-1) 982 10 86

E-Mail: klahr.gesellschaft@aon.at

www.klahrgesellschaft.at

Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S

Österreichische Post AG

Sponsoring-Post

P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien

AKG-Spendenkonto

IBAN: AT66 6000 0000 9202 3930

legt wurden und zu größerer Breitenwirksamkeit gekommen sind, wie etwa Primo Levi, Ruth Klüger und Jorge Semprún. Fred Wander erlangte in späteren Jahren zu größerer Bekanntheit. Die meisten SchriftstellerInnen jedoch sind einem breiteren Lesepublikum weniger bekannt. Rizys Verdienst ist es, AutorInnen aus den unterschiedlichsten politischen, aber auch religiösen Kontexten vorzustellen, die sonst in Vergessenheit geraten hätte können. Und das, obwohl viele Texte auf abenteuerliche Weise, etwa als Kassiber aus Konzentrationslager, an die Öffentlichkeit gelangen konnten. Oder, wie etwa im Falle von Simcha Guterman, erst Jahrzehnte später bei Umbauarbeiten in einem Haus gefunden wurden. Was Rizy hier vorlegt, ist gewiss keine leichte Lektüre. Er hält sich im Ton sachlich, die Ungeheuerlichkeit des Geschehenen spricht aus den ausgiebig zitierten Texten.

FRANZ FEND